



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

**Der positive Bezug auf Israel von Rechtsextremen
in Deutschland und Österreich
im Verhältnis zum Antisemitismus**

verfasst von / submitted by

Nikolai Schreiter, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2018 / Vienna 2018

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code
as it appears on the student record sheet:

A 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Mag. Dr. Oliver Marchart, PhD

Persönliche Erklärung

Ich erkläre hiermit, dass ich die vorliegende schriftliche Arbeit selbstständig verfertigt habe und dass die verwendete Literatur bzw. die verwendeten Quellen von mir korrekt und in nachprüfbarer Weise zitiert worden sind. Mir ist bewusst, dass ich bei einem Verstoß gegen diese Regeln mit Konsequenzen zu rechnen habe.

13.12.2018

Nikolai Schreiter, BA

1	Einleitung	4
1.1	Methode und Vorgangsweise der Arbeit	5
1.2	Zum Begriff Rechtsextremismus.....	6
2	Antisemitismus: Kritische Theorie und das Verhältnis zum Zionismus.....	7
2.1	Die falsche Ordnung: Kritik der politischen Ökonomie	8
2.2	Das Subjekt in der kapitalistischen Gesellschaft: Psychoanalyse und Kritische Theorie als Grundlagen der Kritik des Antisemitismus	11
2.2.1	Narzisstische Kränkung	11
2.2.2	Pathische Projektion	13
2.2.3	Der modernisierte Antisemitismus	15
2.2.4	Der ‚Ausnahmejude‘: Schein des rationalen Urteils.....	16
2.3	Antizionismus, ‚Israelkritik‘ und Antisemitismus: Israel im antisemitischen Weltbild	19
2.3.1	Früher Antisemitismus, ‚Konservative Revolution‘ und Zionismus: Der Weg in den antisemitischen Antizionismus.....	20
2.3.2	Der israelbezogene Antisemitismus nach der Shoa	26
2.4	Positiver Bezug auf Israel von rechts vor 2010.....	28
2.4.1	Horst Mahler und Franz Schönhuber: Exklusion Israels aus der ‚jüdischen Weltverschwörung‘..	29
2.4.2	Heinrich Jordis von Lohausen: Deutscher Vernichtungskrieg als ‚Selbstverteidigung‘	31
3	Proisraelische Positionierungen von rechts heute	33
3.1	Parlamentarische AkteurInnen.....	33
3.1.1	Antisemitismus in der FPÖ	35
3.1.2	Antisemitismus in der AfD.....	36
3.1.3	Analysekorpus	38
3.1.4	Die FPÖ und der Wandel ihrer Position zu Israel	39
3.1.5	Die AfD, ihre Position zu Israel und deren Wandel	42
3.2	Außerparlamentarische AkteurInnen	49
4	Identifizierung mit dem Angreifer	52
4.1	Weder rein instrumentelle Strategie noch Abkehr vom Antisemitismus	52
4.2	Identifizierung mit dem Angreifer in der Psychoanalyse und der Kritischen Theorie	60
4.3	Israel als Angreifer	68
4.4	Der Doppelcharakter Israels: ‚Jude unter den Staaten‘ und ‚Ausnahmejude‘	72
5	Momente der Identifizierung	75
5.1	Neue deutsche Helden und die Verdrängung von Auschwitz	75
5.2	Kollektivschuld.....	77
5.3	Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grenzschutz.....	78
5.4	Polizei, Sicherheit und Rassismus	84
6	Implikationen der Identifizierung mit Israel	85
6.1	Für die materialistische Israelsolidarität und die Kritik des Antisemitismus.....	86
6.2	Für Israel.....	89
6.3	Für die Kritik des Rechtsextremismus.....	90
6.4	Möglichkeit immanenter Kritik?.....	91
7	Fazit	93
8	Literaturverzeichnis	96
9	Anhang: deutscher und englischer Abstract	106

1 Einleitung

„Wir sind gegen Antisemitismus, und die Freundschaft mit Israel ist mir sehr wichtig“¹ (Beck 2017). Dieses Zitat stammt aus einem Interview, das der Parteichef der FPÖ und österreichische Vizekanzler Heinz-Christian Strache der israelischen Tageszeitung *Israel HaYom* gegeben hat. Es steht für ein Phänomen, das in der deutschen und österreichischen extremen Rechten seit einigen Jahren immer häufiger zu beobachten ist: Verurteilung des Antisemitismus und Bekenntnisse zu Israel. Sie sind vor allem aus dem parteiförmigen Rechtsextremismus zu vernehmen, seltener und unkoordinierter auch jenseits der Parteien.

Dies scheint verwunderlich, ist doch eine der Kernideologien der extremen Rechten der Antisemitismus, der sich nicht zuletzt häufig in Antizionismus und Israelfeindschaft ausdrückt. Hat sich das verändert? Ist der Antisemitismus der Rechten Geschichte? Wären sie dann überhaupt noch rechtsextrem? Hat irgendetwas den Antisemitismus abgelöst? Oder ist das alles nur ein intelligenter PR-Stunt der blauen Parteien AfD und FPÖ und einiger ‚Verteidiger des Abendlandes‘? Wirkliche Erklärungen für dieses Phänomen gibt es bisher nicht, weder politische, noch wissenschaftliche. Das Thema und diese Fragen werden zwar immer häufiger als solche benannt (vgl. z.B. Grigat 2017a; Weiß 2017) und es wurde auch schon früh beschrieben (vgl. z.B. Klare et al. 2011). Über den positiven Bezug auf Israel von den extremen Rechten europäischer Länder außer Deutschland und Österreich bis 2009 hat Yves Pallade einen Überblick und einen historischen Abriss verfasst (vgl. Pallade 2009). Zu Österreich und Deutschland, wo diese proisraelische Positionierung von rechts außen erst seit 2010 wirklich vorhanden ist, hat Heribert Schiedel einen Text vorgelegt, der erste Hinweise für diese Arbeit lieferte (vgl. Schiedel 2016). Alles in allem aber ist das Phänomen, gerade angesichts seiner medialen Präsenz zu wenig erforscht. Dies zu ändern, die Hinwendung zu Israel aus der extremen Rechten in Deutschland und Österreich und ihr Verhältnis zum Antisemitismus zu erhellen, tritt die vorliegende Arbeit an. Daraus ergibt sich die folgende Forschungsfrage:

In welchem Verhältnis stehen die proisraelischen Positionierungen einiger AkteurInnen der extremen Rechten im deutschsprachigen Raum zum Antisemitismus, wie äußert sich dieser, wenn er zwar nach wie vor vorhanden ist, sich aber nicht unmittelbar in der Position zu Israel ausdrückt, in welchem ideengeschichtlichen Kontext stehen diese Positionierungen und welche politischen, ideologischen und psychischen Funktionen erfüllen sie heute?

¹ Im hebräischen Original: „אנחנו נגד אנטישמיות, והחברות עם ישראל חשובה לי מאוד“

1.1 Methode und Vorgangsweise der Arbeit

Die Herangehensweise der vorliegenden Arbeit zur Beantwortung der Forschungsfrage ist hermeneutisch-ideologiekritisch. Zunächst wird die theoretische Basis dargelegt, die Kritische Theorie des Antisemitismus, die zentral von Theodor W. Adorno, Max Horkheimer und anderen Kritischen TheoretikerInnen auf den Grundlagen der Kritik der politischen Ökonomie nach Karl Marx und Sigmund Freuds Psychoanalyse entwickelt wurde. Von ihr ausgehend wurde eine Gesellschafts- und Ideologiekritik formuliert, die gleichzeitig die materielle, also polit-ökonomische Verfasstheit der Welt durchdringen und die daraus sich in kollektiver wie individueller Rationalisierung der Irrationalität ergebenden Denkformen analysieren kann. Neben den Grundlagen der Kritischen Theorie des Antisemitismus wird hierbei insbesondere auf den Antizionismus als die Delegitimierung und Dämonisierung Israels und den negativen Bezug auf Israel im antisemitischen Weltbild allgemein eingegangen.

Im Anschluss an diese theoretische Grundlegung der Arbeit rückt die Empirie in den Fokus. Zunächst geht die Arbeit auf historische, nur vereinzelt positive Bezugnahmen von Rechtsextremen auf Israel und den Zionismus ein, wobei die hier einbezogenen Positionen selbst auf dem Antisemitismus fußen, wie zu zeigen sein wird. Es werden dann relevante heutige rechte und rechtsextreme AkteurInnen aus Deutschland und Österreich vorgestellt, die sich positiv zu Israel äußern und ihre Positionen analysiert. Hier geht es insbesondere, aber nicht ausschließlich, um AfD und FPÖ. Besondere Beachtung findet dabei der diachrone Vergleich der Veränderungen in der Positionierung zu Israel bei den jeweiligen AkteurInnen, soweit diese nachvollziehbar sind.

Das analysierte Material besteht aus wichtigen Reden und Statements, die teilweise bereits medial viel diskutiert wurden und werden und daraus ihre Relevanz beziehen, und anderen Texten der AkteurInnen. Bei dem Material und seiner Auswahl ist zu unterscheiden zwischen parlamentarischen und außerparlamentarischen AkteurInnen: Erstere haben prominente und offizielle VertreterInnen, kommunizieren über Presseaussendungen, Interviews, Partei- und teilweise Regierungsprogramme, was eine Identifizierung relevanter Positionen und Äußerungen leichter macht. Außerdem weisen sie aufgrund ihrer hierarchischen Organisationsstruktur stringenter Positionen auf oder, wenn mehrere Positionen gegeneinander stehen, dominante, die deshalb auch leichter zu analysieren sind.

Anders bei außerparlamentarischen AkteurInnen: Diese sind meist viel weniger klar hierarchisch organisiert und gerade eine positive Bezugnahme auf Israel ist sehr viel offener

umstritten, während man sich in den relevanten Parteien bemüht, den Eindruck zu erwecken, stringente Positionen zu vertreten. Dass dies jedoch weder den parlamentarischen noch den außerparlamentarischen AkteurInnen in vollendeter Stringenz gelingt, wird im Laufe der Arbeit deutlich werden. Für die Interpretation muss immer abgeschätzt werden, welche Position wie relevant, durchsetzungs- und tragfähig innerhalb der (extremen) Rechten ist. Die parlamentarische Ausprägung des positiven Bezugs auf Israel von rechts ist leichter zu fassen, vor allem aber ist sie politisch relevanter, weil die Parteien direkt Politik machen, zumal, wenn sie in Regierungsverantwortung sind wie derzeit die FPÖ. Aus diesen Gründen wird ihr in der vorliegenden Arbeit mehr Raum gegeben als der Beschäftigung mit außerparlamentarischen rechtsextremen AkteurInnen, die sich positiv zu Israel äußern.

Hier schließt eine Auseinandersetzung mit bisherigen, vor allem politischen Erklärungen dieses Phänomens an, wobei gezeigt wird, dass diese das Phänomen nicht abschließend und zufriedenstellend erklären können. Auf den Grundlagen der Kritischen Theorie des Antisemitismus, der Empirie der rechten und rechtsextremen proisraelischen Positionen in Deutschland und Österreich und den unzureichenden bisherigen Erklärungen wird deshalb das psychoanalytische Konzept der Identifizierung mit dem Angreifer nach Anna Freud eingeführt. Damit wird im Anschluss – wobei Theorie und Empirie ineinandergreifen – der positive Bezug auf Israel von Rechtsextremen als solche Identifizierung mit dem imaginierten Angreifer analysiert und diese Interpretation anhand exemplarischer und teilweise aufsehenerregender Aussagen verdeutlicht.

In den abschließenden Überlegungen wird nach den Implikationen der Erkenntnisse dieser Arbeit für die Kritik des Antisemitismus, des Rechtsextremismus und für Israel selbst sowie nach der Möglichkeit gefragt, solche rechtsextremen Identifizierungen mit Israel immanent ob ihrer Widersprüche zu kritisieren und ein Ausblick auf mögliche Weiterentwicklungen im untersuchten Feld gewagt.

1.2 Zum Begriff Rechtsextremismus

Zunächst sei noch etwas zum in der Arbeit verwendeten Begriff des Rechtsextremismus angemerkt: Er ist nicht, wie im deutschen Kontext, zu verstehen als ‚extremistisch‘ in Abgrenzung zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und also immer als Angriff gegen sie und das Grundgesetz. Der hier verwendete Rechtsextremismusbegriff fußt auf einer österreichischen Wissenschaftstradition, die 1993 von Willibald I. Holzer begründet wurde. Sie begreift den Rechtsextremismus als ein „soziales Phänomen“ (Holzer 1993, 16) und „als

extreme Spielart des Konservativen“ (ebd.). Holzer lieferte eine ganze Palette von inhaltlichen Definitionsmerkmalen des Rechtsextremismus (vgl. ebd., 31 ff), die in Zusammenfassung bei Alexander Winkler (vgl. Winkler 2017, 36 f) oder Heribert Schiedel (Schiedel 2014, 116 ff) nachzulesen sind, aber auch gekürzt den Rahmen dieser Arbeit sprengen würden. Es läuft jedoch darauf hinaus, dass der Rechtsextremismus inhaltlich bestimmt und als „eine militante Steigerungsform der zentralen Werte und Ideologien spätkapitalistischer Gesellschaften“ (Schiedel 1999, 191) verstanden wird, sodass von einem Kontinuum zu sprechen ist und die Unterschiede zwischen Rechtsextremen und der ‚Mitte‘ keinen Bruch, sondern eben eine Steigerung darstellen. Die Auswirkungen dieser Steigerung können allerdings, ungeachtet der Kontinuität, wesentliche Unterschiede machen, etwa wenn es um den Schritt zur Gewalt geht. Die ideologischen Grundlagen liegen aber in der Gesellschaft selbst und nicht nur an ihren Rändern. Alle in der Arbeit analysierten AkteurInnen, also FPÖ, AfD, PEDIGA, die *Identitäre Bewegung* und einige andere fallen zweifellos unter diesen Begriff des Rechtsextremismus (vgl. z.B. Salzborn 2017, 164 ff; Schiedel 2014; Schiedel 2017a; Winkler 2017; Weiß 2017, 139 ff).

2 Antisemitismus: Kritische Theorie und das Verhältnis zum Zionismus

Die Kritische Theorie des Antisemitismus, die dieser Arbeit zugrunde liegt und deren kritischer Gehalt darin liegt, dass ihre VertreterInnen „das Ziel einer Kritik und Bekämpfung des Antisemitismus“ (Salzborn 2010, 22) haben, anstatt ihn schlicht beschreiben zu wollen, hat ihre Anfänge im Wesentlichen in den 1940er- und 1950er-Jahren. Die ersten Studien drängten sich vor dem Hintergrund des nationalsozialistischen Vernichtungsantisemitismus auf, der in Europa wütete. Unter großer Beteiligung deutscher ExilantInnen entstanden in den USA die *Studies in Prejudice*, die 1949/1950 auf Englisch und später in Auszügen als *Studien zum autoritären Charakter* auf Deutsch erschienen. Die *Dialektik der Aufklärung* von Theodor W. Adorno und Max Horkheimer wurde 1947 veröffentlicht, 1946 verfasste Ernst Simmel *Anti-Semitism and Mass Psychopathology* (vgl. ebd., 23). Die analytische Stärke dieser und anderer Arbeiten lag und liegt nicht zuletzt in der Integration der Psychoanalyse nach Sigmund Freud und der Kritik der politischen Ökonomie nach Karl Marx. Sie ermöglicht es, die Wechselseitigkeit und gegenseitige Bedingtheit von Gesellschaft und Individuum, die immer aufeinander verweisen, zu durchdringen und die gesellschaftlichen Widersprüche dialektisch nachzuvollziehen. Während von Karl Marx zum Antisemitismus keine systematischen

Schriften vorliegen – er war in der Mitte des 19. Jahrhunderts auch noch nicht die eliminatorische Ideologie, zu der er sich ab etwa den 1870er-Jahren langsam entwickelte –, hatte Sigmund Freud selbst bereits sich mit dem Thema beschäftigt und insbesondere in *Der Mann Moses und die monotheistische Religion* (1939) wesentliche und prägende Annahmen über „die psychodynamische Genese des Antisemitismus und sein Verhältnis zur christlichen Religion“ (ebd., 34) getroffen, die „nachhaltig und prägend in der sozialwissenschaftlichen Debatte über Antisemitismus Einzug gehalten haben“ (ebd.). Jeder kritischen Annäherung an den Antisemitismus ist also von Beginn an die Psychoanalyse immanenter Bestandteil, ja ohne sie wäre der Antisemitismus nicht kritisch zu greifen. Deshalb baut auch die vorliegende Arbeit in ihrer Analyse des spezifischen Phänomens positiver Bezüge auf Israel von rechts im Verhältnis zum Antisemitismus auf Konzepten der Psychoanalyse auf. Sie ist wesentlich für die Betrachtung der subjektiven Seite des Antisemitismus, den Umgang der vergesellschafteten Subjekte mit ihrer repressiven Vergesellschaftung über den Wert im Kapitalismus. Diese gesellschaftliche Seite der Verhältnisse selbst hingegen, in denen der Antisemitismus entsteht, wird durch die Kritik der politischen Ökonomie erhellt. Für die Kritik des Antisemitismus ist es unerlässlich, beide Seiten, die gesellschaftliche und die subjektive, aufeinander zu beziehen.

2.1 Die falsche Ordnung: Kritik der politischen Ökonomie

Ohne hier – aus Platzgründen – ausführlich die Marxsche Analyse des Kapitalismus als modern-bürgerliche Gesellschaftsform referieren zu können, sollen jene Grundzüge der Kritik der politischen Ökonomie eingeführt werden, ohne die die bestehende Gesellschaft, aus der heraus auch der Antisemitismus entsteht, nicht zu begreifen ist. „[D]ie Grundbegriffe der Kritischen Theorie [sind] die Grundbegriffe der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie“ (Grigat 2007, 274), und die kritische Theorie des Antisemitismus ist wesentlich Kritische Theorie, auf der auch „spätere wert- und fetischkritische Analysen des Antisemitismus“ (ebd.) fußen, wie etwa jene von Moishe Postone. Der Antisemitismus, von Postone an seinem schrecklichsten Kulminationspunkt, dem nationalsozialistischen Projekt der Judenvernichtung exemplifiziert, war ideologisch gerade kein Angriff gegen die Moderne als Ganze. Etwa die „Affirmation des Industriekapitals durch den modernen Antisemitismus“, wie auch die Affirmation moderner Technologien oder ein Verständnis von Politik als Massenbewegung, „erfordert einen Ansatz, der unterscheiden kann zwischen dem, was moderner Kapitalismus ist, und der Art, wie er sich darstellt.“ (Postone 2015, 182) Der Antisemitismus fußt insofern

auf den gesellschaftlichen Verhältnissen, als ihre tatsächliche Verfasstheit und ihre Wahrnehmung auseinandertreten. Die gesellschaftlichen Verhältnisse selbst aber sind es, die durch ihre Konstitution ihr Wesen verschleiern, das deshalb verkehrt wahrgenommen wird. In ihnen liegt die Divergenz zwischen ihrem Wesen und ihrer Erscheinung bzw. ihrer Wahrnehmung durch die unter ihnen lebenden Individuen begründet.

Zentral ist für dieses Auseinandertreten der Begriff des Fetischs, den Marx insbesondere am Warenfetisch ausarbeitet, der aber die gesamte Kritik der politischen Ökonomie durchzieht. Die Ware zerfällt in zwei Seiten: Sie besitzt gleichzeitig Gebrauchswert und Tauschwert. Beide erscheinen, unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen, als quasi-natürliche Eigenschaften der Ware. Während der Gebrauchswert aber von der materiellen Beschaffenheit des Dings abhängt und insofern tatsächlich auf stofflichen Eigenschaften beruht, kommt der Tauschwert dem Ding allein unter den Bedingungen der Tauschgesellschaft zu, was es erst zur Ware macht. Nur in ihr existiert der Tauschwert, er ist also gesellschaftlich: Erst durch die Existenz eines allgemeinen Äquivalents sind die Produkte menschlicher Arbeit – und mit ihnen die Arbeit selbst, die analog in konkrete und abstrakte Arbeit zerfällt – kommensurabel. Diese allgemeine Austauschbarkeit stellt sich so dar, als ob sie in der Natur der Sache läge, also natürlich wäre – de facto aber ist der Tauschwert geronnene menschliche Arbeit. So tritt die Ware im Austausch als verdinglichter Träger menschlicher, sozialer, gesellschaftlicher Beziehungen auf, der seine eigenen Eigenschaften verschleiert (vgl. Marx 2008, 85 ff). Ohne die Kritik des Fetischcharakters bilden „[d]erartige Formen [...] eben die Kategorien der bürgerlichen Ökonomie. Es sind gesellschaftlich gültige, also objektive Gedankenformen für die Produktionsverhältnisse dieser historisch bestimmten gesellschaftlichen Produktionsweise, der Warenproduktion.“ (ebd., 90)

Der Warenfetisch in der Tauschgesellschaft ist allerdings nur der Nukleus „von Ideologie, von notwendigem falschem Bewußtsein“ (Adorno 1979, 465) über die gesellschaftlichen Verhältnisse, das der Tausch schafft (vgl. Adorno 2013, 190); Geld-, und Kapitalfetisch sind weitere Fetische, die Marx selbst einführt und Arbeits- und Staatsfetisch wären ihnen, mutatis mutandis, hinzuzufügen. Ihnen allen ist gemein, dass sie ihren jeweiligen Objekten Eigenschaften als natürliche zusprechen, die gesellschaftlichen Ursprungs sind und dadurch sie als unüberwindlich und ahistorisch setzen, während sie tatsächlich, weil von Menschen gemacht, auch von Menschen verändert, aufgehoben und überwunden werden können. Diese Bewusstseinsformen sind insofern notwendig falsch, als sie notwendig sind, weil die

Gesellschaft objektiv in diesen Kategorien und nach den entsprechenden Gesetzmäßigkeiten funktioniert, sie aber zugleich falsch sind, weil sie die tatsächlich gesellschaftlichen Formen als natürliche verschleiern. Sie entstehen nicht zufällig, etwa aufgrund individueller Missverständnisse, sondern systematisch aus den Verhältnissen selbst heraus und behalten auch über die individuelle Einsicht in ihren notwendig falschen Charakter hinaus Gültigkeit.

Über die Ware und das notwendig falsche Bewusstsein vermittelt treten sich in der Gesellschaft, die über den Wert erst zu der wird, die sie ist, die Menschen nicht als Menschen, sondern als Charaktermasken dieser Totalität des Kapitalismus gegenüber: Als WarenbesitzerInnen. Eine dieser Waren – die zentralste – ist die Arbeitskraft, und insofern ist jeder und jede zunächst, abgesehen von etwaigem sonstigem Besitz, BesitzerIn der Ware Arbeitskraft und somit Arbeitskraftbehälter. Die Menschen stehen als solche in ihrer abstrakten und repressiven Gleichheit, die aus der abstrakten Gleichheit allgemein menschlicher Arbeit entsteht, die sich im Wert spiegelt, in Konkurrenz zueinander und wissen, ahnen, dass sie als Individuen nichts zählen, sondern nur als Hülle, in der die Arbeitskraft transportiert wird. Sie sind nur von gesellschaftlicher Relevanz in jenem Ausmaß, in dem sie die ihnen von der Verwertungslogik des Kapitalverhältnisses aufgepresste Funktion erfüllen. Sie stehen deshalb in ständiger Konkurrenz zueinander, alle gegen alle, weil jeder und jede ständig von einer oder einem anderen ersetzt werden kann. Sie werden zu vereinzelter Einzelnen unter dem „stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse“ (Marx 2008, 765), die ständig ihr Bestes geben müssen, was aber doch nur bei den wenigsten dazu reicht, erfolgreich auch nur im Sinne der Verwertung zu sein. Diese Ersetzbarkeit lastet auf ihnen. Wenn der Status der oder des Einzelnen nicht schon elend ist, so wird ihm oder ihr durch das Elend der anderen ständig vor Augen gehalten, was jederzeit droht: Je nach gesellschaftlicher Umgebung sind das Sozialhilfe, Verhungern, Statusverlust, Armut und nicht zuletzt der Ausschluss aus der ‚Gemeinschaft der Tüchtigen‘, die vermeintlich produziert, um zu leben. Darin liegt wiederum eine ideologische Wahrnehmung von Gesellschaft, deren Movens ja nicht, wie geglaubt, die Bedürfnisbefriedigung der einzelnen Mitglieder der Gesellschaft und ihre Reproduktion ist, sondern die Kapitalakkumulation. Reproduktion in ausreichendem Maße ist nur ein notwendiges Nebenprodukt. Die Verwertung des Werts zwingt alle unter ihr Diktat, weshalb sie in dieser Ausweglosigkeit dazu gedrängt werden, die Erscheinungsformen der Gesellschaft, unter deren Zwängen sie leiden, zu affirmieren. Wesentlich ist dabei, dass weder durch Affirmation, noch durch (vermeintliche) Opposition zu den Verhältnissen dem

materiellen Problem des drohenden Ausschlusses zu entkommen ist. Es bleibt also bei der Warenmonade, die versuchen muss, sich als Charaktermaske im Kapitalismus gegen alle anderen durchzusetzen, immer ein fundamentales Unwohlsein, die Angst davor, ersetzt und überflüssig zu werden. Unter diesen Verhältnissen ist, wie Karl Marx es in seinem kategorischen Imperativ in der Einleitung zur *Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie* auf den Punkt brachte, „der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen“ (Marx/Engels 1976, 385), das aber gleichzeitig die ihn beherrschenden Verhältnisse nicht durchschaut, da sie sich verschleiern.

So sind die „ökonomischen Charaktermasken der Personen nur die Personifikationen der ökonomischen Verhältnisse [...], als deren Träger sie sich gegenübertreten.“ (Marx 2008, 100) Dies gilt auch für Herrschaft. Sie ist in der bürgerlichen Gesellschaft keine persönliche mehr, wie etwa in feudalen Systemen, sondern ökonomisch vermittelt und also unpersönlich. ‚Die Herrschenden‘ gibt es nicht mehr in dem Sinn, dass man die Herrschaft durch die Entmachtung oder Beseitigung irgendwelcher Individuen abschaffen könnte. Die Befreiung der Gesellschaft muss eine von ihrem Prinzip der Verwertung des Wertes sein. Mit der Verschleierung der Verhältnisse wird auch das verschleiert; dies wird später bei der Analyse der pathischen Projektion noch zum Tragen kommen.

2.2 Das Subjekt in der kapitalistischen Gesellschaft: Psychoanalyse und Kritische Theorie als Grundlagen der Kritik des Antisemitismus

Mit dieser tendenziell unverstandenen Zumutung ans Individuum, die es nie die eigene Überflüssigkeit vergessen lässt, muss es in der modernen Warengesellschaft also umgehen, ohne dass es daraus wirklich einen Ausweg gäbe, der jenseits der radikalen Veränderung der Gesellschaft liegt. Auf Basis der Psychoanalyse hat die Kritische Theorie einige der Formen dieses Umgangs erhellt.

2.2.1 Narzisstische Kränkung

„Die Lebensnot erfordert Arbeit, Arbeit ist Mühsal und das Gegenteil von Lustbefriedigung“ (Radonić 2006, 86), also Triebverzicht. Neben dem von Freud konstatierten, auch von der Kritischen Theorie als unumgänglich angesehenen Triebverzicht etwa als Kleinkind konstatiert diese einen spezifisch im Kapitalismus notwendigen Triebverzicht. Sie geht hier insofern über Freud hinaus, als dieser beide als unumgänglich ansah, weil er den gesellschaftlichen Charakter der den Triebverzicht auslösenden Zwänge naturalisierte und nicht, wie später die

Kritischen TheoretikerInnen, zum zentralen Ziel der eigenen Arbeit die Veränderung dieser Zwänge und eine andere, gute Einrichtung der Gesellschaft erklärt, in der dieser Triebverzicht nicht mehr (oder sehr viel weniger) notwendig wäre (vgl. ebd.).

In der falschen Gesellschaft sind die Menschen solange zur narzisstischen Selbstaufwertung gezwungen, solange sie diese zusätzliche Unterdrückung nicht als solche erkennen. „Die Erfordernisse der Selbsterhaltung erzwingen aus diesen Gründen eine neue narzißtische Besetzung der eigenen Person.“ (ebd.) Dieser „Narzißmus in seiner heutigen Form [...] ist nichts anderes [...], als eine verzweifelte Anstrengung des Individuums, wenigstens zum Teil das Unrecht zu kompensieren, daß in der Gesellschaft des universellen Tausches keiner je auf seine Kosten kommt“ (Adorno 1979, 33). Dieser sekundäre Narzissmus des Individuums wird aber durch die im Kapitalismus notwendig verstellte Realisierung des Gewünschten permanent gekränkt. Diese „Erfahrung der Ohnmacht aber kann nicht zugelassen werden“ (Radonić 2006, 86).

Sobald aber die Erfahrung auch zum „Gefühl“ der Ohnmacht wird, tritt das spezifisch Psychologische erst hinzu: daß nämlich die Individuen ihre Ohnmacht eben nicht zu erfahren, ihr nicht ins Auge zu sehen vermögen. Solche Verdrängung der Ohnmacht deutet nicht nur aufs Mißverhältnis zwischen dem einzelnen und seiner Kraft im Ganzen, sondern mehr noch auf die Verletzung des Narzißmus und auf die Angst, einzusehen, daß die falsche Übermacht, vor der zu ducken sie allen Grund haben, eigentlich aus ihnen selber sich zusammensetzt. Sie müssen die Erfahrung von der Ohnmacht zum „Gefühl“ verarbeiten und psychologisch sedimentieren, um über die Ohnmacht nicht hinauszudenken.

(Adorno 1979, 73 f)

Weil aufgrund dieses Narzissmus „Ich nicht!“ (Radonić 2006, 87) die erste Antwort auf die Frage sein muss, wer an der Zerrissenheit zwischen Ohnmachtsgefühl und narzisstischer Besetzung der eigenen Person schuld sei, begibt sich das kapitalistisch vergesellschaftete Subjekt mit seinem falschem Bewusstsein, also ohne die Subjektlosigkeit der wahrgenommenen Herrschaft durchschaut zu haben, auf die Suche.

2.2.2 Pathische Projektion

Ausgehend von der Existenz „gesellschaftlich tabuierter Regungen des Subjekts“ (Horkheimer/Adorno 2011, 201), also dem skizzierten, im Kapitalismus notwendigen Triebverzicht, verursacht vom repressiven Charakter der kapitalverwertenden Gesellschaft, ergibt sich die Notwendigkeit für die in ihr lebenden Menschen, mit diesen Regungen anders umzugehen, als sie auszuleben. Es entsteht oben erwähntes Ohnmachtsgefühl, der Mensch hat eine Ahnung von der eigenen Ersetzbarkeit und Irrelevanz, ohne die eigene Verstrickung – und die aller – in die Aufrechterhaltung der Verhältnisse zu sehen. In diesem „schmerzhaften Bewußtsein“ (Radonić 2006, 88) ist das narzisstisch gekränkte Individuum ständig diversen Zwängen, etwa eben am Arbeitsmarkt, ausgesetzt, hat „Hunderte von Wünschen“ (ebd.) und durchblickt „das System aber zumindest soweit, um zu wissen, daß diese nie erfüllt werden“ (ebd.). Dies aber, das nichtzulässige Wissen um die notwendig ausbleibende Befriedigung, die eigene Nichtigkeit im Bestehenden und die gefühlte Ohnmacht dagegen dürfen nicht bewusst werden, weil das die eigene Rolle und das eigene engagierte Weitermachen und Streben unterminieren würde. Es muss also abgewehrt werden. „Das erfordert einen großen Energieaufwand, so daß es eine enorme Erleichterung darstellt, eigene, nicht zugelassene Gefühle bei erster Gelegenheit auf ‚fremde‘ Andere zu projizieren“ (Radonić 2006, 87).

Es wird also jenes Eigene, dessen sich das Subjekt nicht bewusst werden möchte und eben, um des Weitermachens willen, auch nicht kann und darf, in ‚den Anderen‘ erblickt: „Eines der Abwehrmittel gegen die Bestrebungen des eigenen Unbewußten besteht in Projektionen, also darin, an anderen etwas zu sehen, dessen man sich bei sich selbst nicht bewußt werden möchte.“ (Fenichel 1993, 45) Weil die Juden² im Bild, das die AntisemitInnen von ihnen haben, „Eigenarten ihres Wirtsvolkes, welche dieses selbst längst aufgegeben hatte“, bewahrten, machte ihre „Fremdartigkeit [...] den Eindruck von etwas Archaischem, aus alter Zeit Übriggebliebenem, das die Nichtjuden bereits abgelegt hatten. In ähnlicher Weise beeindruckte die Fremdartigkeit des Nomadentums der Zigeuner die seßhaften Völker.“ (ebd.,

² Es besteht mit dem Begriff Jude das Problem, dass er einerseits die Figur bezeichnet, die die AntisemitInnen projektiv von ihm aufbauen, andererseits aber tatsächliche Menschen auch Juden und Jüdinnen sind. In der Arbeit wird versucht, die Unterscheidung soweit wie möglich konsequent durchzuhalten, auch indem an Stellen, an denen es um reale Menschen geht die Formulierung *Juden und Jüdinnen* verwendet wird, *der Jude* oder *die Juden* aber das antisemitische Bild bezeichnen, weil die Figur des Juden im Antisemitismus, abgesehen von spezifischen antisemitischen Bildern über Jüdinnen, als männlich bezeichnet wird.

43) Diese, wie Fenichel sie nennt, „Eigenarten“ der Juden und Jüdinnen und derer, die als ‚Zigeuner‘ bezeichnet werden, sind selbstverständlich keine irgendwie natürlich, ethnisch oder sonstwie a priori feststehenden oder auch nur tatsächlichen Eigenschaften irgendeiner Gruppe, sondern bezeichnen die Bilder, die gesellschaftlich von diesen ebenso gesellschaftlich hergestellten Gruppen bestehen.

Diese Bilder allerdings können wiederum nicht entstehen, ohne dass es zumindest irgendeinen realen Anknüpfungspunkt dafür gäbe: Im Antisemitismus wäre etwa zu nennen, dass Geldgeschäfte von Juden ausgeübt wurden, was wiederum ihnen gesellschaftlich auferlegten Regeln, wie etwa den Berufsverboten und Ausschluss aus den Handwerkszünften geschuldet ist; im Falle des Antiziganismus ist es das Bild vom ‚Nomadentum‘, das zweifelsohne unter anderem darauf zurückzuführen ist, dass als ‚Zigeuner‘ bezeichnete Menschen jahrhundertlang immer wieder vertrieben wurden und so vielfach zu einer Art Nomadentum gezwungen waren. Die Ideologien greifen solche existierenden Beispiele für Geldwirtschaft und Nomadentum auf, verabsolutieren sie und schreiben sie der ganzen Gruppe, verstanden als ‚Rasse‘ oder ‚Ethnie‘, zu. Die pathische Projektion besteht dann darin, dass nur noch diese Eigenschaften gesehen werden können, die der Gruppe zu- und an ihr festgeschrieben wurden.

Pathische Projektion heißt also, dass die Wahrnehmung der AntisemitInnen so strukturiert wird, dass sie in den Juden und Jüdinnen nur noch das sehen können, was sie vorher in ihr Judenbild hineingelegt haben: Eigene Wünsche und Ängste, die genannten triebhaften Regungen des Subjekts, die aufgrund externer und internalisierter gesellschaftlicher Zwänge nicht sein dürfen und über oben beschriebenen Prozess als Eigenschaften der Gruppe naturalisiert werden.

Aus historischen Gründen, die aus dem religiösen Antijudaismus in die Moderne gerettet wurden wie der Vorwurf des Gottesmordes, sind bis heute „[die] Juden [...] die Gruppe, die praktisch wie theoretisch den Vernichtungswillen auf sich zieht, den die falsche gesellschaftliche Ordnung aus sich heraus produziert.“ (Horkheimer/Adorno 2011, 177) Weil die antisemitische Wahnvorstellung in Verkennung der realen, vermittelten Herrschaftsverhältnisse nach Schuldigen sucht, findet sie immer wieder die Juden, die der ‚Weltverschwörung‘ geziehen werden, sei es in den *Protokollen der Weisen von Zion*, sei es im Sprechen über die ‚Israel-Lobby‘, die die USA und Europa an ihrem Gängelband halte oder in

einer Vielzahl anderer, mehr oder minder explizit antisemitischer Verschwörungsideologien. Der dem Antisemitismus immanente Vernichtungswille, sein eliminatorischer Charakter, entspringt aus diesem Wahn von der Überlegenheit der Juden. Der Antisemitismus „tritt als allumfassende Welterklärung auf“ (Grigat 2007, 278), der Jude wird darin zur Wurzel allen Übels, dem man nur mit einer ‚Endlösung‘ beikommen könne. Das unterscheidet auch den Rassismus vom Antisemitismus: „[D]ie Neger will man dort halten, wo sie hingehören, von den Juden aber soll die Erde gereinigt werden“ (Horkheimer/Adorno 2011, 177), wie es in der *Dialektik der Aufklärung* in kritischer Beschreibung der Ideologie heißt, in der „die Juden nicht eine Minorität, sondern die Gegenrasse, das negative Prinzip als solches“ (ebd.) verkörpern.

2.2.3 Der modernisierte Antisemitismus

Insbesondere seitdem der offene Antisemitismus in eine Legitimationskrise geraten ist, weil die westlichen Gesellschaften ihn nach der Shoa mit einem Tabu belegt haben, will kaum jemand mehr AntisemitIn sein. Dieses Selbstverständnis haben Max Horkheimer und Theodor W. Adorno in der *Dialektik der Aufklärung* im folgenden Satz auf den Punkt gebracht: „Aber es gibt keine Antisemiten mehr.“ (ebd., 209) Weil aber, wie beschrieben, die gesellschaftlichen Grundlagen für den Antisemitismus nach wie vor vorhanden sind und er nur mit einem Tabu belegt wurde, finden sich Wege, auf denen sich das antisemitische Ressentiment ausdrücken kann, ohne direkt zu sagen: „Ich hasse die Juden.“ Dies nennt etwa Lars Rensmann den modernisierten Antisemitismus:

“Modernized antisemitism” is distinguished here from racial and other forms of overt antisemitism. Modernized antisemitism can take different forms and use different codes, such as “the Zionists” or “Zionazis,” “USisrael world government,” “globalists from New York and Tel Aviv,” to express anti-Jewish resentment. Modernized antisemitism refers to new, more respectable forms of antisemitism based on innuendo and other transformed forms of anti-Jewish discrimination or hostility, including ones that are directed against Israel as a ‘collective Jew,’ or the identification of Jews as the string-pullers of multi-national capital or “globalism.”

(Rensmann 2011, 120)

In den meisten dieser Beispiele ist der Antisemitismus zumindest noch soweit mit seinen Objekten verknüpft, als irgendein Bezug auf Juden oder Israel enthalten ist. Die Codierung

kann aber sogar noch weiter gehen und auch diesen Bezug aufgeben, ohne dass sich am antisemitischen Gehalt der jeweiligen Aussage etwas ändern muss: Die „globalists from New York and Tel Aviv“ (ebd.) können zu nicht weiter qualifizierten ‚Globalisten‘ werden, zur ‚Ostküste‘, der ‚Wall Street‘, dem ‚Einen Prozent‘, das die ‚99 Prozent‘ der Weltbevölkerung unterdrücke, als ‚Finanzkapital‘ oder in vielen weiteren Bildern auftauchen, die abschließend aufzuzählen nicht möglich ist. Hieraus ergibt sich die Schwierigkeit ist, dass der antisemitische Gehalt dieser Codes desto leichter abgestritten werden kann, je weniger Bezug sie auf Juden oder Israel aufweisen. Dies muss noch nicht einmal eine Lüge sein, denn zuallererst wollen sich viele AntisemitInnen selbst vergewissern, dass sie keine AntisemitInnen seien und sind davon felsenfest überzeugt. Dennoch sind die Denkstrukturen, die solchen Begriffen zugrunde liegen, durchdrungen von Antisemitismus: Die Strippenzieher der Weltgeschichte, die an die Protokolle der Weisen von Zion erinnern und in den ‚Globalisten‘ oder ‚Einweltern‘ wiederkehren oder die Abspaltung der Zirkulationssphäre des Kapitalismus – und die Schuldzuweisung an sie – von der Produktionssphäre, die ihren deutlichsten antisemitischen Ausdruck in der nationalsozialistischen Spaltung des Kapitals in ‚raffendes, jüdisches‘ und ‚schaffendes, arisches‘ gefunden hat und heute in Parolen gegen das ‚Finanzkapital‘ wiederkehrt (vgl. Grigat 2007, 265 ff) sind nur zwei besonders häufige davon.³ Auch diese Ausdrucksweisen antisemitischer Ideologie können immer wieder umschlagen in konkreten Antisemitismus, der sich gegen konkrete Juden und Jüdinnen richtet, auch wenn er sozusagen übergangsweise ohne die Benennung seiner prospektiven Opfer auskommt.

2.2.4 Der ‚Ausnahmejude‘: Schein des rationalen Urteils

Ein weiteres Muster, das sich immer wieder dort findet, wo Menschen versuchen vor sich selbst und anderen zu belegen, keine AntisemitInnen zu sein, ist der Versuch, ihn als rationales Urteil erscheinen zu lassen.

Im Antisemitismus gibt es, das stellte schon das Team rund um Adorno in den *Studien zum autoritären Charakter* fest, eine „Einteilung der Juden in zwei Gruppen, die Guten und die Schlechten“ (Adorno 1973, 130). Sie zeigt „das ‚pseudorationale‘ Element im antisemitischen Vorurteil“ (ebd.). Der schlechte Jude ist nach dieser Einteilung ‚der Jude an sich‘, wie ihn sich

³ Manche dieser Begriffe bergen dabei das Problem, dass sie nicht unbedingt Ausdruck von antisemitischer Denkweise sein müssen, es aber häufig sind: Das Finanzkapital zum Beispiel existiert natürlich und spielt im Kapitalismus eine ganz bestimmte Rolle. Diese zu analysieren und zu benennen ist notwendig für Kritik der politischen Ökonomie, ohne dass dadurch notwendigerweise Antisemitismus einen Ausdruck findet. Es kommt also auf den Kontext und die Art und Weise der Verwendung des Begriffs an.

der Antisemit vorstellt: Verschlagen, hinterlistig, verschwörerisch, mit großer Nase und Ohren, der sogenannte ‚Kike‘, eine abfällige Bezeichnung für Juden. Der ‚weiße‘ Jude stellt dagegen in der Gedankenwelt des Antisemiten die Ausnahme dar. Die sprichwörtlichen Juden, von denen jeder Antisemit ‚einige‘ als ‚beste Freunde‘ hat, sind diese ‚weißen‘ Juden, die eben vom antisemitischen Bild des Juden ausgenommen und so gesehen werden, wie man sich selbst gern sieht: gebildet im Bürgertum, arbeitsam in der Arbeiterklasse, anständig, verlässlich, in Ordnung. Doch diejenigen, die die Trennung in gute und schlechte Juden vornehmen, ziehen die Linie willkürlich und können sie je nach Bedarf verschieben, ohne dass davon der Antisemitismus beeinträchtigt würde.

Es ist ein Strukturelement der antisemitischen Verfolgung, daß sie anfänglich nur bestimmte Gruppen einbezieht, dann aber sich ausbreitet ohne ein Ende zu finden; und es ist dieser Mechanismus, durch den das ‚zwei-Arten‘-Klischee seinen drohenden Aspekt erhält. Die Unterscheidung zwischen ‚Weißen‘ und ‚Kikes‘, willkürlich und ungerecht in sich, wendet sich am Ende doch auch gegen die sogenannten ‚Weißen‘, die die ‚Kikes‘ von morgen sind.

(ebd., 132)

In seinen *Betrachtungen zur Judenfrage*, die Jean-Paul Sartre zuerst im Dezember 1945 unter dem Titel *Portrait de l'antisémite* veröffentlichte, bezeichnet er den Antisemitismus als „Leidenschaft“ (Sartre 1989, 110), aus deren Logik den AntisemitInnen sich die Wesenhaftigkeit des Juden ergebe (vgl. ebd.). Leidenschaft oder Besessenheit bedeutet auch, dass sich dieses wahnhafte Weltbild darin äußert, dass der Portraitierte nicht von den Juden lassen kann und eine „sadistische Anziehungskraft des Antisemiten zum Juden“ (ebd., 131) zu konstatieren ist. Sie ist

so stark, daß man häufig sieht, wie eingeschworene Judenfeinde sich mit jüdischen Freunden umgeben. Gewiß nennen sie sie „Ausnahmejuden“ und erklären, „die sind nicht wie die anderen“. [...] Jedoch ihre Freundschaftsbeteuerungen sind nicht aufrichtig, denn sie denken nicht einmal daran, in ihrem Gerede die „guten Juden“ zu verschonen[.]

(ebd.)

Man muss heute die Erkenntnisse aus den *Studien zum autoritären Charakter* leicht adaptieren. Den Interviewten in der Studie war es offenbar recht einfach möglich, offen antisemitisch über ‚die Juden‘ zu sprechen, wie Zitate zeigen. Damals verlief die Trennung regelmäßig noch explizit zwischen ‚den Juden‘ allgemein und ‚dem Ausnahmefuden‘ konkret. Es wurden als Ausnahmen persönlich bekannte Juden und Jüdinnen benannt oder etwa solche, die „wirklich reizend sind, aber [...] keine vollblütigen Juden“ (Interviewpartnerin F 109, zit. n. Adorno 1973, 133). An sich, sagt die gleiche Frau, verhalte es sich wie folgt: „Die Juden halten zusammen, sind hinter dem Geld her; sie beschwindeln einen. Die Juden machen die großen Geschäfte. Es sieht so aus als würden sie bald das Land regieren.“ (ebd.) Sie spricht also noch, wie andere auch, explizit von ‚den Juden‘ und ihren – negativen – Eigenschaften.

Mittlerweile hat sich ein Tabu mehr und mehr durchgesetzt. Die offene Artikulation von Antisemitismus ist – im Westen – quasi nicht mehr vorhanden, zumindest war sie es lange nicht. Es ist weitgehend tabuisiert, ihn offen zu artikulieren, also zu sagen, ‚die Juden‘ seien so und so, und schon gar nicht schlecht. Diesem Tabu folgend kommt zum Tragen, dass der Antisemitismus sich zwar in letzter Konsequenz gegen Jüdinnen und Juden richtet, aber im umfassenderen Sinn eine Welterklärung ist, die über weite Strecken auch ohne die Benennung ihrer prospektiven Opfer auskommt, sie sogar partiell in Schutz nehmen kann. Das zeigt sich etwa an Aussagen, deren Inhalt mehr oder weniger verklausuliert antisemitisch ist und die sich an die Denkstrukturen des Antisemitismus anlehnen. Sie kommen meist ohne direkten Rekurs auf Juden aus, aber die in ihnen enthaltene Verschwörungsideologie, der völkische Nationalismus, Antiintellektualismus, die Elitenfeindschaft oder auch bestimmte Formen von Sexismus und Homophobie lassen keinen Zweifel am Antisemitismus derer, die sie tätigen (vgl. Stögner 2017, 138). Immer wieder kommt diese Welterklärung aber doch zu sich selbst und offenbart, worum es geht: Gegen die Juden.

Wo also in den Interviews in den *Studien zum autoritären Charakter* noch die Spaltung in ‚gute‘ und ‚schlechte‘ Juden explizit gemacht wurde, kommt der Antisemitismus heute oft gänzlich ohne die Explikation aus, dass ‚die Juden‘ schlecht seien; er kann auf die zugrundeliegende Welterklärung unausgesprochen aufbauen und sich verklausuliert ausdrücken.

Indem der oder die AntisemitIn solche Ausnahmen benennt, behauptet er oder sie vor anderen wie vor sich selbst, gar kein AntisemitIn zu sein, sondern rationale Gründe für die Regel der Ablehnung der Juden als solche zu haben, die von den Ausnahmen bestätigt werde. Wie Sartre (vgl. 1989, 131) ausgeführt hat, steht aber bereits die Suche nach den

sprichwörtlichen ‚jüdischen besten Freunden‘ der AntisemitInnen unter den leidenschaftlichen, sadistischen Vorzeichen des Antisemitismus. Diese ‚Freundschaften‘ sollen dann hinterher, wenn sie einmal bestehen, belegen, dass man gar keinE AntisemitIn sei und behaupten so eine rationale Urteilsfähigkeit, wo von vornherein nur verhärteter Hass, abgeschottet gegen die Möglichkeit menschlicher Erfahrung, vorhanden war. Es tritt darin die „innere Schwäche des ‚mein bester Freund‘-Klischees [zutage], das menschliche Erfahrung simuliert, ohne sie recht zu verwirklichen“ (Adorno 1973, 133). Die Zurschaustellung dieses vermeintlichen Urteilsvermögens folgt dem Wunsch, sich selbst und anderen gegenüber „den Schein der Objektivität zu wahren, während man seine Feindschaft zum Ausdruck bringt.“ (ebd., 130) Es kann aber diese Ausnahme jederzeit zurückgenommen werden, weil sie willkürlich ist – spätestens in dem Moment, wo keine Verkleidung des Antisemitismus mehr notwendig ist. Auch Hannah Arendt schrieb 1946 unter dem Eindruck der Shoa: „The events of recent years have proved that the ‚excepted Jew‘ is more the Jew than the exception“ (Arendt 1946, 4).

2.3 Antizionismus, ‚Israelkritik‘ und Antisemitismus: Israel im antisemitischen Weltbild

Der moderne Antisemitismus kam mit dem Einbruch der Moderne in die Welt, mit der über den Wert vermittelten Herrschaft. Er ist seither bei wechselnder Erscheinungsform der gleiche geblieben und birgt in sich wie keine andere Ideologie die ‚Endlösung‘: Die Vernichtung der Juden und Jüdinnen. Dieses Telos wird mal ausgesprochen, mal nicht, mal propagieren es die AntisemitInnen, mal wollen sie es selbst nicht wahrhaben, die Bedingungen, unter denen AntisemitInnen zur Tat schreiten, sind schwer zu ergründen und es gibt bis heute keine universelle Antwort auf die Frage nach ihnen. Die Übergänge sind meist fließend. In Europa und in Nordamerika fordert heute kaum eine gesellschaftlich relevante Kraft die Vernichtung der Jüdinnen und Juden, nur, wem an gesellschaftlicher Anerkennung gar nichts mehr gelegen ist, bezeichnet sich als AntisemitIn, seit Deutschland im Namen des Antisemitismus den Zivilisationsbruch der Shoa begangen und sechs Millionen Juden und Jüdinnen ermordet hat. Doch der Antisemitismus besteht, sind doch seine gesellschaftlichen Bedingungen nach wie vor die gleichen: Vermittelte, unpersönliche, unverständene Herrschaft des Menschen über den Menschen in Gestalt von Charaktermasken, ein tiefes Unbehagen an der repressiven Vergesellschaftung über den Wert und das ‚Gefühl‘ der eigenen Ohnmacht (vgl. Adorno 1979, 73), dessen Abwehr regelmäßig zu antisemitischem Denken führt. Dieses Gefühl und dieses Denken verschwanden nicht mit dem Aufbau des Tabus, das den Deckel der Unsagbarkeit auf

den offenen Judenhasse legte. Wie und wie stark es sich äußert, hängt seitdem zentral von Gelegenheiten ab. Eine der besten Gelegenheiten war den AntisemitInnen spätestens seit seiner Existenz, häufig aber auch schon vor 1948, Israel. Es wurde als ‚Jude unter den Staaten‘ zur Projektionsfläche antisemitischer Regungen und insbesondere in Reaktion auf den Sechstagekrieg verbreitete sich der Antizionismus, diese „geopolitische Reproduktion des Antisemitismus“ (Grigat 2007, 329), von der bundesrepublikanischen Rechten auf große Teile der Gesellschaft (vgl. Botsch/Kopke 2016, 311). Allerdings nahmen Rechte bereits vor der Staatsgründung Israels Bezug auf den Zionismus – nicht nur negativ.

2.3.1 Früher Antisemitismus, ‚Konservative Revolution‘ und Zionismus: Der Weg in den antisemitischen Antizionismus

In den antisemitischen Bewegungen, die ab etwa den 1870er-Jahren in Europa aufkamen, sind unterschiedliche Ausprägungen des Antisemitismus anzutreffen. Wie Stefan Breuer schreibt, richtete sich der Antisemitismus der Linken und der Mitte „meist gegen die angeblich unzureichende Assimilation der Juden“ (Breuer 2001, 328), während die Rechten „die Bedingungen der Möglichkeit der Assimilation [...], die Emanzipation“ (ebd., 329) der Juden und Jüdinnen angriff. Nach Breuer nahm die erste, die er eine „gemäßigte“ (ebd.) Strategie nennt, die Emanzipation der Juden und Jüdinnen hin, trat „jedoch zugleich für eine Politik der sozialen und administrativen Diskriminierung“ (ebd.) ein. Die zweite, die „radikale“ (ebd.) Strategie, zielte auf die Revision der Judenemanzipation und wollte sie exkludieren, „sei es nur aus dem politischen System unter Weitergewährung der bürgerlichen Rechte, sei es aus der Nation insgesamt durch die Errichtung einer Art von Apartheid, durch Ghettoisierung oder durch Vertreibung.“ (ebd.) Der „paranoide Antisemitismus“ (ebd.) war nach Breuer eine dritte Kategorie, „die schließlich in die physische Elimination mündete“ (ebd.). Seine ersten Vertreter waren unter anderem Hermann Ahlwardt, Otto Böckel, Wilhelm Marr und Houston Stewart Chamberlain.

Auch, wenn sich einige Vertreter⁴ der ersten beiden Kategorien später gegen die nationalsozialistische Judenpolitik und die Vernichtung der Juden und Jüdinnen aussprechen sollten, verbleibt diese analytische Trennung auf der Ebene des direkt Geäußerten. Die Korrelationen des völkischen Nationalismus mit dem radikalen Antisemitismus sowie des gemäßigten Antisemitismus mit dem alten Nationalismus sind eher als „Wahlverwandtschaft“

⁴ Weil in der Recherche keine Vertreterin des Antisemitismus zu dieser Zeit zu finden war, wird hier nur die männliche Form verwendet, auch wenn es natürlich auch damals Antisemitinnen gegeben hat. Zumindest die veröffentlichte Ideologiekonstruktion war aber ganz offensichtlich Männersache.

(ebd., 343) denn als „exklusive Beziehung“ (ebd., 344) zu bezeichnen. Über die Zeit hat sich jedenfalls der Antisemitismus zu dem verdichtet, als den wir ihn heute kennen: Zum paranoiden, kollektiven Verfolgungswahn mit Welterklärungsanspruch, dessen „Fiktionen nicht mehr isoliert auftauchen, sondern in hohem Maße vernetzt und systematisiert sind.“ (ebd., 349) Er schließt meist auch einen vehementen Antizionismus ein. Welchen Anteil der ‚gemäßigte‘ und der ‚radikale‘ Antisemitismus jeweils an der Vorbereitung der ‚Endlösung‘ hatten, ist eine Frage, die gesondert zu behandeln wäre. Die so genannte ‚konservative Revolution‘, die vor allem in der Weimarer Republik wichtig war, hat daran jedenfalls auch einen Anteil. Sie wird hier in die historische Analyse einbezogen, weil an einigen ihrer Vertreter gerade die instrumentell-positive Bezugnahme auf den Zionismus auf Basis des Antisemitismus anschaulich gezeigt werden kann und sie auch sonst, etwa in Fragen der Heterogenität, einige Parallelen zu heutigen rechten Bewegungen, gerade der AfD, aufweist. Heute firmiert der Begriff der ‚konservativen Revolution‘ „als Sammelbezeichnung für die rechten Strömungen zwischen Deutschnationalen und Nationalsozialisten.“ (Breuer 1993, 1) Allerdings vertraten ihre Protagonisten zum Teil recht unterschiedliche Weltanschauungen (vgl. Weiß 2017, 44 ff), insbesondere, was etwa Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik, Staatsform und Wissenschaft und Technik angeht, sodass man nicht mehr „von einer gemeinsamen Identität sprechen“ (Breuer 1993, 78) kann. Deshalb, und weil ‚konservative Revolution‘ in der heutigen Bedeutung ein vor allem post festum geprägter Begriff ist, um diese Weltanschauungen vom Nationalsozialismus zu scheiden (vgl. ebd., 1; vgl. Weiß 2017, 44), ist der Terminus irreführend und „sollte deshalb aus der Liste der politischen Strömungen des 20. Jh. gestrichen werden“ (Breuer 1993, 181). Es gibt zwischen ‚konservativer Revolution‘ und Nationalsozialismus vielmehr fließende Übergänge statt einer klaren Trennung, wenn man der Zurechnung unterschiedlicher Autoren zur ‚konservativen Revolution‘ folgt, die Armin Mohler in seiner apologetischen Dissertation *Die konservative Revolution in Deutschland 1918-1932* vorlegte. So hatten „[v]iele seiner [Mohlers, N.S.] Protagonisten [...] dem ‚Dritten Reich‘ institutionell wie weltanschaulich mehr als nahegestanden“ (Weiß 2017, 45) und „es geriet zunehmend der Umstand aus dem Blickfeld, dass nicht wenige der Autoren vor allem Ende der 1920er-Jahre die NSDAP abgelehnt hatten, da sie ihnen nicht radikal genug schien und als Partei im Geruch des Parlamentarismus stand.“ (ebd.) Dennoch hält sich der Begriff bis heute (vgl. ebd., 48) auch gegen andere Vorschläge, wie etwa jenen des *neuen Nationalismus*, den Stefan Breuer stark macht (vgl. Breuer 1993, 180 ff; vgl. Breuer 2001, 92

ff). Neu war am *neuen Nationalismus* vor allem die „charismatische Aufladung des Nationsbegriffs“ (Breuer 1993, 187) und „daß Deutschland eine Mission von geradezu metaphysischem Rang hatte“ (ebd.), sodass der Terminus gerade in Abgrenzung zum ursprünglichen, aufklärerischeren Nationalismus etwa der französischen oder der amerikanischen Revolution einige Plausibilität beanspruchen kann, weil dort „das Charisma der Nation noch durch dasjenige der Vernunft modifiziert wurde“ (ebd., 194).

Der Antisemitismus war nicht bei allen, die der ‚konservativen Revolution‘ zugerechnet wurden und werden, also den Vertretern des neuen Nationalismus, konstitutiv. Wo er aber auftritt „findet sich neben dem gemäßigten Antisemitismus der Moeller, Zehrer etc. auch ein ausgeprägter Radikalantisemitismus: [Wilhelm] Stapel, [Max Hildebert] Boehm, [Ernst] Jünger, [Friedrich Wilhelm] Heinz.“ (Breuer 2001, 373)

Der Beschäftigung mit dem Zionismus kam im deutschen Antisemitismus zwischen dem ausgehenden Kaiserreich und dem Nationalsozialismus nur eine „verhältnismäßig kleine Rolle“ (Vogt 2016, 360) zu. Zwar gibt es Äußerungen zum Zionismus und zu Zionisten, aber keine systematische, inhaltliche Auseinandersetzung (vgl. ebd.). Viele derjenigen, die sich äußerten, waren Radikalantisemiten wie Wilhelm Stapel, Max Hildebert Boehm oder Hans Blüher – der jedoch zum paranoiden Antisemitismus tendierte (vgl. Breuer 2001, 348). Bei ihnen finden sich vor dem Hintergrund ihres Antisemitismus vordergründig positive Verweise auf den Zionismus. Es gibt mehrere Gründe für die positive Erwähnung des Zionismus, die jedoch alle direkt antisemitisch oder antisemitisch grundiert sind. Der dominante ist, dass die Zionisten als jüdische „Kronzeugen“ (Vogt 2016, 338) den ‚wesenhaften Unterschied‘ zwischen Juden und Deutschen bestätigen sollten. Unter Berufung auf sie sollte ‚belegt‘ werden, dass die ‚Judenfrage‘, die sich damals insbesondere um „die Anwesenheit von Juden in der deutschen Gesellschaft“ (ebd.) drehte, einen realen Kern habe, „also dass der Antisemitismus ein angeblich reales Problem anprangerte.“ (ebd.) Ein wesentlicher Streitpunkt zwischen jenen Antisemiten und Zionisten, die Kontakt hatten, war, dass die Zionisten, obwohl sie für eine eigene jüdisch-zionistische Identität der Juden und Jüdinnen eintraten und sich gegen die Assimilation wandten, auch die Emanzipation der Juden und Jüdinnen und ihre rechtliche Gleichstellung in Deutschland forderten und verteidigten (vgl. ebd., 312f, 344). Dies allerdings tat der ideologisch-instrumentellen Anerkennung des Zionismus durch die Antisemiten keinen Abbruch, denn der Antisemitismus musste auch damals nicht widerspruchsfrei sein (vgl. ebd., 360). Darüber hinaus behaupteten die

Radikantisemiten, die Zionisten hätten nicht nur diese ‚Andersartigkeit‘ der Juden erkannt, „sondern auch selbst die angeblichen ‚Grenzüberschreitungen‘ der assimilierten Juden verurteilt.“ (ebd., 338) Einige Beispiele:

Die Judenheit war und blieb eine Nation, aber sie gab sich nirgends als solche. Überall spürt man ihre Macht und nirgends war sie zu greifen. Sie bewährte völkische Solidarität wie kaum ein anderes Volk, aber sie bekannte sich nie zu ihr. Gerade dies Verhalten der assimilatorischen Judenheit bedeutete und bedeutet für uns die denkbar größte Aufreizung.

(Boehm, zit. n. Prehn 2013, 280)

Dem habe „erst der Zionismus, der ‚einen Appell an die völkische Ehrlichkeit der Judenheit‘ darstelle, ‚ernstliche Abhilfe geschaffen‘.“ (ebd., darin Boehm) Max Hildebert Boehm nannte den Zionismus entsprechend das „entschiedene[.]“, das „positive Judentum“ (Boehm 1917, 320) und das „neu erwachte jüdische Gewissen“ (ebd., 323). Er konstatierte darüber hinaus für die eigene Weltsicht „eine ideologische Nähe zu dieser Form des jüdischen Nationalismus“ (Vogt 2016, 363), die er in der Konzeption von Volk sah. Zwischen ihm und Zionisten wie Martin Buber, dem Herausgeber der *Jüdischen Rundschau* Leo Hermann, Arnold Zweig und Moses Calvary entstand auf dieser Grundlage ein reger Austausch, der allerdings auch sehr konflikthaft war. Diese Konflikte entzündeten sich bei teilweise zu findender gegenseitiger Zustimmung immer insbesondere am Antisemitismus Boehms und dem ihm entgegenstehenden Universalismus der Zionisten (vgl. ebd., 307 ff).

Für Wilhelm Stapel musste entweder die ‚kulturelle Orientierung‘ der Juden oder das deutsche Volkstum siegen. Er entwarf, damit das zweite eintrete, 1932 ein regelrechtes „Apartheidprogramm“ (Breuer 1993, 90), was für ihn nicht im Widerspruch zu seinem Bekenntnis von 1928 stand, dass es ihm nicht einfalle, „den einzelnen Juden als minderwertiges Geschöpf zu betrachten, ihn zu hassen und zu verfolgen [oder] das jüdische Volk als Volk für minderwertig oder gar für ‚böse‘ zu halten.“ (Stapel 1928, 108) Es ginge schlicht darum, „sachlich [zu] bleiben [und] uns durch das Fremde nicht uns selbst entfremden [zu] lassen.“ (ebd., 109) Deshalb seien auch der Zionismus mit seinen „mannigfaltigen Sondergruppen“ (ebd., 108), wie auch jene unbenannte jüdische „Richtung, die, ohne zionistisch zu sein, die naturhaften Unterschiede des deutschen und des jüdischen Volkes

anerkennt“ (ebd.), zwei Beiträge „zur Säuberung des Verhältnisses zwischen Deutschen und Juden“ (ebd.).

Diese Reihe ließe sich noch recht lang fortsetzen über etwa die Antisemiten Theodor Fritsch, Houston Steward Chamberlain oder Heinrich Claß, die alle den Zionismus auf die eine oder andere Art begrüßten; Heinrich Pudor sah ihn gar „als die einzige Lösung der Judenfrage“ (Pudor, zit. n. Vogt 2016, 361). Hans Blüher's *Secessio Judaica* von 1922 soll hier noch angeführt werden, weil er im Zionismus eine Gesinnung sieht, „die die Substanzmimikry der Idee Juda in der Wurzel aufhebt“ (Blüher 1922, 20 f.). „Der Zionismus enthält viel Vorbild“ (ebd., 21); „[d]as ganze nichtzionistische Judentum steht im Dienste einer destruktiven Geschichtswirkung gegenüber den Gastvölkern, unter denen es wohnt.“ (ebd., 22) Der Zionismus ist bei Blüher der jüdische Ausdruck der *secessio judaica*, des Aussetzens der Mimikry, mittels derer die Juden sich bisher unter ihren ‚Gastvölkern‘ verborgen gehalten hätten. Der Zionismus heißt für Blüher: „*Jehuda patet*“ (ebd., 41), die Juden werden sichtbar und der „Zionist weiß, dass die Gegensätze stets gleich bleiben“ (ebd., 44). Der wahre „Antisemitismus, der aus der Notwendigkeit der Erkenntnis folgt, ist deshalb immer *sine ira et studio*. Aber er ist dafür völlig radikal und kennt keine einzige Ausnahme.“ (ebd., 41) In metaphysischer, idealistischer Diktion heißt es weiter, Antisemit sei, wer „diesen Vorgang der *secessio judaica* als reines Ereignis der Geschichte erkennt, das keine Kausalität hat, und damit zugleich seine Unvermeidlichkeit; wer von sich weiß, daß sein Schicksal von der *secessio* nicht berührt wird, weil er nämlich nicht Jude ist, und wer demnach stets im Sinne dieses bejahten Ereignisses handelt“ (ebd.). Blüher und Stapel wie auch einige andere grenzten sich so nicht nur immer wieder vom spontanen, gewalttätigen ‚Vulgärantisemitismus‘ der Nationalsozialisten ab, der ‚nur‘ in Pogromen endete (vgl. Vogt 2016, 364). Blüher stellt darüber hinaus auch insofern eine Ausnahme dar, als er davon ausging, mit dem Zionismus würden die Juden die ‚Eigenschaften‘ ablegen, ‚aufgrund derer‘ sie dem Ressentiment ausgesetzt sind, eben die Mimikry, dass sie sich nicht klar zu erkennen gäben. Weil mit dem Zionismus die Juden den „Rücksprung von der Rasse zum Volk“ versuchten, sei er „eine Bewegung von unbedingter geschichtlicher Größe“ (Blüher, zit. n. Breuer 2001, 345).

Bei anderen Antisemiten ist die Unterstützung des Zionismus, um die Vorstellung vom ‚wesenhaften Unterschied‘ zwischen Juden und Deutschen zu festigen und „um jährlich eine zu bestimmende Zahl deutscher Juden nach Palästina oder überhaupt über die Grenze zu

bringen“ (Rosenberg 1943b, 156) gepaart mit einem fundamentalen und radikalen Antizionismus.

Exemplarisch dafür steht der soeben zitierte Alfred Rosenberg, Autor von *Der staatsfeindliche Zionismus*, das 1922 erschienen ist. Rosenberg, einer der wichtigsten Ideologen des Nationalsozialismus, hatte früh ein geschlossen antisemitisches Weltbild und es gibt Hinweise, dass er bereits 1917 seinen Antizionismus in den Antisemitismus integriert hatte (vgl. Nicosia 2012, 95). Dass er dennoch explizit diese Art von instrumenteller ‚Unterstützung‘ des Zionismus kundtat, zeigt, wie wenig die jüdische Bevölkerung – zionistisch oder nicht – davon hatte, wenn eine solche auf dem Antisemitismus fußte, und dass zumindest die Behauptung einer Unterstützung des Zionismus und wüstester Antisemitismus sich nicht ausschließen müssen. Die Frage, was der Zionismus wolle, sei „für den Kenner des jüdischen Wesens nicht allzu schwer zu beantworten“ (Rosenberg 1943a, 85):

Wenn jüdische Politiker vom zukünftigen Musterstaat Palästina sprechen, so weiß jeder Kenner, daß dies nie eintreten wird. Denn auf keinem Gebiet des Wissens, der Kunst, des Lebens ist der Jude wirklich schöpferisch gewesen. Sein „Staat“ wird genau so lange dauern, als die Millionen des den Völkern der Welt abgewucherten Geldes ihm künstlich Lebenskraft einpumpen. An dem Tag, wo die Judenfrage im Sinne der jeweilig von Hebräern ausgeplünderten Völker gelöst sein wird (dieser Tag ist nicht mehr allzufern), an diesem Tage fällt Palästina als Judenstaat in sich zusammen. Bleiben wird nur die alte zwischenvölkische (d.h. internationale) Nation.

Zionismus ist, bestenfalls, der ohnmächtige Versuch eines unfähigen Volkes zu produktiver Leistung, meistens ein Mittel für ehrgeizige Spekulanten, sich ein neues Aufmarschgebiet für Weltbewucherung zu schaffen.

(ebd., 86)

Je fortgeschrittener und je paranoider der Antisemitismus, desto deutlicher wurde dem Zionismus auch von seinen antisemitischen vermeintlichen (und wenigen tatsächlichen) Fürsprechern unterstellt, die Juden könnten, wie es Adolf Hitler in seinem zweiten Buch formulierte, „mangels eigener produktiver Fähigkeiten einen Staatsbau räumlich empfundener Art nicht durchführen“ (Hitler 1961, 220), weil ‚der Jude‘ „als Unterlage seiner

eigenen Existenz die Arbeit und schöpferischen Tätigkeiten anderer Nationen“ (ebd.) bräuchte. Damit würde die „Existenz des Juden selbst [...] zu einer parasitären innerhalb des Lebens anderer Völker. Das letzte Ziel des jüdischen Lebenskampfes ist dabei die Versklavung produktiv tätiger Völker.“ (ebd.) Für Hitler war auch der Zionismus Mittel zu diesem Zweck. Er solle, wie bei Rosenberg gesehen, mit Israel die Zentrale der ‚jüdischen Weltverschwörung‘ durch ‚Weltbewucherung‘ aufbauen. Gleichwohl finden sich auch bei Hitler, etwa in einer Rede von 1920 als Antwort auf einen Einwurf aus dem Publikum, der die Einhaltung der Menschenrechte auch für Jüdinnen und Juden forderte, Sätze wie der folgende: „Menschrechte soll er [der Jude] sich da suchen, wo er hingehört, in seinem eigenen Staat Palästina.“ (Hitler, zit. n. Nicosia 2012, 103) Dies ist zwar nun nicht gerade als Unterstützung des Zionismus zu verstehen, aber doch war es dem Antizionisten Hitler bequem, in so einer Situation den Juden und Jüdinnen eine gewisse Verbundenheit mit einem Staat Palästina zuzugestehen, um die heimische Judenpolitik und seine antisemitischen Tiraden zu rechtfertigen.

Es zeigt sich also, dass es auch im frühen Antisemitismus bis zur Shoa vereinzelte positive Bezugnahmen auf den Zionismus gab. Diese waren aber instrumentell motiviert, um den angeblichen ‚wesenhaften Unterschied‘ zwischen Juden und Deutschen von jüdischer Seite bestätigt zu haben, um die Juden und Jüdinnen, wenn sie nach Palästina gehen sollten, aus Deutschland herauszubekommen. In sehr wenigen Fällen kam hinzu, dass man glaubte, der Aufbau einer Nation würde den Juden das ‚jüdische Wesen‘ austreiben.

Bei den Nationalsozialisten selbst war die ‚Unterstützung‘ des Zionismus sehr gering und rein instrumentell bedingt. In der Wahnwelt des paranoiden Antisemitismus, der von einer jüdischen Weltverschwörung überzeugt ist und wie Hitler und Rosenberg darin den Juden und Jüdinnen unter anderem generelle Unfähigkeit zur ‚produktiven Arbeit‘ unterstellt, ist es auch nur ‚folgerichtig‘ anzunehmen, dass sie ebenfalls nicht in der Lage seien, einen Staat aufzubauen und zu erhalten. So ist es nicht verwunderlich, dass gerade der völkische und der eliminatorische nationalsozialistische Antisemitismus, der ja gerade auf die Vernichtung *aller* Juden und Jüdinnen zielte, auch ein antizionistisches Projekt war.

2.3.2 Der israelbezogene Antisemitismus nach der Shoa

Der Antisemitismus hat nach 1945, vor dem Hintergrund der Shoa, zumindest im Westen und in Europa ein Legitimationsproblem. Als offener ist er tabuisiert und außer einiger weniger bekennender AntisemitInnen äußert kaum noch jemand unvermittelten Antisemitismus. In

einer Kombination aus ideologischer Anknüpfung an die Teile des alten Antisemitismus, die schon vor 1945 antizionistisch waren mit Schuldabwehr- oder sekundärem Antisemitismus, der sich unter anderem im Antizionismus ausdrückt (vgl. dazu z.B. Salzborn 2018, 139 ff; Grigat 2007, 328 ff; Améry 1980; Poliakov 2013; Rensmann 2016) und manchmal gepaart mit islamischem und arabisch-nationalistischem Antisemitismus, die hier nicht behandelt werden können, fand der Antisemitismus in Israel eine neue Projektionsfläche. Das gilt für fast jede Form des Antisemitismus: linken, rechten, jenen der ‚Mitte‘ und islamischen. Und für sie alle gilt:

Das israellozentrische Weltbild der europäischen Antizionisten läßt keinen Platz für den neuen kategorischen Imperativ, „Denken und Handeln so einzurichten, daß Auschwitz nicht sich wiederhole, nichts Ähnliches geschehe“.

(Detlev Claussen in: Poliakov 2013, 20)

Dieser kategorische Imperativ Adornos macht die industrielle Massenvernichtung der europäischen Juden und Jüdinnen und also den eliminatorischen Antisemitismus zum Zentrum des Denkens und Handelns. Ein kritischer Begriff des Antisemitismus würde den Antizionismus verhindern; so aber ist den AntizionistInnen durch ihre Fixiertheit auf Israel – die selbst mindestens latent antisemitisch fundiert ist – der Blick auf den mörderischen Antisemitismus und seine tödlichen Folgen verstellt. Denn auch nach Auschwitz ist der Antisemitismus nur mit einem Tabu belegt und nicht aus der Welt geschafft – was auch, solange sie so eingerichtet ist wie sie es ist, fast denkunmöglich ist, weil er aus dieser Einrichtung entsteht. Die meisten Formen des Antizionismus sind antisemitische, und so ist es auch naheliegend, dass auch im rechtsextremen – häufig antisemitischen – Spektrum der deutschsprachigen politischen Landschaft das Verhältnis zu Israel vor allem ein ablehnendes ist:

Bis in die 1960er-Jahre hinein war die extreme Rechte die einzige relevante politische Richtung in der Bundesrepublik, die systematisch gegen Israel agitierte und Israel-bezogenen Antisemitismus propagierte. Nach 1967 verbreitete sich derartige „Israelkritik“ in der deutschen Bevölkerung und fand sich auch in Parteien der bürgerlichen Mitte, in der christlichen und linken Friedensbewegung und andernorts. Die extreme Rechte hatte damit gewissenmaßen ein „Alleinstellungsmerkmal“ verloren.

Um nur ein Beispiel für frühe rechtsextreme Israelfeindschaft zu nennen, die sich antisemitischer Topoi bedient: *Nation Europa*, eine der wichtigsten rechtsextremen Publikationen seit 1951, widmete sich bereits in den ersten beiden Jahren ihres Erscheinens der Staatsgründung Israels. Darin heißt es etwa: „USA und UdSSR förderten in seltener Einmütigkeit die Bildung des Staates Israel.“ (Heinrich Sanden (Pseudonym von Helmut Sündermann) in NE 1/1951, H. 10, zit. n. ebd., 289) Hier schwingt die antisemitische Verschwörungstheorie vom jüdischen Strippenzieher – gewendet auf Israel – mit, die Juden hätten sowohl hinter dem Kommunismus, als auch hinter dem Kapitalismus und dem westlichen Liberalismus gestanden. Gleiches gilt, schon weil für den Rechtsextremismus Österreich meist in großdeutscher Manier ohnehin zu Deutschland gehörte und die ideologischen Grundlagen dieselben sind, für Österreich. Dass seit 1967 in Deutschland wie in Österreich auch andere Gruppen als die extreme Rechte sich in ‚Israelkritik‘ üben, bedeutet indes nicht, dass in gleichem Maße der antiisraelische Konsens in der extremen Rechten geschwunden wäre; er war stark und ist es in großen Teilen bis heute. Tatsächlich tritt das in dieser Arbeit untersuchte Phänomen aktuell zum ersten Mal auf, dass wesentliche, also politisch auf Massenbasis erfolgreiche rechte und rechtsextreme Gruppen und Parteien sich positiv zu Israel äußern.

2.4 Positiver Bezug auf Israel von rechts vor 2010

Dennoch gibt es, wie im Folgenden gezeigt werden soll, schon länger positive Bezugnahmen auf Israel aus der extremen Rechten, bzw. auf die Bilder, die projektiv von Israel erzeugt werden. Bis 2010, als die FPÖ ihre *Jerusalem Erklärung* veröffentlichte, waren diese aber in der deutschsprachigen extremen Rechten nur sehr vereinzelt anzutreffen und auch nach langer und intensiver Recherche konnten nur wenige Ausnahmen von der Analyse gefunden werden, die Botsch und Kopke 2016 erstellten.

Dies gilt insbesondere für positive Bezugnahmen auf der politischen Ebene, die explizit über militärische Begeisterung für die Leistungen der israelischen Armee hinausgehen. Auch solche allerdings schließen die militärische Ebene, wie der Fall von Heinrich Jordis von Lohausen historisch und die Analyse einiger der Aussagen von Alexander Gauland für die Gegenwart zeigen werden, mitunter durchaus ein. Positive Bezugnahmen auf rein militärischer Ebene, die gleichzeitig Parallelen zum Nationalsozialismus zogen, waren unmittelbar nach dem

Sechstagekrieg besonders stark: Er wurde vor allem in der deutschen Presse etwa zu „Israels Blitzkrieg“ (Riebe 2012, 17), der damalige israelische Verteidigungsminister Moshe Dayan, der der Partei MAPAI angehörte, die, sucht man eine europäische Entsprechung, am ehesten als sozialdemokratisch bezeichnet werden kann, wurde zum neuen „Wüstenfuchs Rommel“ (ebd.) erklärt. Solche Identifizierungen militärischer Art waren auch in der extremen Rechten, aber bei Weitem nicht nur dort zu finden: Die genannten Beispiele sind der *Springer*-Presse und dem Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* entnommen. Sie aber sollen hier eher von der Analyse ausgeschlossen bleiben, weil sie erstens nicht neu, zweitens in einer anderen historischen Situation situiert sind und insbesondere drittens, weil sie eben nicht unbedingt die politische Ebene betrafen, auf der sich heute rechte Parteinahme für Israel bewegt.

Im Folgenden werden nun also zwei Ausnahmen von der rechten und rechtsextremen offenen und vom Antisemitismus gespeisten Feindschaft gegen Israel analysiert, in denen auf unterschiedliche Weise Motive aus der antisemitischen ‚Unterstützung‘ des Zionismus integriert werden und auch Denk- und Argumentationsmuster vorkommen, die im eigentlichen Gegenstand der Arbeit wiederkehren werden.

2.4.1 Horst Mahler und Franz Schönhuber: Exklusion Israels aus der ‚jüdischen Weltverschwörung‘

Die Möglichkeit der Exklusion Israels aus der ‚jüdischen Weltverschwörung‘ sogar in neonazistischen Kreisen macht ein Gespräch zwischen Horst Mahler und Franz Schönhuber deutlich. Mahler ist ehemaliger RAF-Anwalt, heute Neonazi und verurteilter Holocaustleugner, Schönhuber hatte sich freiwillig zur Waffen-SS gemeldet, wurde später Hauptabteilungsleiter beim *Bayerischen Rundfunk*, Vorsitzender des *Deutschen Presserates* und Vorsitzender der Partei *Die Republikaner*. Seine journalistische Karriere wurde beendet, nachdem er mit *Ich war dabei* (1981) ein autobiographisches Werk über seine Mitgliedschaft in der Waffen-SS veröffentlicht hatte.

Im Band *Schluß mit deutschem Selbsthaß. Plädoyers für ein anderes Deutschland*, der Gespräche zwischen den beiden versammelt, sprechen sie unter anderem kurz über Israel:

Franz Schönhuber: „Ich achte ja den israelischen Aufbauwillen. Ich finde, man soll auch einen Unterschied machen zwischen dem internationalen Judentum und den Israelis.“ [...]

Horst Mahler: „Der israelische Staat ist der Untergang des Judentums in seiner säkularen Form des Mammonismus. An Israel wird diese jüdische Vergötzung des Geldes zugrunde gehen, denn Israel wird auch nur als eine sich selbst bewußte Volksgemeinschaft überleben. [...] Wir haben die Möglichkeit, Verbündete in Israel zu finden.“

(Schönhuber/Mahler 2000, 29 f)

In wenigen Sätzen schaffen es die beiden, zwei Dinge zu tun: Erst expliziert Schönhuber den Unterschied zwischen „dem internationalen Judentum“ und „den Israelis“, deren „Aufbauwillen“ er schätzt. Das entspricht der Wahrnehmung ‚der Israelis‘ als „eine Art ‚nichtjüdischer Juden‘“ (Marin 2000, 128), die Bernd Marin 1979 für Österreich konstatierte. Sie fungieren auf eine spezifische Art als die ‚Ausnahmejuden‘ aus den *Studien zum autoritären Charakter*, über die auch Hannah Arendt, wie bereits zitiert, festgestellt hat, dass sie mehr Juden sind als Ausnahme (vgl. Arendt 1946, 4).

Es ist, wie Schönhuber hier belegt, also selbst Rechtsextremen, ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS und ausgewiesenen Antisemiten – der Verweis auf das ‚internationale Judentum‘ im Zitat selbst ist schon Ausweis des Antisemitismus – möglich, Israel aus der ‚jüdischen Weltverschwörung‘ auszuklammern, ohne ihren Antisemitismus aufgeben zu müssen. Im Gegenteil stellen sie ihn damit vermeintlich auf ein rationales Fundament.

In seiner Antwort geht Horst Mahler sogar noch weiter. Er behauptet, Israel könne nur als „eine sich selbst bewußte Volksgemeinschaft“ überleben, die den „Judentum in seiner säkularen Form des Mammonismus“ zerstören müsse. Insofern sei Israel sogar so sehr zumindest potentiell völkische Nation, dass es selbst, quasi als Ironie der Geschichte, antisemitisch sei – auch wenn Israel selbst das noch nicht wüsste. Es wird hier eingereiht in den weltweiten antisemitischen Kampf der völkischen Nationen gegen das „internationale Judentum“ und die „jüdische Vergötzung des Geldes“ (Schönhuber/Mahler 2000, 29 f). Dieser zweite Gedanke findet sich, wie in Kapitel 2.3.1 ausgeführt wurde, in weniger expliziter Form bereits bei Hans Blüher, wenn er 1922 davon schreibt, dass der Zionismus „die Substanzmimikry der Idee Juda in der Wurzel“ (Blüher 1922, 20 f) aufhebe.

Jedenfalls zeigen diese Gesprächsauszüge aus dem Jahr 2000, dass ein antisemitisches Weltbild einerseits, andererseits die Exklusion Israels aus der Wahnvorstellung ‚jüdische

Weltverschwörung' bzw. ‚internationales Judentum‘ und sogar der Gedanke, Israel sei als Nation in diesem Sinne antisemitisch, sich nicht ausschließen, sondern gut vereinbar sind.

Franz Schönhuber hat früher schon einmal gezeigt, dass er von Israel auf eine gewisse Art fasziniert ist: In einem seiner regelmäßigen Artikel für die rechtsextreme und teilweise antisemitische Zeitschrift *Nation und Europa. Deutsche Monatshefte* (früher: *Nation Europa*) schrieb er im Rahmen eines Plädoyers für eine „Fundamental-Korrektur“ (Schönhuber 1996, 15) gegen den deutschen „Schuldenturm“ (ebd.). Unter anderen Dingen, die er vorschlug, ohne dass ein Zusammenhang zu finanziellen Schulden ersichtlich wäre, war folgende Forderung:

Kibbuzim auf deutsch

Um der Jugendkriminalität und der Perspektivlosigkeit junger Menschen sinnvoll begegnen zu können, ist ein Arbeitsdienst nach dem Vorbild der israelischen Kibbuzim ins Auge zu fassen.

(ebd., 17)

Indem das ehemalige SS-Mitglied in der Kibbuzimbewegung einen „Arbeitsdienst“ sieht, sie also mit einer Vokabel bezeichnet, die umgangssprachlich den Reichsarbeitsdienst (RAD) des nationalsozialistischen Deutschlands meinte, sagt er implizit: Heute machen die Israelis das, was wir (Nationalsozialisten) damals gemacht haben, sie haben damit recht, wir haben damit recht gehabt und wir (Deutschen) sollten das auch wieder tun, um der „Jugendkriminalität“ entgegenzuwirken. Über den Umweg der Kibbuzim erscheint dieser Vorschlag nicht als Zwangsarbeitsmaßnahme, sondern als gemeinschaftsformende, von sogar linken Israels übernommene sinnstiftende Erziehungs- und Ertüchtigungsmaßnahme.

2.4.2 Heinrich Jordis von Lohausen: Deutscher Vernichtungskrieg als ‚Selbstverteidigung‘

Heinrich Jordis von Lohausen wurde 1907 als Sohn einer Offiziersfamilie in Klagenfurt geboren, war NS-Diplomat, später General des österreichischen Bundesheeres und Militärattaché der österreichischen Botschaften in London und Paris, völkisch-deutschnationaler Publizist, regelmäßiger Autor von *Nation und Europa* und Autorenkollege von Alexander Gauland in *Criticon*, einer Zeitschrift zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus (vgl. Virchow 2008, 95 ff). Er schreibt an mehreren Stellen positiv über Israel und setzt dabei mal explizit, mal implizit, Deutschland, wozu für ihn als

Deutschnationalen auch Österreich gehört, und Israel analog. Siegfried von Gerlich, eine der eher pro-westlichen, proisraelischen Stimmen in der *Sezession*, deren Grundtenor an sich stark antiliberal und antiisraelisch ist, zitierte ihn dort kürzlich in einem Plädoyer für ein Bündnis mit Israel und kassierte für seinen proisraelischen Text harsche Kritik, sowohl von anderen Autoren der *Sezession*, als auch in den Kommentaren (vgl. Gerlich 2018c; Gerlich 2018b; Gerlich 2018a).

Lohausen war Geostratege und Raumtheoretiker. In seinem Buch *Mut zur Macht* von 1979 ist ein Unterkapitel im Kapitel „Die Strategische Bedeutung der Oder-Neisse-Linie“ überschrieben mit „Vorbild Israel“ (Lohausen 1981, 325). Dort schreibt er: „Alle Völker jedoch, die sich nach oft jahrhundertlangem Ausharren das Land ihrer Träume erstritten, werden übertroffen durch eins: das Volk Israels.“ (ebd.) Im Gegensatz zu den Juden, die sich durch mehr als 2000 lange Jahre hindurch „das Andenken ihrer Heimat bewahrt“ hätten und schließlich deshalb in ihr Land zurückgekehrt seien, meinten die Deutschen „nach lächerlichen 30 Jahren auf das ihre verzichten zu müssen“ (ebd.). Gemeint sind die Gebiete jenseits der titelgebenden Oder-Neiße-Linie, die solchen Kreisen ‚Ostdeutschland‘ genannt werden, also im Sinne Lohausens zum historischen Deutschland und dem „Land ihrer Träume“ (ebd.) gehören, während das tatsächliche Ostdeutschland, also die ehemalige DDR, ‚Mitteldeutschland‘ genannt wird. Und auch, wenn die klassischen, etwa auf Polen und Südtirol gerichteten territorialen Bestrebungen heute keine wesentliche Rolle bei AfD und FPÖ spielen, ist doch der Kampf um das „Land der Träume“ im ethnopluralistischen Heimatschutz enthalten, der sich eben nicht universalistisch gegen Islamisierung per se richtet, sondern vom Phantasma gespeist wird, es drohe einem vor lauter ‚Islamisierung des Abendlandes‘, fremd im eigenen Land, Stadt, Bezirk zu werden (vgl. Scheit 2017, 169).

An anderer Stelle zieht Lohausen die Analogie zwischen Deutschland und Israel noch weiter und wird revisionistisch. In einer Abhandlung über Angriffskriege und Kriegsschuld schreibt er:

Die Geographie kennt keine Nachsicht. Dem einen erlaubt sie, was sie dem anderen versagt: ungestraft der Gegenseite den ersten Schlag zu überlassen. Was hier zuletzt für Deutschland galt, vorher für Preußen, gilt heute – in seiner Umgebung – beispielsweise für Israel.

(Lohausen 1983)

Dies ist direkte Abwehr der deutschen Kriegsschuld an beiden Weltkriegen, denn Preußen und Deutschland hätten sich als „in die Enge Getriebene[.] – wie etwa Israel vor dem Sechstagekrieg – nur durch militärischen Überfall aus [ihrer] Notlage retten [können].“ (ebd.) Weitere Implikationen solcher falscher Analogien zwischen Israel und Deutschland werden unten weiter diskutiert. Ihr Geschichtsrevisionismus auf dem Rücken der Israelis, die tatsächlich, anders als die Deutschen und die Preußen, ständig bedroht sind, steht allerdings außer Frage.

3 Proisraelische Positionierungen von rechts heute

Das Phänomen der Positionierung für Israel von Rechten und Rechtsextremen ist in Deutschland seit der Gründung der AfD ein wesentliches Thema, in Österreich, seit die FPÖ 2010 ihre Ausrichtung in der Position zu Israel verändert hat. In einigen anderen europäischen Ländern gibt es das Phänomen schon länger (vgl. Pallade 2009). Der Fokus dieser Arbeit liegt aber auf Deutschland und Österreich und hier wiederum vor allem auf den beiden Parteien AfD und FPÖ; auf außerparlamentarische Entsprechungen, wie sie etwa bei PEGIDA mitunter vorkommen, wird nur kurz eingegangen.

3.1 Parlamentarische AkteurInnen

Besonders stark ist das Phänomen des positiven Bezugs auf Israel innerhalb der extremen Rechten bei Parteien zu beobachten, insbesondere bei solchen, die erfolgreich sind. Im deutschsprachigen Raum sind hier an erster Stelle die *Freiheitliche Partei Österreichs* (FPÖ) und die *Alternative für Deutschland* (AfD) zu nennen.

Die FPÖ, die seit 2017 Juniorpartnerin der *Österreichischen Volkspartei* (ÖVP) in der österreichischen Bundesregierung ist und mit dem Burschenschafter Heinz-Christian Strache den Vizekanzler stellt, ist heute jedenfalls als rechtsextreme Partei einzuschätzen (vgl. Schiedel 2017a, 103 ff). Sie gehört zwar nicht zur ‚Neuen Rechten‘ im engeren Sinn, die in der Tradition des Neonationalismus, der so genannten ‚Konservativen Revolution‘ steht, ihre Politik und ihre Strategien bauen aber teilweise auf der ‚Neuen Rechten‘ auf und sie ist eng vernetzt mit deren AkteurInnen. Als Beispiel für dieses Zusammenspiel kann eine gemeinsame Grenzschutzübung der österreichischen Polizei und des Bundesheeres im Juni 2018 genannt werden, deren Titel „Pro Borders“ (BMLVS-Abteilung Kommunikation 2018) einen von der ebenfalls rechtsextremen *Identitären Bewegung* (IB) geprägten Slogan aufgriff. Die IB ist jedenfalls Teil der so genannten ‚Neuen Rechten‘ (vgl. Winkler 2017, 35 f). Seit einiger Zeit ist

die IB zwar weniger erfolgreich als sie es bereits war, ihre Strategie der Metapolitik, die die gesamte ‚Neue Rechte‘ unter Bezugnahme auf ‚Nouvelle Droite‘-Theoretiker aus Frankreich wie Alain de Benoist übernommen hat (vgl. Weiß 2017, 54 ff), ist aber gerade aktuell in nicht wenigen Punkten erfolgreich: Sie besteht darin, im so genannten vorpolitischen Feld zu agieren, Sagbarkeitsgrenzen zu verschieben und, durchaus in Anlehnung an Antonio Gramsci, der den Begriff geprägt hat, um die kulturelle Hegemonie zu kämpfen, bevor *in* der Politik, also unmittelbar in Parlamenten, Parteien und Ministerien diese Politik umgesetzt werden kann, bzw. diese demokratisch-parlamentarischen Institutionen abgebaut werden können (vgl. ebd. ff).

Personell wie inhaltlich weist die FPÖ viele Überschneidungen mit außerparlamentarischen rechtsextremen Gruppierungen wie Burschenschaften oder eben der *Identitären Bewegung* auf (vgl. Winkler 2017, 48 ff). Auch aufgrund ihrer Entstehungsgeschichte aus dem *Verband der Unabhängigen* (VdU), der aus vielen ehemaligen NSDAP-Mitgliedern bestand und weil die FPÖ heute so gut in rechtsextreme Netzwerke eingebettet ist, in denen der Antisemitismus zentraler Bestandteil der Ideologie ist, ist die in dieser Arbeit behandelte Frage, wie ihr positiver Bezug auf Israel zu erklären ist, interessant.

Die AfD hingegen wurde erst 2013 gegründet und hat keine bedeutende Vorgeschichte als Partei, keine nationalsozialistische und auch keine so eindeutig antisemitische Geschichte wie die FPÖ. Ihr Gründungsmoment lag vor allem in der Gegnerschaft zur Euro- und Griechenlandpolitik der deutschen Bundesregierung, in weiterer Folge wurde sie immer mehr zu einem Sammelbecken unterschiedlicher rechter Strömungen, von national-liberal über christlich-fundamentalistisch bis hin zum völkisch-nationalen Flügel, die sich bis heute interne Kämpfe liefern (vgl. Weiß 2017, 83 ff). Ihre innere Unentschiedenheit und Zerstrittenheit – natürlich bei anderen Themen – erinnert oft stark an die oben in Bezug auf die so genannte ‚Konservative Revolution‘ erwähnten unterschiedlichen Vorstellungen, was etwa Wirtschafts-, Sozial- oder Europapolitik betrifft. Der völkisch-nationale Flügel der Partei, der sich *Der Flügel* nennt und aus dem Personen wie Björn Höcke oder André Poggenburg bekannt sind, gewinnt aber immer mehr an Relevanz. Gründungsmitglied und Parteichef Alexander Gauland steht dem *Flügel* nahe, hält Reden auf seinen so genannten *Kyffhäusertreffen* und war auch der Wunschkandidat des *Flügels* für das Amt des Parteivorsitzenden. Der Antisemitismus ist dem völkisch-nationalen Denken inhärent (vgl. Schiedel 2011, 64 f), der entsprechende Flügel in der Partei immer stärker geworden.

3.1.1 Antisemitismus in der FPÖ

Selbstverständlich ist die FPÖ heute keine antisemitische Partei im Sinne eines Bekenntnisses, im Gegenteil. Allerdings, die sprichwörtlich gewordenen rechtsextremen und antisemitischen ‚Einzelfälle‘ von Parteifunktionären sind so umfänglich, dass es den Rahmen dieser Arbeit sprengen und ihren Fokus verschieben würde, sollten sie hier analysiert werden. Zur Illustration sei etwa auf die Dokumentation durch das *Mauthausen Komitee* hingewiesen, die für den Zeitraum etwa des ersten Halbjahres 2018 38 solcher rechtsextremen Vorfälle dokumentiert, von denen in 14 Fällen „antisemitische Bezüge“ (Mauthausen Komitee 2018) festgestellt wurden, oder auf die laufend geführte Liste ebensolcher Einzelfälle in der Onlineausgabe der Tageszeitung *Der Standard* (Der Standard 2018b).

Auf programmatisc her Ebene ist auch für die FPÖ festzustellen, dass der „rechtsextreme Antisemitismus heute indirekt [operiert], mit Anspielungen und Codes.“ (Schiedel 2017a, 114) Die Möglichkeit solcher Codes basiert unter anderem auf der „Verschränkung von Antisemitismus, Nationalismus und Antifeminismus“ (Stögner 2017, 137) und darauf, dass der Antisemitismus „den Charakter einer Welterklärung annimmt [und] von anderen wesensverwandten Ideologien vertreten werden kann, ohne dass er dadurch seine Wirkung einbüßen würde.“ (ebd., 153) Der Antisemitismus muss also nur selten offen geäußert werden, um seine Wirkung zu erzielen. Er ist so persistent, dass sowohl den bewussten AntisemitInnen, die der Partei nahe stehen, als auch jenen, von denen man sagen kann, dass er eher ein diffuses Gefühl ausdrückt, durch solche Codes Genüge getan wird.

Dieser modernisierte Antisemitismus, wie er in Kapitel 2.2.3 kurz dargestellt wurde, findet sich auch in der FPÖ: Etwa beschuldigte Klubobmann Johann Gudenus den amerikanischen jüdischen Milliardär George Soros aufgrund von „stichhaltigen, sich verdichtenden Gerüchten“ (orf.at 2018a), hinter der Massenmigration nach Europa zu stecken, oder der FPÖ-Facebookaccount schrieb: „Immer mehr wenden sich von der Globalisten- und Migrationslobby ab. Gut so!“ (@fpoe 2018), um nur zwei Beispiele zu nennen. Berühmtheit hat eine sogar explizit antisemitische Karikatur erlangt, die Heinz-Christian Strache postete, auf der eine Figur, die die Regierung verkörpert, einer anderen, dicken, die für die Banken steht und deren Teller überbordnet, Wein nachgießt, während eine dritte, ‚das Volk‘, abgemagert ist und nur einen Knochen auf dem Teller hat. In der von Strache geposteten Version hat der Banker eine Hakennase und Davidsterne an den Manschettenknöpfen, in einer anderen Version, die auch schon zumindest an antisemitische Denkmuster angelehnt

ist, fehlen zumindest die ‚typisch jüdische‘ Physignomie und die Davidsterne (vgl. dazu Stögner 2016, 495 f).

Vor dem Hintergrund, dass die FPÖ die Nachfolgepartei des *Verbandes der Unabhängigen* (VdU) ist, einer Partei von großteils ehemaligen Nationalsozialisten, und sich seit ihrer Gründung immer auch antisemitische Ideologeme in ihren Programmen und bei Ihren VertreterInnen gefunden haben, ist ihr neues Bekenntnis gegen den Antisemitismus insofern nicht ernst zu nehmen, als es keinen tatsächlichen Bruch darstellt. Das zeigt etwa die Wiederaufnahme des Bekenntnisses zur deutschen Volksgemeinschaft, wörtlich der „deutschen Volks-, Sprach- und Kulturgemeinschaft“ (Kickl/FPÖ Bundesparteitag 2011, 5) ins Parteiprogramm, denn der „Volksgemeinschaftsdünkel ist ohne Antisemitismus nicht zu haben, keine Verheißung idealer oder homogener *Gemeinschaft* ohne Hass auf *Gemeinschaftsfremde*“ (Schiedel 2011, 64 f). Herbert Kickl, damals Generalsekretär der FPÖ und damit maßgeblich für das Programm und also auch das Bekenntnis verantwortlich, ist heute österreichischer Innenminister. Auch, dass unter Strache Burschenschafter, darunter viele deutschnationale, in der Partei eine wichtigere Rolle spielen, bedeutet eine tiefere Verankerung des Antisemitismus beim Personal der FPÖ (vgl. Weidinger 2017, 127 f).

Eine wissenschaftliche Betrachtung sowohl einiger der ‚Einzelfälle‘ bis 2015 als auch der Modernisierung des Antisemitismus in der FPÖ hat Karin Stögner (Stögner 2016) in *Nations and Nationalism* unter dem Titel *‘We are the new Jews!’ and ‘The Jewish Lobby’ – antisemitism and the construction of a national identity by the Austrian Freedom Party* vorgelegt. Zwei ihrer wesentlichen Schlüsse sind, dass „it is not antisemitism that is out of date, but openly confessing to it“ (ebd., 487), und dass “through the use of a nationalist discourse, old antisemitic ideas could be preserved.” (ebd., 500)

Der Antisemitismus ist immer noch nicht wegzudenken aus der Partei, nur die Behauptung, er sei es, ist lauter geworden. Umso interessanter aber wird die Behandlung der Frage sein, wie sich die proisraelische Positionierung der FPÖ erklärt.

3.1.2 Antisemitismus in der AfD

Weil die AfD eine ganze andere und viel kürzere Parteigeschichte hat, ist auch der Antisemitismus bei ihr nicht in dem Maße Tradition, wie er es bei der FPÖ ist. Dennoch stellt Samuel Salzborn mit Blick auf das Verhältnis der AfD zum Nationalsozialismus fest, „dass die völkischen Rebellen in der und um die AfD herum ein geradezu besessenes Verhältnis zum

Nationalsozialismus haben, das nur lange Zeit in seiner antiaufklärerischen, geschichtsrevisionistischen und antisemitischen Implikation nachhaltiger kaschiert wurde, als beispielsweise bei der NPD.“ (Salzborn 2017, 105) In der gesamten Erinnerungs- und Gedenkpolitik der Partei, die sie einer „Wende um 180 Grad“ (WELT 2017) unterziehen will, wie Björn Höcke es formulierte, drückt sich ein „geschichtsrevisionistischer Antisemitismus“ (Salzborn 2017, 108) in Verbindung mit „einem ahistorischen und wahrheitswidrigen Glauben an eine deutsche Opferidentität“ (ebd.) aus. Der Sinn dieser „Instrumentalisierung der deutschen Geschichte durch die AfD“ (ebd., 109 f) liegt dabei darin, den Nationalsozialismus aus der Erinnerung zu entsorgen. Wenn das gelingt, kann man „NS-Konzepte umsetzen, ohne als Nazi oder Rechtsextremist/in zu gelten.“ (ebd., 110)

Alexander Gauland, dessen Aussagen in der folgenden Analyse eine große Rolle spielen werden, scheint bemüht zu sein, den Antisemitismus, der bei ParteifunktionärInnen und -mitgliedern vorhanden ist und der immer wieder durchbricht, möglichst weit unter der Wahrnehmungsgrenze zu halten. Manchmal bezieht er dann auch Stellung gegen antisemitische Aussagen und spricht sich, wie etwa im Fall Wolfgang Gedeons, der in seinen Büchern eindeutig antisemitische Aussagen tätigte, für einen Parteiausschluss aus. Hier ist, nachdem das erste gescheitert ist, seit Oktober 2018 das zweite Parteiausschlussverfahren anhängig. Auch im Fall des Brandenburger Landtagsabgeordneten Jan-Ulrich Weiß zeigt sich ein ähnliches Muster: Gauland nannte etwa einen Facebookpost von ihm über die angebliche geheime Macht der Familie Rothschild vom September 2014 (vgl. Botsch/Kopke 2015, 178) „antisemitisch“ (Gauland, zit. n. Mallwitz 2014) und sagte: „Das dulden wir nicht in der Partei und werden alles tun, dass solche Menschen nicht bei uns in der Partei sind.“ (Gauland, zit. n. Botsch/Kopke 2015, 185 f) Weiß trat daraufhin sein Mandat im Brandenburger Landtag zunächst nicht an. Das Parteiausschlussverfahren, das der Parteivorstand gegen ihn angestrengt hatte, scheiterte aber im weiteren Verlauf, und seit Alexander Gauland 2017 in den Bundestag gewählt wurde gehört Weiß als Nachfolger Gaulands der Landtagsfraktion der AfD an.

Außerdem gibt es auch bei der AfD Äußerungen, die dem modernisierten Antisemitismus zuzurechnen sind, wie er in Kapitel 2.2.3 dargestellt wurde. Eine Zusammenstellung einiger solcher Beispiele findet sich in Samuel Salzborns *Angriff der Antidemokraten*: Funktionäre sprechen von „satanische[n] Elemente[n] in der Finanz-Oligopolie“ (Salzborn 2017, 112), „freimaurerisch organisierte[n] Tarnorganisationen“ (ebd.) oder der Bundesrepublik als „BRD

Treuhandgesellschaft mit Sitz in Frankfurt am Main“ (ebd., 113), unterstellen dem Zentralrat der Juden „politische Meinungsbildungshoheit sowie die politische Kontrolle über Deutschland“ (ebd.) oder sprechen, wie Alexander Gauland, von einer „globalisierten Klasse“ (Der Tagesspiegel 2018) gegen ‚das Volk‘: Die Mittelschicht und die ‚einfachen Leute‘.

Wie schon bei der FPÖ sind auch „die antisemitischen Fälle in der AfD [...] so umfangreich, dass die meist übliche Strategie, diese als Einzelfälle zu verniedlichen, substanzlos geworden ist.“ (Salzborn 2017, 112) All dies zeigt, dass „die AfD zwar programmatisch betrachtet bisher keine explizit antisemitische Partei ist, aber fraglos eine Partei für Antisemit(inn)en.“ (ebd., 110)

3.1.3 Analysekörper

In den folgenden beiden Unterkapiteln werden Aussagen von VertreterInnen von FPÖ und AfD dargestellt, die einen positiven Bezug auf Israel aufweisen. Diese werden kontrastiert mit negativen Äußerungen zu Israel, die in ihrer Mehrheit – aber durchaus nicht alle – älteren Datums sind. In beiden Fällen ist ein Wandel in der Position festzustellen, der sodann interpretiert wird. Die Äußerungen werden analysiert hinsichtlich ihrer Sinnstruktur, Metaebene und Implikationen und eingeordnet in die Erklärung, wie es dazu kommt, dass vor dem Hintergrund des starken Antisemitismus in beiden Parteien sie sich dennoch explizit positiv auf Israel beziehen.

Die analysierten Presseaussendungen der FPÖ erstrecken sich von 2010 bis heute. Der Beginn ist 2010 gewählt, weil in diesem Jahr die FPÖ den Wandel in der Position zu Israel in der sogenannten *Jerusalem Erklärung* vollzogen hat. Für den Zeitraum 2010 – 2018 wurden alle von der FPÖ veröffentlichten APA-ots-Meldungen (Pressemitteilungen) gesichtet, in denen das Stichwort „Israel“ vorkommt. Es wurden aber nur jene analysiert, in denen Israel eine wesentliche Rolle spielt, andere, die „Israel“ nur streifen und insbesondere keine Positionierung zu Israel erkennen lassen, wurden aufgrund fehlender Relevanz für das Thema nicht in die Analyse einbezogen. Des Weiteren besteht der Analysekörper zur FPÖ aus Interviews, die in der Presse veröffentlicht wurden sowie ausgewählten Materialien von vor 2010, um den Gegensatz in der Position der FPÖ zu Israel vor und nach der *Jerusalem Erklärung* zu verdeutlichen.

Das Material, das zur Analyse der Position der AfD herangezogen wurde, besteht ebenfalls aus Presseerklärungen, Reden und Interviews. Viel stärker aber als bei der FPÖ liegt hier der Fokus

auf Presseinterviews und Reden, insbesondere solche, die im Deutschen Bundestag gehalten wurden. Dieser Umstand ist damit zu erklären, dass die Kommunikation der AfD zum Thema Israel, auch aufgrund unterschiedlicher Kommunikationsgepflogenheiten in Deutschland und Österreich, weniger auf Presseaussendungen beruht als jene der FPÖ. Die meisten der Aussagen von (ehemaligen) VertreterInnen der AfD sind in Interviewsituationen bzw. Pressekonferenzen auf Nachfrage entstanden oder wurden bei Reden getätigt. Es gibt deshalb deutlich weniger schriftliche Positionierungen der AfD zum Thema, dafür aber viel ausführlichere. Es liegt zudem aus unterschiedlichen Gründen nahe, dass bei der AfD noch mehr als bei der FPÖ un- und vorbewusste psychische Mechanismen die Positionierung bestimmen, während die Kommunikation der FPÖ stärker auf eine bewusstere Strategie hinweist. Auch das steht wiederum in einem engen Zusammenhang mit der Geschichte der Parteien und ihrem jeweiligen Selbstbild.

Weil die AfD insbesondere in den ersten Jahren, bevor sie in den Bundestag einzog, von häufigen Personalwechseln geprägt war und einige ehemalige Schlüsselfiguren wie beispielsweise Frauke Petry die Partei verlassen haben, ist es notwendig, auch Aussagen von Personen einzubeziehen, die mittlerweile nicht mehr in der AfD sind. In geringerem Ausmaß gilt das auch für die FPÖ, der Personalwechsel ist hier aber deutlich seltener.

In beiden Fällen gibt es, verglichen mit anderen Themen, insgesamt relativ wenig Aussagen von den Parteien zum Thema. Dass es dennoch auch medial vergleichsweise große Beachtung fand und findet, liegt wohl darin begründet, dass die positive Positionierung zu Israel unerwartet war und bis heute keine wirklichen Erklärungen für sie vorliegen. Auf die unterschiedlichen, meist oberflächlichen Interpretationen wird weiter unten noch eingegangen. Dennoch ist es, wie gezeigt wird, möglich, aus den wenigen Aussagen von VertreterInnen der Parteien eine Erklärung für das Phänomen zu extrahieren. Zur analytischen Einbettung des Phänomens wird später auch auf Aussagen und Dokumente eingegangen, die nicht unmittelbar den beiden Parteien zuzuordnen sind, aber aus ihrem ideologischen Umfeld kommen.

3.1.4 Die FPÖ und der Wandel ihrer Position zu Israel

„Israel als einzige wirkliche Demokratie im Nahen Osten ist uns wichtiger Ansprechpartner in dieser bewegten Weltregion.“ (FPÖ Parlamentsklub 2010) Dieser Satz in der so genannten *Jerusalem Erklärung* der FPÖ vom Dezember 2010 markiert einen grundlegenden Wandel in den veröffentlichten Positionen der FPÖ zu Israel. Die Erklärung wurde anlässlich einer Reise

nach Israel verfasst, an der neben FPÖ-Größen auch Vertreter anderer europäischer Rechtsparteien teilnahmen. Die italienische Alleanza Nazionale unter Gianfranco Fini hatte schon um die Jahrtausendwende, Jean-Marie Le Pen bereits noch früher positive Positionen zu Israel eingenommen. Einige andere europäische Rechtsparteien folgten im ersten Jahrzehnt des Jahrtausends (vgl. Pallade 2009, 416 ff). Die FPÖ war also sozusagen spät daran, mit ihrer lange Tradition zu brechen, Israel bei jeder sich bietenden Gelegenheit zu kritisieren. Eine kurze Vorgeschichte:

1997 hatte Jörg Haider, der Vorgänger Heinz-Christian Straches, der die FPÖ groß gemacht hat, seine Partei noch als „PLO von Österreich“ (Haider, zit. n. Scheit 2017, 165) bezeichnet; 2006, bereits unter Strache, lud die Freiheitliche Akademie hochrangige Vertreter des iranischen Regimes ein, in Wien über „Irans friedliches Nuklearprogramm“ (FPÖ Bundesparteileitung 2006) zu sprechen. Der eliminatorische Antizionismus des iranischen Regimes und seine nuklearen Ambitionen war da schon lange bekannt (vgl. Melman 2008, 85). Im gleichen Jahr gaben sich zwei Delegationen der FPÖ im Iran buchstäblich die Klinke in die Hand, als beide kurz vor einer der staatlich organisierten Holocaustleugnerkonferenzen Teheran besuchten, und auch 2009 stattete mit dem Nationalratsabgeordneten Peter Fichtenbauer ein Mitglied der FPÖ der Islamischen Republik Iran einen Besuch ab (vgl., auch allgemein zum Verhältnis Rechtsextremer zur IRI Schiedel 2010, 166 ff). Abgesehen davon, dass es schon länger keine Parteidelegationen mehr zum iranischen Regime gab, hat sich, wie im Verlauf der Arbeit noch erörtert wird, an der Position der FPÖ zum iranischen Regime nicht viel geändert.

2008 veröffentlichte der Freiheitliche Parlamentsklub ein Positionspapier unter dem Titel „Wir und der Islam“, indem es, was der Titel nun nicht unbedingt erkennen lässt, unter anderem um Israel geht. Es heißt darin:

Die aggressive Unterdrückungspolitik Israels gegen die Palästinenser ist menschenverachtend und verurteilenswert. Die Sperrmauer, die nicht nur das Westjordanland zerschneidet und die endgültigen Grenzen Israels markieren soll, ist niederzureißen. Der einzige Weg für einen dauerhaften Frieden ist eine Zwei-Staaten-Lösung, deren Ausgangspunkt die Grenzen von 1967 sind. Selbstverständlich ist auch das Existenzrecht des Staates Israel anzuerkennen,

jedoch darf dieses Recht nicht zum Vorwand genommen werden, um die demographische Struktur im besetzten Westjordanland zu verändern.

(FPÖ Parlamentsklub 2008)

Israel tauchte auch an anderer Stelle im darauffolgenden Jahr an unerwarteter Stelle auf, als die FPÖ im EU-Wahlkampf 2009 plakatierte und am 17. Mai 2009 auch in der *Kronen Zeitung* inserierte (vgl. Gottschlich 2012, 196): „FPÖ-VETO gegen EU-Beitritt von Türkei&Israel“ (FPÖ 2009), obwohl es kein Thema war, dass Israel der EU beitreten könnte. Diese Kombination aus „Israel“, „Türkei“ und „EU“ auf einem Plakat war damals eine gute Mischung unterschiedlicher Ressentiments und zeigt, wie opportun es noch kurz vor der *Jerusalemser Erklärung* war, sich auch der Feindschaft gegen den Judenstaat zu bedienen und sich als Kämpfer gegen die Juden und die Türken inszenieren.

Mit der Forderung, Israel dürfe sein Existenzrecht nicht zum Vorwand nehmen, um die demographische Struktur im besetzten Westjordanland zu verändern, meinte die FPÖ 2008 das, was gemeinhin ‚Siedlungspolitik‘ genannt wird. Ebenfalls ‚die Siedler‘ meinte Heinz-Christian Strache 2010, als er bei seinem Israelbesuch, auf dem die *Jerusalemser Erklärung* entstand, in Elon Moreh, einer israelischen Siedlung im Westjordanland, sagte: „Unser Herz ist mit Euch!“ (Die Presse 2010)

Was tatsächlich in den Siedlungen im Westjordanland passiert, spielt dabei keine Rolle dafür, was die FPÖ in ihren jeweiligen Statements in ihnen sieht: 2008 unterstellt sie Israel, einen Plan zu haben, die demographische Struktur im „besetzten“ (FPÖ Parlamentsklub 2008) Westjordanland zu verändern und durch den Sicherheitszaun „endgültige Grenzen“ (ebd.) zu ziehen. 2010 hingegen erklärt Strache die Siedlungen zum Inbegriff Israels: „Wer hier nicht zu Besuch kommt, kann die Probleme nicht wirklich verstehen. Nach all dem, was den Juden im Exil angetan worden ist, tragen wir die Verantwortung für eine sichere Zukunft für das jüdische Volk.“ (Die Presse 2010)

Im Juli 2017, also mitten im österreichischen Nationalratswahlkampf, hatte FPÖ-Parteichef Heinz-Christian Strache Gelegenheit, seine proisraelische Haltung im Interview mit einer der wichtigsten israelischen Tageszeitungen, *Israel HaYom* auszubreiten.⁵ Der Name der

⁵ Der gleiche Journalist, Eldad Beck, führte im März 2016 auch mit Frauke Petry ein ähnlich wohlgesonnenes Interview für eine weitere große israelische Zeitung, die *Yediot Akheronot* (Beck 2016). Weil Petry darin aber, wie auch in einem Fernsehinterview mit dem israelischen Sender Kan11 (Waldman 2016) aber nichts

Freiheitlichen Partei wird darin wohl auch mangels Alternativen als „Die Freiheitspartei“⁶ übersetzt. Strache wiederholt in diesem Interview beispielsweise die Behauptung, die Burschenschaften hätten nichts mit Rechtsextremismus zu tun und sagt über die österreichische Rolle im zweiten Weltkrieg und der Shoa: „Es gibt keine kollektive Schuld. Es gab uns damals nicht als Staat. Es war Besatzung.“⁷ (Beck 2017) Seine Vergangenheit in der österreichischen Neonaziszene (vgl. z.B. Scharsach 2012, 16 ff) war kein Thema. Er sagte aber beispielsweise auch: „Die arabischen Staaten müssen das Existenzrecht Israels anerkennen.“⁸ (Beck 2017) Bei einigen anderen Themen, wie der Frage danach, wo die österreichische Botschaft sein werde, wenn er in die Regierung komme, wich Strache aus. Überschriften war das Interview mit einem Zitat Straches: „Wir sind gegen Antisemitismus, und die Freundschaft mit Israel ist mir sehr wichtig“⁹ (ebd.).

Dieser hier illustrierte, radikale Richtungswechsel der FPÖ in ihrer verlautbarten Position zu Israel innerhalb nur eines Jahres, der aber seither anhält, ist einer der schnellsten, den eine Partei in Sachen Israel je an den Tag gelegt hat. Seit 2010 sind von der FPÖ kaum noch antiisraelische Aussagen zu vernehmen – je höher man in der Partei geht, desto weniger.

3.1.5 Die AfD, ihre Position zu Israel und deren Wandel

Der Umgang der AfD mit Israel ist anders als jener der FPÖ, unter anderem, weil sich Parteistruktur und -geschichte erheblich von jener der FPÖ unterscheiden. Zwar sind beide blau und pflegen eine enge Partnerschaft, aber die FPÖ ist 1956 aus dem 1949 von ehemaligen aktiven Nationalsozialisten gegründeten *Verband der Unabhängigen* (VdU) hervorgegangen und hat eine bewegte Geschichte hinter sich, in der zuletzt unter Strache deutsch-völkische Burschenschafter wieder sehr stark vertreten sind (vgl. Weidinger 2017, 127).

Israel war anfangs kein originäres Thema der AfD. Es waren einzelne FunktionärInnen wie Frauke Petry und Marcus Pretzell¹⁰, die sich dazu in zunächst unerwarteter Weise, nämlich positiv, äußerten. Auf diese Äußerungen wird unten noch genauer eingegangen. Obwohl

wesentlich anderes sagt, als womit sie hier bereits zitiert wird – außer, dass der Likud weiter rechts stehe als die CDU – bleiben beide hier unberücksichtigt.

⁶ Im hebräischen Original: „מפלגת החופש“

⁷ Im hebräischen Original: „אין אשמה קולקטיבית. לא היינו קיימים אז כמדינה. היה כיבוש.“

⁸ Im hebräischen Original: „מדינות ערב חייבות להכיר בזכות הקיום של ישראל.“

⁹ Im hebräischen Original: „אנחנו נגד אנטישמיות, והחברות עם ישראל חשובה לי מאוד.“

¹⁰ Deutlicher als die AfD hat Petrys neue „Blaue Wende“, die Mischung aus Partei und Bürgerbewegung, die sie seit ihrem AfD-Austritt betreibt, Israel im Programm. Dort heißt es: „Israel ist strategischer Bündnispartner im Nahen Osten als einer auf Jahrzehnte für Deutschland entscheidenden Region. Die politische und technologische Zusammenarbeit Israels liegt in unserem nationalen Interesse.“ (Blaue Wende o. J.)

beide mittlerweile aus der Partei ausgetreten sind, und auch wenn es nicht im Parteiprogramm steht, hört man von der Spitze der AfD immer deutlichere Worte zu Israel, die zunächst positiv klingen. Die Basis ist aber gespaltener und verurteilt die positive Haltung der Parteispitze zu Israel teilweise deutlich und explizit.

Wirklich zum Thema wurde das Verhältnis der AfD zu Israel unmittelbar nach der für sie erfolgreichen Bundestagswahl 2017. Alexander Gauland antwortete bei der ersten Pressekonferenz der Partei nach der Wahl am 25. September 2017, bei der auch Frauke Petry bekanntgab, dass sie der AfD-Fraktion nicht angehören würde, auf die Frage des Korrespondenten der israelischen Tageszeitung *Israel HaYom* Eldad Beck, ob er den wiederholten Erklärungen der Bundeskanzlerin Angela Merkel, „dass das Existenzrecht und die Sicherheit Israels zur deutschen Staatsraison gehören“ (Beck, zit. n. AfD Kompakt TV 2017, bei 37:44) zustimme, wie folgt:

Die [...] Frage ist für mich schwierig zu beantworten, weil ich, Entschuldigung, wenn ich das mal so deutlich sage, immer das Gefühl hatte, hier wird etwas ausgedrückt, was sehr toll klingt und wohinter man auch stehen kann. Aber wenn es wirklich zum Schwur kommt, wird es schwierig. Sie müssen ja dann, wenn Sie sagen, das Existenzrecht Israels gehört zur Staatsraison Deutschlands, dann müssen wir auch bereit sein, deutsche Soldaten zur Verteidigung des jüdischen Staates einzusetzen. Wenn Sie das unsere Politiker fragen, dann bekommen Sie darauf nämlich keine klare Antwort, deshalb habe ich ein gewisses Problem damit. Ja, natürlich ist das Existenzrecht Israels für uns ein ganz wichtiger Punkt und natürlich stehen wir auch an der Seite Israels, da haben Sie völlig Recht. Nur, das zur Staatsraison zu machen, wissen Sie, das klingt so einfach, aber in Israel gibt es dauernd Krieg. Ich will hier überhaupt keine Schuldfragen aufwerfen. Und zur Staatsraison müsste etwas gehören, dass wir dann auch wirklich bereit sind, unser Leben für den Staat Israel einzusetzen. Und das spür ich nicht, und deswegen bin ich vorsichtig bei dieser Formulierung.

(ebd., bei 38:32)

Anlässlich des 70. Jahrestages der Staatsgründung Israels am 26. April 2018 fand eine Debatte im deutschen Bundestag statt, bei der Gauland in seinem Redebeitrag sieben Monate nach der Antwort an *Israel HaYom* seine Zweifel bezüglich der Staatsraison zurücknahm:

Gerade weil wir auf diese furchtbare Weise mit dem Existenzrecht Israels verbunden sind, war und ist es richtig, die Existenz Israels zu einem Teil unserer Staatsraison zu erklären. (Beifall bei der AfD) Das war und ist moralisch richtig, enthält aber eine über das bloße Bekenntnis hinausgehende Verpflichtung – ich habe das an dieser Stelle schon einmal betont –: im Ernstfall einer existenziellen Bedrohung Israels an dessen Seite zu kämpfen und zu sterben. Ich bin mir nicht sicher, ob das Ausmaß dieser Verpflichtung überall in Deutschland erkannt und verstanden worden ist. Aber allein dadurch wäre es mehr als bloßes Lippenbekenntnis und rituelle Symbolik. Es war und ist richtig, die Existenz Israels zu einem Teil unserer Staatsraison zu erklären.

(Deutscher Bundestag 2018, 2623)

Gauland bleibt also bei der Konsequenz, dass prospektiv deutsche Soldaten für Israel sterben müssten; im Unterschied zu seinen bisherigen Äußerungen dazu affirmiert er diese Konsequenz aber mit der Staatsraison – die ja zunächst faktisch richtig ist, was sonst soll „Staatsraison“ bedeuten? Sein Gespür für die Bereitschaft der Deutschen, für Israel zu sterben, wie er es auf die Frage Eldad Becks formulierte, bzw. seine Unsicherheit, ob „das Ausmaß dieser Verpflichtung überall in Deutschland erkannt und verstanden worden“ sei, trügt ihn nicht. Bereits in der eigenen Partei regt sich dagegen Widerspruch: Beim Bundesparteitag der AfD Ende Juni 2018 in Augsburg enthielt das vorläufige Antragsbuch einen Antrag, der die von Gauland antizipierten Zweifel aufgriff und entsprechend forderte: „Der BPT möge beschließen: + Wir haben nicht vor, für Israel zu kämpfen und zu sterben +.“ (Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland 2018, 31) Im Zuge der Debatte zur Tagesordnung wurde er aber mit einigen anderen Anträgen von der Tagesordnung gestrichen und, wie schon beim Parteitag 2017, die Position der Partei zu Israel nicht behandelt. Damals wurde ein Antrag auf eine „enge politische Kooperation mit einem FREIHEITLICH-DEMOKRATISCHEN Israel“, aber keine ‚VORAUSSETZUNGSLOSE‘ Freundschaft zu Israel“ (Antrag, zit. n. Northe 2017) nicht behandelt, weil das Thema „zu komplex“ (Antragsgegner, zit. n. ebd.) sei. Auch im Programm der Partei ist dazu nichts zu finden und es

gibt nur die Reden und Aussagen einiger Führungspersönlichkeiten, die eine positive Positionierung zu Israel erkennen lassen.

Doch auch Alexander Gauland war nicht immer so explizit auf der Seite Israels wie seit dem Einzug in den Bundestag. Im Sommer 2014, als auch in Deutschland auf Massendemonstrationen antisemitische Parolen wie „Jude, Jude feiges Schwein, komm heraus und kämpf allein!“ (Parole, zit. n. Edthofer 2014) gerufen und Synagogen mit Brandsätzen attackiert wurden, verurteilte er diese antisemitischen Äußerungen, die teilweise als Antizionismus erschienen, teilweise unverblümt den starken Judenhass offen zur Schau stellten. Sein Statement ist aber insbesondere hinsichtlich seiner Haltung zu Israel interessant:

Diese Vorfälle sind beschämend – gleichgültig, ob sie von Deutschen oder Palästinensern ausgehen. Man kann sich mit guten Gründen gegen die Besatzungs- und Siedlungspolitik der Israelis aussprechen und auch dagegen protestieren. Aber man darf niemals Menschen, die nur ihren jüdischen Glauben leben, für die staatliche Politik eines anderen Landes verantwortlich machen. Israel ist zwar ein jüdischer Staat, aber nicht alle unsere jüdischen Mitbürger in Deutschland sind deshalb ein Teil von ihm. Im Übrigen sind staatliche Maßnahmen niemals dem Einzelnen zuzurechnen. Gerade wir Deutschen sind nach 1945 froh gewesen, dass uns keine kollektive Schuld zugeschoben wurde. Umso mehr müssen wir die kollektive Verantwortung für das Geschehen im Gazastreifen, die unseren jüdischen Mitbürgern aufgeladen wird, zurückweisen.

Wieder einmal zeigt sich, dass multikulturelle Träume an der Wirklichkeit zerschellen, wenn der Hass stärker ist, als die integrierenden Tendenzen der aufnehmenden Gesellschaft. Es ist unser aller Pflicht, diesem Hass entgegenzutreten und klar zwischen erlaubtem Protest gegen Israel einerseits und menschenfeindlichem Antisemitismus andererseits zu unterscheiden. Letzterem darf kein Platz in unserer Gesellschaft eingeräumt werden.

(Gauland, zit. n. Botsch/Kopke 2015, 186 f)

Ersterer, der „erlaubte Protest gegen Israel“, hat also nach Gauland 2014 offenbar seinen Platz in „unserer Gesellschaft“. Dass der Antizionismus hier ein Ausdruck des Antisemitismus ist,

scheint für Gauland da noch kein Thema oder zumindest kein Problem gewesen zu sein, im Gegenteil, er scheint ihn zu teilen, wenn er in dieser Situation sagt, man könne „sich *mit guten Gründen* [Herv. N.S.] gegen die Besatzungs- und Siedlungspolitik der Israelis aussprechen und auch dagegen protestieren“. Diese Behauptung machte es auch den AntizionistInnen in der AfD möglich, seiner Aussage als Ehrenrettung des Antizionismus vor dem Antisemitismus zuzustimmen, indem sie eben leugnet, dass der Antizionismus ein Ausdruck des Antisemitismus ist. Dieser „ehrbare Antisemitismus“ (Améry 1980, 242) der so genannten ‚Israelkritik‘, dem Gauland hier Konzessionen macht und der wie selbstverständlich als nicht antisemitisch wahrgenommen wird, findet sich im gesamten politischen Spektrum. Gaulands Aussagen zu Israel von 2017 und 2018 fehlt diese Anschlussfähigkeit an den common sense gegen Israel.

Es ist also schon innerhalb weniger Jahre eine Veränderung der Position Gaulands – was beim Vorsitzenden einer Partei auch der Partei bedeutet, zumal wenn es keine programmatischen Einlassungen gibt – *innerhalb* des positiven Bezugs auf Israel und der verbalen Verurteilung des Antisemitismus festzustellen. Die Veränderung ist aber noch viel größer, wenn man denselben Alexander Gauland zehn bis 15 Jahre früher liest.

2003 schrieb er in der *Welt*, dass „der Nahe Osten nicht zur Ruhe kommen wird, solange die Israelis arabisches Land besetzt halten.“ (Gauland 2003) Nochmal zwei Jahre vorher, wenige Tage nach 9/11 und in unmittelbarer Reaktion auf die Terroranschläge auf das World Trade Center und das Pentagon, veröffentlichte er ebenfalls in der *Welt* einen Kommentar, der mit der Forderung nach „[m]ehr Respekt vor der arabischen Welt“ (Gauland 2001) überschrieben war. Darin behauptet er, es sei als eine von vielen Demütigungen der arabisch-islamischen Welt „der Fremdkörper des Staates Israel in diese Welt“ (ebd.) getreten, auf die der islamische Terrorismus eine Reaktion sei. Er weist in beiden Statements Israel allein aufgrund seiner Existenz die Schuld an der Unruhe im Nahen Osten und mindestens eine Mitschuld am islamischen Terror zu, dessen antisemitische Motivation dadurch ausgeblendet wird. In beiden Fällen verkehrt er auf eine Art, die Israel Schuld zuspricht, Ursache und Wirkung.

Gauland ist heute aber alles andere als allein mit seinem positiven Bezug auf Israel in der Partei: In der gleichen Sitzung des Bundestages, in der er das Existenzrecht Israels als deutsche Staatsraison bejahte, hielt auch Beatrix von Storch eine Rede, in der sie die Bundesregierung dafür kritisierte, „mit Millionen von Steuergeldern Judenhass und Israelfeindschaft im Nahen Osten mit deutschen Steuergeldern“ [sic!] (Deutscher Bundestag 2018, 2630) zu finanzieren.

Sie bezeichnete die UNRWA, die Flüchtlingshilfsorganisation der UN für die palästinensischen ‚Flüchtlinge‘, als „Teil der Infrastruktur der Hamas“ (ebd.), kritisierte, dass in deren Schulen das Existenzrecht Israels geleugnet wird und sagte: „Das Verhältnis Deutschlands zu Israel wird immer ein besonderes sein.“ (ebd.) Sie zitierte dabei ihren Parteifreund, den AfD-Fraktionsvorsitzenden in Brandenburg Andreas Kalbitz zustimmend, der am Tag zuvor anlässlich der Gründung eines *Feundeskreises Israel* im Brandenburger Landtag gesagt haben soll: „Der Holocaust als singuläres Verbrechen der deutschen Geschichte verpflichtet uns zu einer besonderen Verantwortung gegenüber Israel.“ (ebd.) Ihre Ausführungen zur indirekten Finanzierung der Hamas durch die Bundesregierung über die UNWRA sind zutreffend (vgl. Feuerherdt/Markl 2018, 237 ff) und bemerkenswert, weil sie, soweit bekannt, von ihr zum ersten Mal überhaupt im deutschen Bundestag getroffen wurden.

Beatrix von Storch begründete ihr Bekenntnis zu Israel damit, dass „[w]ir [...] dieselbe jüdisch-christliche Zivilisation“ (Deutscher Bundestag 2018, 2630) teilten und dass „Millionen von Christen [...] froh und dankbar [seien], dass der Zugang zu den heiligen Stätten in Israel, in Jerusalem in den Händen Israels und nicht in jenen der Hamas liegt.“ (ebd.) Sie betreibt mit ihrem Mann das „klerikal-aristokratische Netzwerk *Zivile Koalition*“, das die „politisch wirksamste christlich-fundamentalistische Kraft in der AfD“ (Kemper 2016, 95) darstellt und hat bereits 2016, als sie noch Abgeordnete im EU-Parlament war, die Gruppe *Freunde von Judäa und Samaria* mitbegründet (vgl. McMahon 2017), die ihre Ziele mit „stop funding of Palestinian terrorism from the European Union budget“ (Payne o. J.) und „abolish trade barriers of the European Union imposed on Jewish goods from the West Bank (Judea and Samaria)“ (ebd.) beschreibt. In christlich-fundamentalistischen Kreisen gibt es das Phänomen des christlichen Zionismus, der aus religiösen Gründen Israel unterstützt, weil die Versammlung der Juden und Jüdinnen in Israel für die Wiederkunft Christi eine wesentliche Rolle spiele (vgl. Kloke 2008, 88 ff). Die Unterstützung Israels durch die Christin Beatrix von Storch könnte auch so zu erklären sein. Obwohl sie zur Art ihres Glaubens kaum öffentlich Stellung bezieht, passen etwa ihre Ablehnung von Schwangerschaftsabbrüchen oder eben der positive Bezug zu Israel in gewisse fundamentalistisch-evangelikale Ideologien. Es könnte also sein, dass ihre proisraelische Position auch von dieser christlichen Spielart des Zionismus als Mittel zur Erlösung motiviert ist.

Anders bei Andreas Kalbitz, seine proisraelische Positionierung steht in deutlichem Widerspruch zu dem, was in seinem bisherigen politischen Lager zu Israel gedacht wird. Er ist

Teil der völkischen Gruppierung *Der Flügel* in der AfD und war früher Mitglied der rechtsextremen Partei *Die Republikaner*, nahm 2007 an einem Camp der *Heimattreuen Deutschen Jugend* teil (vgl. Süddeutsche Zeitung 2018), beschäftigte wissentlich ein ehemaliges NPD-Mitglied im Brandenburger Landtag und war mit NPD-Funktionären im Vorstand des vom ehemaligen SS-Hauptsturmführer Waldemar Schütz gegründeten rechtsextremen Vereins *Kultur- und Zeitgeschichte, Archiv der Zeit e.V.* (vgl. Fröhlich 2016). Er kommt also aus dem rechtsextremen und antisemitischen Lager der Partei, das traditionell keinen positiven Bezug zu Israel hatte. Dennoch hat er den Tweet von Beatrix von Storch retweetet, indem sie seine Begründung zitiert, warum er mit der AfD Brandenburg dem Freundeskreis Israels im Landtag angehören möchte. Ein direktes Zitat von ihm selbst allerdings war zur Causa weder auf seinem twitteraccount noch in den parlamentarischen Materialien des Landtages zu finden. Beatrix von Storch zitiert ihn wie folgt:

„Der Holocaust als singuläres Verbrechen der deutschen Geschichte verpflichtet uns zu einer besonderen Verantwortung gegenüber Israel“, erklärte Kalbitz weiter. „Die Auseinandersetzung auch mit den dunkelsten Kapiteln der deutschen Geschichte gehört zur deutschen Erinnerungskultur.“

(Storch 2018)

Wie die unterschiedlichen persönlichen Hintergründe und Motivationen der ParteifunktionärInnen genau liegen mögen, die AfD stellt sich positiv zu Israel. Auch wenn man also in ihrem Fall nicht so deutlich von einem Wandel der Position zu Israel *in* der Partei wie bei der FPÖ sprechen kann, hat auch hier einer stattgefunden. *In* der Partei ist er weniger stark ausgeprägt und zeigt sich am Wandel von Gaulands Vorsicht, was die Erklärung der Sicherheit Israels zur deutschen Staatsraison angeht hin zur Affirmation dieser Staatsraison sowie der Anschlussfähigkeit seiner Verurteilung der antisemitischen Demonstrationen von 2014 für den Antizionismus. ‚Israelkritik‘ im klassischen, expliziten und drängenden Sinn, wie sie von antisemitischen IsraelkritikerInnen bekannt ist, war vor allem deshalb nie Parteilinie, weil es, als ihre VertreterInnen teilweise Israel noch offen kritisierten, die Partei noch nicht gab. Vorher war sie, wie exemplarisch Gaulands Einlassungen von 2001 und 2003 zeigen, durchaus die Position heute wichtiger Parteifunktionäre und ist es bis heute bei einigen in der Partei. Der AfD-Landtagsabgeordnete Volker Olenicak aus Sachsen-Anhalt etwa, der 2016 mit Direktmandat in den Landtag einzog, schrieb im selben Jahr auf Facebook: „Verräterin Merkel

gefährdet den Frieden in Europa. Rücktritt der zionistischen US-Agentin.“ (zit. n. Eichler 2016) und bedient damit den klassisch antisemitischen und antizionistischen Topos der zionistisch-US-amerikanischen Verschwörung und Schattenregierung. Die Bundesparteispitze aber würde so etwas nie sagen, sondern äußert sich eben proisraelisch.

Mit der ‚Israelkritik‘ standen AfD und FPÖ bzw. ihre ProtagonistInnen in der Tradition der klassischen rechten Position zu Israel, wie sie in Kapitel 2.3 herausgearbeitet wurde: Israel, der ‚Jude unter den Staaten‘, zog und zieht aus mehr oder minder dem ganzen politischen Spektrum und eben auch von der (extremen) Rechten den Antizionismus auf sich, diese geopolitische Reproduktion des Antisemitismus. Das hat sich, zumindest auf den ersten Blick, teilweise geändert.

3.2 Außerparlamentarische AkteurInnen

Ähnliche proisraelische Positionierungen sind nicht nur bei AfD und FPÖ zu finden, sondern auch vereinzelt jenseits der politischen Parteien. Zu nennen ist hier insbesondere PEGIDA, jene rechtsextreme Bewegung der *Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes*. Auf ihren Kundgebungen tauchen immer wieder Israelfahnen auf, der 13. Punkt ihres Positionspapieres lautet „PEGIDA ist FÜR die Erhaltung und den Schutz unserer christlich-jüdisch geprägten Abendlandkultur!“ (PEGIDA o. J.) und Michael Stürzenberger, einer ihrer Protagonisten und AfD-Unterstützer, sagte zum Beispiel im März 2018 in München bei einer großen PEGIDA-Kundgebung an die Gegendemonstration gerichtet: „Wir stehen solidarisch an der Seite Israels, Ihr nicht. Ihr verrätet Israel, weil Ihr an der Seite des Islams steht!“ (zit. n. Andreasch 2018, 11)¹¹ Er sagte auch: „Wir wollen nie wieder Hass auf Juden in Deutschland! Und wenn Ihr dort drüben das auch nicht wollt, dann müsstet Ihr auf unserer Seite stehen, Ihr steht auf der falschen Seite, weil der Islam hasst die Juden!“ (ebd.)

Parallel zu solch verbalen Verurteilungen des Antisemitismus in seiner offenen Form und Solidaritätsbekundungen mit Israel bedient auch PEGIDA aber ständig mehr oder weniger offen antisemitische Topoi. Auch sie sind vielfältig, eines der bekanntesten ist der Ruf gegen die so genannte ‚Lügenpresse‘. Er ist Ausdruck einer Verschwörungsideologie, die behauptet, die Presse sei von dunklen Hintermännern gesteuert und würde deshalb absichtlich Lügen verbreiten. Solche Verschwörungstheorien sind klassisch für den Antisemitismus, können ihren Ausdruck aber auch, zum Beispiel, im Antiamerikanismus finden (vgl. Salzborn 2017, 120

¹¹ Vielen Dank an Robert Andreasch, der dieses Material zur Verfügung gestellt hat.

f). Ohne, dass es dort irgendwelche positiven Einlassungen zu Israel gäbe, finden sich solche Elemente von Verschwörungsideologie und Antisemitismus auch im wichtig gewordenen Szenemagazin *COMPACT* (vgl. Culina/Fedders 2016, 43 ff), das der ehemalige proisraelische Linke Jürgen Elsässer herausgibt und das in der PEGIDA-Bewegung stark rezipiert wird.

Ähnliche Phänomene einer mitunter positiven Bezugnahme auf Israel bei gleichzeitigem Antisemitismus sind auch auf den entsprechenden Internetseiten zu finden. Zu den wichtigsten gehören dabei die Blogs *jouwwatch* oder *PI-News*.

Interessant ist in diesem Kontext auch einer der Vordenker der proisraelischen extremen Rechten, Patrik Brinkmann. Er hat in der Vergangenheit unter anderem die NPD, die *Deutsche Volksunion* und die *pro*-Bewegung unterstützt und spielte eine wesentliche ideologische Rolle für Israelreisen deutscher und europäischer Rechter (vgl. Klare et al. 2011). Eine solche von ihm geplante Reise nennt er in der Ankündigung ein „Erlebnis, das uns stark mach [sic!] für einen politischen Kreuzzug im eigenen Land“, denn: „Das Pilgern ins Heilige Land ist für uns Europäer wichtig, um unsere eigenen Wurzeln wieder zu entdecken.“ (Brinkmann 2010) Im Programm (vgl. ebd.) kommt die christliche Motivation sehr deutlich zum Vorschein. Dass einer der Programmpunkte der Reise das so genannte Gartengrab in Jerusalem ist, ein Hotspot freikirchlicher ChristInnen, die es für das Grab Jesu halten, ist ein Hinweis darauf, dass seine positive Position zu Israel von einem evangelikalen Erlösungsgedanken beeinflusst sein könnte. Seit 2011 hat er sich aber weitgehend aus der Politik zurückgezogen.

Es geht ihm darum, „das ‚wahre Israel‘ und das ‚wahre Deutschland‘ herauszuarbeiten“, denn „[e]s gibt in Wirklichkeit nichts, was die beiden Völker trennt. Wilhelm der Zweite wusste dies noch“ (ebd.). Deshalb stellt er gegen die in der Rechten dominierende und ihm unverständliche „grundsätzliche Reserve gegen den Zionismus“ die rhetorisch gemeinte Frage: „Welche Linien bestehen zwischen der preußischen Idee und Zionismus?“ (ebd.) Während „der Islam unser Gegner“ sei, sei das Judentum aber „schon aufgrund der gleichen Wurzeln unser Verbündeter.“ (ebd.) Für Europa forderte Brinkmann trotz dieses Bündnisses (christlich)-abendländische Vorherrschaft: „Weder Davidstern noch Halbmond!“ (ebd.)

Mit „Weder Kippa noch Palituch“ (IB 2012) klingen auch die NeofaschistInnen von der *Identitären Bewegung* ganz ähnlich wie Brinkmann, wenn sie auch mit Palituch statt Halbmond deutlich weniger auf Religion rekurren. Bei ihnen heißt es:

Wir lehnen jeden Antisemitismus ab, ohne in eine pathologische Überidentifikation mit Israel zu kippen. Dass Israel und Teile der US-Politik ein strategisches Interesse daran haben, dass in Europa kein islamisches Kalifat entsteht, ist nur verständlich. Wir haben aber ein identitäres, existenzielles Interesse daran. Wir wollen nicht zu einer willenlosen Schachfigur in einer transatlantischen, westlichen Allianz werden, sondern als Deutschland und Europa selbstbewusst und eigenständig auftreten.

(ebd.)

Hier ist der *IB* eine erstaunliche analytische Fähigkeit zu attestieren im Bezug auf andere Rechte, die auf der gleichen Basis der verbalen Ablehnung des Antisemitismus bei seiner gleichzeitigen Reproduktion – in der „willenlosen Schachfigur“ einer „transatlantischen, westlichen Allianz aus Israel und USA“, zu der Deutschland hier zu werden drohe, ist der Antisemitismus bereits im Kern enthalten – in die Identifizierung mit Israel kippen, wie noch zu sehen sein wird. Gleichwohl muss bei ihnen das antiwestliche Ressentiment, das ohne Antisemitismus nicht zu haben ist, die Oberhand behalten. Ihre Versuche, sich „klar vom Nationalsozialismus und seinem exterminatorischen Antisemitismus“ (ebd.) zu distanzieren, sind aber nicht sehr erfolgreich, wie Elke Rajal minutiös herausarbeitet: Die „Artikel der ‚Identitären‘ und deren Umfeld strotzen nur so vor offenem, codierten, sekundärem und strukturellen Antisemitismus.“ (Rajal 2017, 342). Unter anderem, weil die *Identitären* neben dem Antisemitismus sich „ebenso aber von einer kultischen Politik der Schuld und einem neurotischen Selbsthass, mit dem keinem gedient ist“ (IB 2012) distanzieren, sprechen sie sich nicht so explizit für Israel aus wie andere. Vor allem aber können sie in ihrer ‚ethnopluralistisch‘-völkischen Weltansicht nicht den ‚nationalen Anspruch‘ der ‚arabischen Völker‘, insbesondere des palästinensischen, aufgeben. Damit aber wäre die Parteinahme für Israel für sie assoziiert.

Diese Szenen, die nicht direkt parteiförmig organisiert sind, aber alle eine gewisse Nähe zu AfD und FPÖ aufweisen, sind in ihrer Gleichförmigkeit sehr vielstimmig. Ein Problem bei der Analyse nichtparlamentarischer rechter AkteurInnen liegt darin, dass es ihrer so viele gibt. Es ist deshalb, wie in diesem kurzen Abriss schon deutlich wurde, noch schwieriger als bei den Parteien, eine Linie herauszuarbeiten. Sie widersprechen einander und vertreten noch stärker als die Parteien widersprüchliche Positionen. Das macht es schwer, die einzelnen Trends,

Äußerungen und Strömungen ihrer ProtagonistInnen en détail darzustellen und gesondert zu analysieren. Aus den hier zitierten Beispielen aber zeigt sich, dass die Problemlage sich bei manchen von ihnen nicht wesentlich von derjenigen innerhalb der Parteien AfD und FPÖ unterscheidet. Die Beispiele von *Identitären* und Patrik Brinkmann aber zeigen, dass es auch möglich ist, dass einzelne AkteurInnen unterschiedliche Versatzstücke der Ideologie übernommen können, ohne dass die explizite Positionierung für Israel mit zum Programm gehören muss.

Es soll aus diesen Gründen für die vorliegende Arbeit der Hinweis genügen, dass die im Folgenden vor allem für AfD und FPÖ ausformulierte Analyse in ihren wesentlichen Elementen auch für einige der außerparlamentarischen AkteurInnen gilt – insbesondere natürlich für jene, die sich an der Seite Israels positionieren.

4 Identifizierung mit dem Angreifer

4.1 Weder rein instrumentelle Strategie noch Abkehr vom Antisemitismus

Es gibt, wie schon erwähnt, bisher keine umfassende und schlüssige Erklärung für die Hinwendung mancher Rechten und Rechtsextremer zu Israel, die das Phänomen wirklich erklären könnte. Die beiden gängigen – und unzureichenden – Erklärungen lauten, der positive Bezug sei rein instrumentell und bewusst kalkuliertes PR-Manöver ohne ideologischen Hintergrund, oder er sei Ausdruck eines tatsächlichen Endes des Antisemitismus in Teilen der Rechten, häufig gepaart mit der auch sonst immer wieder anzutreffenden falschen Behauptung, die Islamfeindschaft, häufig gefasst im verharmlosenden und selbst Rassismus reproduzierenden Begriff der ‚Islamophobie‘ (vgl. Schreiter/Staritz 2017), habe den Antisemitismus abgelöst (vgl. z.B. Schiedel 2017a, 116 ff; Weiß 2017, 16 ff).

Beide Erklärungen sind zumindest teilweise falsch: Ein rein instrumentelles, strategisches Verhältnis in der deutschsprachigen extremen Rechten zu irgendetwas, das mit Juden zu tun hat, kann es kaum geben, wenn auch die Haltung zu Juden fast immer instrumentell ist – alleine selten kalkuliert. Dafür bedürfte es eines Begriffes davon, was Antisemitismus ist – in erster Linie der eigene, der aber, weil er unerkannt bleibt diese Möglichkeit verstellt. Die Überlegung, Antisemitismusvorwürfe mit Erklärungen für Israel zu kontern, mag durchaus eine Rolle spielen (vgl. Klare et al. 2011). Die Motivation für diese Erklärungen aber erschöpft sich nicht in dieser Kalkulation, und selbst wenn sie Ausgangspunkt gewesen sein mag,

irgendwie müssen jene Rechten und Rechtsextremen, die sich für Israel aussprechen, das auch vor sich selbst legitimieren.

Ablehnende Reaktionen auf die Hinwendung zu Israel aus dem offener rechtsextremen und neonazistischen Milieu zeigen, dass – intentional oder nicht – diese Hinwendung dazu führt, dass Teile der klassischen extremen Rechten die „Pseudopatrioten“ (Deutsche Stimme, zit. n. Schiedel 2011, 66) als arrivierte und ins System integrierte ‚Verräter‘ wahrnehmen. Das mittlerweile vom deutschen Verfassungsschutz geschlossene Neonaziportal *Altermedia* etwa beschimpfte nach der Jerusalemreise 2010 Strache und Co, die sich jetzt endgültig zu „Vasallen des Staates Israel und seiner Diaspora-Sektionen“ (zit. n. PI 2011) gemacht hätten. Auch die Äußerungen in den Kommentarspalten, in denen jeder irgend positive Bezug auf Israel regelmäßig als Verrat gegeißelt wird, sind zahlreich. Die *Deutsche Stimme*, die Zeitung der NPD, schrieb zur Israelreise 2010 etwa:

Die Palästina-Reise [nicht Israelreise, N.S.] der populistischen Pseudopatrioten bedeutet eine neue Phase der politischen Auseinandersetzung. Wer sich gegen die Landnahme fremder Völkerschaften in Europa ausspricht, kann nicht gleichzeitig die Vertreibung anderer Völker aus ihrer angestammten Heimat befürworten. Tut er das doch, sind offensichtlich fremde Interessen im Spiel. Angesichts dieser ideologischen Zuspitzung ist dem linksnationalen Journalisten Jürgen Elsässer zuzustimmen: die Trennlinie verläuft heute nicht mehr „zwischen Linken und Rechten, sondern zwischen Demokraten und Imperialisten“.

(zit. n. Schiedel 2011, 66)

Die *National Zeitung*, die der DVU nahestand, schrieb über die Reaktionen in der FPÖ:

Dass die FPÖ-Fahrt nach Israel viel freiheitliches Porzellan zerschlagen hat, verwundert nicht. [...] Unmittelbar nach Bekanntwerden hagelte es heftige Kritik von alt gedienten Parteimitgliedern und FPÖ-Freunden, die meinten, ein ‚Déjà-Vu-Erlebnis‘ zu haben. Während einige ihren Parteiaustritt erklärten und Strache als ‚Haider II‘ bezeichneten, wollen andere die weitere Entwicklung abwarten.

(zit. n. ebd., 68)

Und auch aus der FPÖ selbst kam Kritik: Andreas Mölzer, lange wichtiger deutschnationaler Ideologe der FPÖ, nannte die Israelreise Straches 2010 eine „Demutsgeste angesichts des jüdisch-israelischen Einflusses in der Welt“ (Mölzer, zit. n. Schiedel 2016). Auch Otto Scrinzi, ehemaliger SA-Sturmführer, NSDAP-Mitglied, Gründungsmitglied des VdU (der Vorgängerpartei der FPÖ) und „freiheitliches Urgestein“, der „der die Werte unserer Gesinnungsgemeinschaft immer gelebt hat“ (Strache, zit. n. Die Presse 2012) griff Strache scharf an:

Die Wende in der Außenpolitik der FPÖ-Spitze, welche zu einer überraschenden Liebeserklärung für den Staat Israel geführt hat, scheint auf ein Gut-Wetter-Machen hinauszulaufen. Offenbar will man für den Fall des Falles einer Wiederauflage von Sanktionen wie im Frühjahr 2000 vorbeugen. Wie der harte Kern diesen Schwenk aufnehmen wird, ist ebenso ungewiß wie die Frage, ob er am globalen volksfeindlichen Konzept der Einweltler was ändern wird.

(Scrinzi, zit. n. Schiedel 2016)

Die proisraelische Wende war und ist also sehr umstritten in der rechtsextremen Szene. Dennoch haben FPÖ und AfD im Wesentlichen daran festgehalten – ein Hinweis darauf, dass es eben nicht nur eine Strategie ist, sondern zumindest im Laufe der Zeit der Rechtfertigung auch vor sich selbst bedurfte, die dieses Festhalten gegen wesentliche Stimmen aus den eigenen Reihen ermöglichte.

Dazu kommt, dass viele der proisraelischen Aussagen aus der extremen Rechten mit einer derartigen Überzeugung vorgetragen wurden und werden, die gegen die Annahme spricht, es sei reines, bewusstes Kalkül, also Lüge, gewesen. Gerade wenn diese mit solcher Verve geäußerten Positionen über einen längeren Zeitraum hinweg aufrecht erhalten werden, muss bei denen, die sie tätigen, ein gewisses Maß an Überzeugung von ihrer Wahrhaftigkeit vorhanden sein, um so mehr, als sie sie gegen Widerstände aus den eigenen Reihen verteidigen müssen. Dieser Widerstand kommt bei weitem nicht nur von Neonazis, von denen man sich bei AfD, FPÖ und den Teilen der Rechten, die bei PEGIDA-Demonstrationen Israelfahnen schwenken abgrenzt, sondern durchaus auch von Mitgliedern der eigenen Parteien. Dazu kommt außerdem, dass das, was als eine Art Testballon gestartet sein mag, mittlerweile von einer Seite gutgeheißen wird, die für die sich proisraelisch wahnenden

Rechten dazu allzu berufen ist: Juden und Jüdinnen. Seien es jüdische Mitglieder und Abgeordnete wie David Lasar für die FPÖ, die Gründung einer jüdischen Gruppe innerhalb der AfD, der JAfD, oder Artikel von Juden und Jüdinnen in sowohl deutschen als auch israelischen Medien, die implizit oder explizit in AfD und FPÖ die einzigen oder zumindest wichtige Kräfte gegen den islamischen Antisemitismus in Europa erkennen – all das ist Teil der Selbst- und Fremdversicherung, nicht antisemitisch zu sein und insofern Teil des Problems, als die proisraelischen Aussagen auch von denen, die sie tätigen, selbst geglaubt werden.

Sie können also nicht (nur) schlichte, bewusste Lüge sein, dazu sind sie, auch gegen Widerstand und über die Zeit hinweg, zu hartnäckig und werden punktuell von Leuten bestätigt, denen die Autorität zugeschrieben wird, das zu tun: Juden und Jüdinnen. Dass es daneben eine Vielzahl ebenfalls jüdischer, aber natürlich auch nichtjüdischer Stimmen gibt, die den Antisemitismus in den jeweiligen Parteien und Gruppen als solchen benennen, stört die verzerrte Selbstwahrnehmung, nicht antisemitisch zu sein, nicht. Die Abkehr vom Antisemitismus muss von denen, die sie über sich selbst behaupten und sich unter anderem proisraelisch äußern, mindestens zu einem gewissen Grad geglaubt werden.

Hier schließt die zweite Erklärung an. Sie lautet, die AfD und die FPÖ hätten sich vom Antisemitismus verabschiedet. Sie kommt vor allem von den Parteien selbst und von Leuten, die wahrscheinlich schon länger mit ihnen sympathisieren, sich aber aufgrund des Antisemitismus nicht so recht getraut haben.

Dieses Argument erweist sich als mindestens so unhaltbar wie jenes der ausschließlich bewussten Strategie. Träfe es tatsächlich zu, müsste die Distanzierung vom Antisemitismus viel deutlicher und vor allem faktischer ausfallen, als sie es tut. Jedoch ist der Antisemitismus, wie in den Kapiteln 3.1.1 und 3.1.2 gezeigt wurde, nach wie vor stark in den Parteien.

Beide Parteien stellen regelmäßig unter Beweis, dass sie oft nicht in der Lage sind, Antisemitismus in ihren Reihen zu erkennen, geschweige denn zu bekämpfen, wie, um nur je ein Beispiel unter vielen zu nennen, etwa der im Sande verlaufene Parteiausschluss des Antisemiten Wolfgang Gedeon oder eine antisemitische Karikatur zeigen, die Heinz-Christian Strache 2012 auf Facebook gepostet hat und bis heute nicht für antisemitisch hält. Kommentarlos verschwunden ist sie von seinem Profil, als Bundeskanzler Kurz auf Israelbesuch war. Auch Alexander Gaulands Aussage, „Hitler und die Nazis“ seien nur „ein Vogelschiss“ in der „über 1000-jährigen deutschen Geschichte“ (Der Standard 2018a), wie er

es Anfang Juni formulierte, verharmlost den Antisemitismus, das Um und Auf des Nationalsozialismus. Ihn als „Vogelschiss“ zu bezeichnen ist nicht nur Holocaustverharmlosung als Schuldabwehr und eine Unverschämtheit und Respektlosigkeit den Opfern und ihren Nachkommen gegenüber, auch das Bild spricht Bände: Der Vogelschiss kommt unvorhergesehen aus heiterem Himmel und beschmutzt die weiße Weste der Deutschen. Die seien damals wie heute unschuldig und hätten die unangenehme Aufgabe, den Fleck, den der Schiss unverschuldet *auf ihnen* hinterlassen habe, wegzuputzen, einen Schlusstrich zu ziehen. Ginge es nach seinem Parteifreund Björn Höcke, sollte das an den „Vogelschiss“ (Gauland, zit. n. ebd.) erinnernde „Denkmal der Schande“ (Höcke, zit. n. WELT 2017), wie dieser das Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin nannte, im Rahmen einer „erinnerungspolitische[n] Wende um 180 Grad“ (ebd.) aus der Hauptstadt verschwinden. Denn: „Wir brauchen eine Erinnerungskultur, die uns vor allen Dingen und zu allererst mit den großartigen Leistungen der Altvorderen in Berührung bringt.“ (ebd.) Und dabei sind die Betonsteelen, die an die ermordeten Juden und Jüdinnen erinnern – bei aller Kritik am Denkmal und dem mit ihm verbundenen staatstragenden Gedenken Deutschlands – im Weg.

Auch jenseits dieses verkappten Rufes nach dem Schlusstrich, der sich nahtlos in die ‚neurechte‘ Abtrennung des Nationalsozialismus vom Rest der deutschen Geschichte einfügt, um so an rechte und antisemitische Ideologie, die als ‚konservativ‘ gelabelt wird, anknüpfen zu können, zeigt sich, dass nicht einmal die bekundete Unterstützung Israels eine tatsächliche bzw. in wesentlichen Punkten schlicht nicht vorhanden ist. Eines dieser Beispiele sind etwa die Reaktionen sowohl der AfD als auch der FPÖ auf die Aufkündigung des so genannten Irandeals, des JPCOA¹² (Joint Comprehensive Plan of Action), durch US-Präsident Donald Trump.

Eine tatsächlich israelsolidarische Politik wäre eine, die alles daran setzte, den Einfluss des Iran im Nahen Osten einzudämmen und insbesondere ihn daran zu hindern, Atomwaffen und die dazugehörigen Raketen zu entwickeln, um sein erklärtes Ziel zu erreichen: den Export der islamischen Revolution und die Vernichtung Israels (vgl. dazu Wahdat-Hagh 2008, 44 ff; ebd.,

¹² Zum Deal und seinen Folgen vgl.: *Iran – Israel – Deutschland. Antisemitismus, Außenhandel und Atomprogramm* (Grigat 2017b). Eine detaillierte Analyse der Konstruktionsfehler des JPCOA, die auf die Spezifika des internationalen Rechts, des Atomwaffensperrvertrages und übliche Kontrollmechanismen für internationale Waffenkontrollabkommen hat Matthias Küntzel (2015) vorgelegt, der auch Co-Autor des genannten Buches ist.

54 f). Das Problem ist nicht, dass ein Abkommen geschlossen wurde, sondern wie dieses aussieht. Das im Detail zu diskutieren, würde hier zu weit führen, es sei nur darauf hingewiesen, dass das Abkommen eben keine umfassenden Kontrollen der iranischen nuklearen Aktivitäten beinhaltet und nach seinem Ablauf im Jahre 2025 die Einschränkungen, die der Islamische Republik Iran durch das Abkommen auferlegt wurden, wieder wegfallen werden. Das illustriert ein Zitat des ehemaligen US-Präsidenten Barack Obama, der stark für den Deal war. Kurz vor dem Abschluss des Deals sagte er bereits: „A [...] fear would be that in year 13, 14, 15, they [Iran, N.S.] have advanced centrifuges that enrich uranium fairly rapidly, and at that point the breakout times would have shrunk almost down to zero“ (Obama, zit. n. Gordon/Sanger 2017). Und auch jenseits der nuklearen Bedrohung hat sich die ‚Wandel durch Handel‘-Doktrin, die regelmäßig als Begründung für die Beziehungen und Abkommen mit der Islamischen Republik angeführt wird, als nicht erfolgreich herausgestellt: Der Iran war laut Amnesty International 2017 nach wie vor verantwortlich für 51 Prozent aller Hinrichtungen weltweit, und auch die wieder zunehmenden terroristischen Aktivitäten des iranischen Regimes in Europa, in die laut den ermittelnden Behörden auch Botschaftsangehörige verwickelt sein sollen, zeugen von allem anderen als Moderation (vgl. Amnesty International 2017, 6). Weiters spielt die Islamische Republik bei der Destabilisierung der gesamten Region eine verheerende Rolle, die nicht zuletzt eine der wesentlichen Ursachen für die hohen Zahlen von Flüchtlingen und internally displaced persons ist, wie etwa Thomas von der Osten Sacken (2017) herausarbeitet. Durch die (mittlerweile teilweise zurückgenommene) Aufhebung der Sanktionen durch den JPCOA stehen dem Regime der Islamischen Republik Iran für diese Maßnahmen deutlich mehr finanzielle Mittel zur Verfügung, die in diese destruktiven Aktivitäten fließen. Auch die seit etwa einem Jahr andauernde neue Welle von Protesten im Iran, die teilweise eine große Massenbasis haben und den Sturz des Regimes fordern, zeugen davon, dass jede Unterstützung für das Regime, die der JPCOA jedenfalls darstellt, der Opposition schadet.

Ob Trumps bisher nicht zu erkennende Gesamtstrategie für den Nahen Osten dort positive Veränderungen bringt, ist nach wie vor offen, jedoch eher zu bezweifeln. Dieser einzelne Schritt ist, wie einige andere, aber zu begrüßen; dass er das Atomabkommen einseitig aufgekündigt hat, war richtig und erkennt Tatsachen an, die ohnehin offen auf dem Tisch liegen. Es war von Anfang an falsch, den Deal 2015 in dieser Form zu schließen, die Sanktionen

aufzuheben und jetzt an Geschäften mit dem Iran festzuhalten – übrigens ein Thema, bei dem in Israel weitgehende Einigkeit herrscht (vgl. Landau 2017).

Eine tatsächlich israelsolidarische Partei, was sowohl AfD, als auch FPÖ ja beanspruchen zu sein, müsste also das Ende dieses Deals unterstützen, mindestens aber seine fundamentale Neuverhandlung, auch wenn, so wie in Deutschland und Österreich der Fall, dies bedeutete, auf Geschäfte mit den iranischen Regime und ihrem Wirtschaftsimperium zu verzichten. Dieses ist zwar im Iran groß und insbesondere die Revolutionsgarden kontrollieren einen wesentlichen Teil der iranischen Wirtschaft, im internationalen Vergleich aber ist der iranische Markt, verglichen mit etwa dem US-amerikanischen oder dem saudi-arabischen, marginal.

Sowohl FPÖ als auch AfD tun jedoch genau das Gegenteil: Sie kritisieren die Aufkündigung und unterstützen den Kurs der EU, also den Versuch, auch gegen US-Sanktionen gegen den Iran weiterhin Geschäfte mit dem Land zu ermöglichen, die das Regime stärken und weiter in die Lage versetzen würden, Chaos und Tod über den Nahen Osten zu bringen und an der Atombombe zu bauen, die für Israel bestimmt ist. Alexander Gauland schrieb im Mai 2018 unter der Überschrift „Atom-Abkommen mit dem Iran einhalten“ im AfD-Mitgliedermagazin: „Die Sicherung von wirtschaftlichen Interessen muss Vorrang haben vor wirtschaftsfeindlicher Symbolpolitik.“ (AfD kompakt 2018) Und auch die zwar parteilose, aber auf einem FPÖ-Ticket regierende österreichische Außenministerin Karin Kneissl sagte, explizit gegen Trumps Entscheidung gewandt: „Eine eigene Rolle der Europäer ist vor allem dadurch gegeben, dass man das Iran-Nuklearabkommen auf Schiene hält. Das ist das Wesentliche.“ (Die Presse 2018) Und Österreich beließ es nicht dabei, sondern bot darüber hinaus im Juli 2018 auch das diplomatische Parkett, auf dem die „Gespräche zu Rettung des Iran-Deals begonnen“ (orf.at 2018b) wurden.

Es wäre falsch zu glauben, das Appeasement gegenüber dem Iran, in dem sich die AfD und die FPÖ im Übrigen mit den ihnen sonst so verhassten ‚Altparteien‘ einig sind, wäre nur motiviert durch wirtschaftlichen Opportunismus. Wenn die USA wirklich Sanktionen auch gegen deutsche Unternehmen einführen, die mit dem Iran Geschäfte machen und Saudi-Arabien Aufträge nicht mehr an deutsche Firmen vergibt, wenn Deutschland am Deal festhält, könnte das ohnehin bald ein wirtschaftlich schlechter Deal auch für Europa werden. Das Appeasement fußt vielmehr zum einen auf der gleichen verbohrt und als charakterliche Tugend hypostasierten ‚Konsequenz‘ wie Gaulands Aussage, deutsche Soldaten müssten an Israels Seite sterben, die unten noch näher behandelt wird. Beim Wunsch nach dem

Festhalten am Irandeeal liegt die tugendhafte Konsequenz darin, man müsse ‚wie ein Mann zu seinem Wort stehen‘. Zum anderen ist sie ideologisch motiviert durch eine Mischung aus Antiamerikanismus und ideologischer Nähe zum politischen Islam, solange dieser im Nahen Osten bleibt, wo er ‚hingehört‘, gemischt mit Kulturrelativismus, der auch in rechten Kreisen verbreitet ist. In gewisser Weise ist das völkerrechtliche Nichteinmischungsprinzip in dieser Konsequenz, wenn auch nicht in seiner Intention, eine Art von weltpolitischer Reproduktion dieses Kulturrelativismus, der jedem Universalismus diametral entgegensteht. Das Verhältnis zum Islam, wenn er in so genannten ‚islamischen Ländern‘ ist, ist ein Streitpunkt auch innerhalb der AfD, der FPÖ und des rechten Spektrums, im Allgemeinen aber stehen sich europäischer Rechtsextremismus und Islamismus ideologisch sehr nahe (vgl. u.a. Peham 2010; Weiß 2017, 16 ff, 221 ff; Salzborn 2017, 87 ff; Schiedel 2017b).

Wie gezeigt wurde, sind die Bekenntnisse zu Israel also weder Solidarität aus Einsicht in die antisemitische Bedrohung in ihrer Gänze, schon weil sie den Lackmustest der Iranbeziehungen nicht bestehen, noch reine, bewusste Whitewashing-Strategie, und schon gar nicht Ausdruck der Abkehr vom Antisemitismus. Dennoch beharren jene, die die Bekenntnisse ablegen, darauf und sagen dabei durchaus richtige Dinge. Was sind sie also, diese proisraelischen Äußerungen?

Gleichgültig, wie es begonnen hat, auf irgendeine Art müssen zumindest die führenden ParteifunktionärInnen heute selbst davon überzeugt sein, FreundInnen Israels und keine AntisemitInnen zu sein. In der Eigenwahrnehmung kein Antisemit zu sein ist ein Leichtes, schrieben doch schon Horkheimer und Adorno in der Dialektik der Aufklärung: „Aber es gibt keine Antisemiten mehr. Sie waren zuletzt Liberale, die ihre antilibérale Meinung sagen wollten.“ (Horkheimer/Adorno 2011, 209)

Es haben sich, wie oben gezeigt, seit 1945 die Erscheinungsformen des Antisemitismus verändert und der israelbezogene Antisemitismus wurde eine immer wichtigere Ausdrucksform des Ressentiments. Weil AntisemitInnen Israel kritisieren, wird die ‚Israelkritik‘ als Inbegriff des Antisemitismus verstanden, nicht nur als eine seiner Erscheinungsformen. Deshalb können Rechte die Sache heute so sehen: AntisemitInnen ‚kritisieren‘, hassen, delegitimieren Israel, wir aber kritisieren Israel nicht mehr und können schon deshalb keine AntisemitInnen sein. Eine klassische Verkehrung der Kausalitäten, denn zwar sind alle unter dem Deckmantel bloßer ‚Israelkritik‘ agierenden AntizionistInnen AntisemitInnen, aber nicht alle AntisemitInnen ‚IsraelkritikerInnen‘.

Es stellt sich also die Frage, auf welche Weise es in der neuen Verschiebung der Ideologie des Antisemitismus gelingt, Israel zumindest soweit aus der jüdischen Weltverschwörung auszuklammern, als deren Zentrale es bisher gesehen wurde, dass es für einen positiven Bezug taugt.

4.2 Identifizierung mit dem Angreifer in der Psychoanalyse und der Kritischen Theorie

Jenseits der gängigen und bekannten Begriffe, die für die Kritische Theorie des Antisemitismus zentral sind und von denen mit der narzisstischen Kränkung, der pathischen Projektion und dem autoritären Charakter oben wesentliche besprochen wurden, ist für die vorliegende Arbeit ein psychoanalytisches Konzept notwendig, mit dem seltener gearbeitet wird, das aber zur Erklärung des Phänomens bestens geeignet ist: die Identifizierung mit dem Angreifer.

Unter den Autoren der klassischen Kritischen Theorie hat insbesondere Adorno wiederholt das Konzept der Identifizierung mit dem Angreifer herangezogen, wenn auch nicht im konkreten Zusammenhang mit dem Antisemitismus oder gar Israel. Zum Beispiel sieht er „in der Affirmation des Bestehenden, die er mit dem von Anna Freud entlehnten Begriff der Identifikation [sic!] mit dem Angreifer beschreibt, das stärkste psychologische Moment für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.“ (Braunstein 2018, 106) Die „von Anna Freud sehr plausibel beschriebene ‚Identifikation mit dem Angreifer‘“, ein „Verdrängungs- und Regressionsmechanismus“ (Adorno 1979, 76), zieht er an einigen Stellen heran, etwa zur Kritik des Begriffs des Positiven in der *Vorlesung über Negative Dialektik* (vgl. Adorno 2007, 32 f), um zu illustrieren, wie die Beziehungen zu Vorgesetzten als Freundschaften verklärt werden (vgl. Adorno 1979, 168) oder um Émile Durkheim für seine „abstrakte[.] Affirmation des [den Individuen, N.S.] vorgeordneten“ (ebd., 251) zu kritisieren. Auch in der zeitgeschichtlichen Forschung zu den (neu-)nationalistischen, völkischen und rassistischen deutschen Bewegungen bis zum Nationalsozialismus findet der Begriff immer wieder Verwendung, etwa wenn Stefan Breuer in seinem Standardwerk über die *Anatomie der konservativen Revolution* damit die Affirmation der Moderne dieser Bewegungen insbesondere in Form der Technik und ihrer zerstörerischer Aspekte beschreibt (vgl. Breuer 1993, 46, 76).

In der Antisemitismusforschung selbst kommt der Begriff selten zur Verwendung; häufiger, wie in den genannten Beispielen, zur Analyse von teilweise antisemitischen AkteurInnen, deren Antisemitismus aber an den jeweiligen Stellen gerade nicht im Fokus steht. Das liegt zu einem Gutteil darin begründet, dass diese spezielle Art von psychischer Abwehrreaktion von

AntisemitInnen bisher kaum, wenn überhaupt, gegenüber Juden und Jüdinnen zu beobachten war. Sie denken und handeln häufig auf eine Weise, die durchaus widersprüchlich sein kann, aber selten in dem Sinn wie beim hier analysierten Phänomen, selten also so, dass Israel zum positiven Bezugspunkt wird. Allgemeiner gesprochen fehlt beim Antisemitismus meist der positive Bezug auf etwas, das als jüdische Autorität angesehen, gefürchtet und gleichzeitig so offen bewundert wird, eben die Identifizierung. Wenn von Rechtsextremen auf Juden und Jüdinnen positiv Bezug genommen wird, geschieht dies meist mit Leuten, die zum Beispiel antizionistische oder antisemitische Positionen vertreten. Weil diese aber keine gefürchtete Autorität darstellen, liegt keine Identifizierung mit dem Angreifer vor, wie in der unten folgenden Erläuterung des Konzepts deutlich werden wird. Im Gegenteil wäre zu diskutieren, ob nicht *bei ihnen*, den antisemitischen oder antizionistischen Juden und Jüdinnen möglicherweise eine Identifizierung mit dem Angreifer vorliegt, doch das ist hier nicht Thema. Es ist meist eher so, dass rechte AntisemitInnen und Rechtsextreme alles Jüdische, inklusive Israel, ablehnen, als bedrohlich wahrnehmen und dämonisieren, ohne dass, und sei er nur oberflächlich, ein positiver Bezug entstünde.

Weil das bei der neuen rechtsextremen Position, die Gegenstand dieser Arbeit ist, nicht der Fall ist, sondern Israel als jüdischer Staat durchaus, zumindest oberflächlich, Objekt positiver Bezugnahme ist und teilweise verteidigt wird, ist es notwendig, die bekannten Wege der Antisemitismusforschung um jenes Konzept der Identifizierung mit dem Angreifer zu ergänzen. Wie sie, ein spezifischer psychischer Abwehrmechanismus, den vorliegenden Fall des positiven Bezugs auf Israel durch AkteurInnen wie AfD, FPÖ und andere fassen kann, wird weiter unten expliziert. Zunächst soll das Konzept im Lichte seiner psychoanalytischen Entstehung und bezüglich einiger Punkte betrachtet werden, die wichtig sind für die Übertragbarkeit auf ein politisches Phänomen wie das Vorliegende.

Einige Vorbemerkungen zu dieser Analogie aus der Psychoanalyse sind vonnöten: Es entbehrt nicht einer gewissen Problematik, psychoanalytische Begriffe, die in der klinischen Praxis am Individuum entwickelt wurden, auf eine mehr oder weniger diffuse Gruppe zu übertragen. Die Erkenntnisse der Massenpsychologie aber ermöglichen es dennoch, das am Individuum Entwickelte in gewisser Weise auf eine Gruppe zu übertragen, weil die Beteiligten *als Teile dieser Gruppe* gleiche oder ähnliche Erfahrungen machen und in Reaktion ähnlich und gleichsam gemeinsam agieren. Die Gruppe wird also durch diese Gemeinsamkeit erst als Gruppe konstituiert und besteht nicht bereits a priori. In der Gruppe verfestigen sich, wie die

Massenpsychologie lehrt, einzelne Positionen unter gewissen Voraussetzungen schnell zum Dogma, sodass eine individuell möglicherweise brüchigere Position in der Masse zur viel weniger hinterfragbaren vermeintlichen Wahrheit wird (vgl. Freud 1972, 82 f). Dass zum Beispiel in den Parteispitzen jene Position häufiger vorkommt, ist eher dem geschuldet, dass natürlich parteiintern Positionen ausgearbeitet werden und man sich austauscht und dies wiederum auf der Grundlage ähnlicher Erfahrung, wenn man davon sprechen kann, und Weltsicht geschieht. Das bedeutet auch, dass die Gruppe an sich relativ flexibel ist, einzelne zu ihr hinzukommen oder sie wieder verlassen können. Weil aber momentan und seit einigen Jahren die quasi-offiziellen Parteipositionen zu Israel genau solche positiven sind, wird für den Moment dieser Teil der Gruppe als relativ beständig angenommen. Insofern muss etwa ein formales Verlassen einer der nominellen Gruppen, etwa einer Partei, nicht notwendigerweise gleichbedeutend sein mit dem Verlassen der Gruppe, deren proisraelische Position analysiert wird. Ein gutes Beispiel hierfür ist Frauke Petry, die die AfD, eine der wesentlichen AkteurInnen der proisraelischen Positionierung von rechts, verlassen hat, deren Position zu Israel sich aber nicht verändert zu haben scheint. Wie sie mit ihrer *Blauen Bewegung* treten auch andere vereinzelt AkteurInnen zu den Kerngruppen hinzu, die nicht den beiden Parteien FPÖ und AfD angehören, aber auf die gleiche Art ihren positiven Bezug auf Israel herstellen.

Die Analyse als Identifizierung mit dem Angreifer beruht also darauf, Aussagen und Handlungen zu betrachten, die in diesem Punkt konsistent sind. In Anlehnung an die Massenpsychologie wird in Abstraktion von den individuellen Positionen das ihnen Gemeinsame betrachtet, das sich als Identifizierung mit dem Angreifer entpuppen wird; das Individuelle, das unterschiedlich sein mag, wird nur an wenigen Stellen einbezogen, wo es relevant ist. Im Laufe der Arbeit wird noch darauf eingegangen, welche Wünsche, Ängste und Erfahrungen hier die vereinigenden sind. Dabei darf aber nicht aus dem Blick geraten, dass es sich eben um eine Analogie handelt, die zum Ziel hat, diese bisher unzureichend erklärte Hinwendung zu Israel zu beleuchten. Diese Methode ist ein wesentliches Merkmal zur Analyse der Massenpsychologie: „Wir würden sagen, der psychische Oberbau, der sich bei den Einzelnen so verschiedenartig entwickelt hat, wird abgetragen, entkräftet und das bei allen gleichartige unbewußte Fundament wird bloßgelegt (wirksam gemacht).“ (ebd., 78) Dies aber ist hier nur Teil der Erklärung für die psychoanalytisch-massenpsychologische Arbeitsweise, es sagt nicht auch aus, dass die Beteiligten notwendigerweise auch in anderen Belangen eine Masse darstellen, wie sie Sigmund Freud und andere analysierten. Es ist damit also vor allem

nicht gesagt, dass die Analyse bruchlos auf die einzelnen Personen umzulegen wäre und es ist durchaus vorstellbar, dass nicht alle hier Angesprochenen individuell AntisemitInnen sind.

Der Begriff der Identifizierung als solcher wurde, wie viele Begriffe der Psychoanalyse, von Sigmund Freud geprägt und wird in der Psychoanalyse unterschiedlich verwendet (vgl. Zepf/Hartmann 2005, 30). Das siebente Unterkapitel seines Textes *Massenpsychologie und Ich-Analyse* von 1921 ist mit „Die Identifizierung“ (Freud 1972, 115) überschrieben, hier widmet er sich ausführlich diesem Phänomen. Die hier geschaffenen Grundlagen behandeln vor allem und beruhen auf frühkindlichen Entwicklungen und deren Analyse: „Die Identifizierung ist der Psychoanalyse als früheste Äußerung einer Gefühlsbindung bekannt.“ (ebd.) Sigmund Freud geht von der Identifizierung mit dem Vater aus, der Knabe „nimmt den Vater zu seinem Ideal.“ (ebd.) Im Laufe der Entwicklung des Kindes entwickelt sich aus dieser Identifizierung der Ödipuskomplex, weil der „Kleine merkt, daß ihm der Vater bei der Mutter im Wege steht; seine Identifizierung nimmt jetzt eine feindselige Tönung an“ (ebd.). Diese Möglichkeit der Feindseligkeit, die aus der Identifizierung entsteht, ist wichtig, weil sie zeigt, dass die Identifizierung, und das wird auch für den Spezialfall der Identifizierung mit dem Angreifer gelten, durchaus negativ für das Objekt der Identifizierung sein kann. Dieses Objekt wird im vorliegenden Fall Israel sein.

Sigmund Freud beschreibt den Unterschied zwischen Identifizierung und Objektwahl anhand des Vaters: Im Falle der Vateridentifizierung „ist der Vater das, was man s e i n, im zweiten [, der Objektwahl, N.S.] das, was man h a b e n möchte.“ (ebd., 116) Hier ist die Identifizierung, wie beschrieben, „die früheste Äußerung einer Gefühlsbindung“ (ebd., 115), sie kann aber auch „bei jeder neu *wahrgenommenen* [Herv. N.S.] Gemeinsamkeit mit einer Person, die nicht Objekt der Sexualtriebe ist, entstehen“ (ebd., 118).

Ohne den Begriff der Identifizierung mit dem Angreifer zu verwenden, beschreibt auch Sigmund Freud bereits 1899 etwas, das darunter zu fassen ist in der Deutung eines seiner eigenen Träume. Nachdem er erfahren hatte, für einen außerordentlichen Professorentitel vorgeschlagen worden zu sein, gleichzeitig aber weiß, dass er, wie zwei Kollegen, aus antisemitischen Gründen nicht berufen werden wird, träumt er, dass der eine der Kollegen ein Schwachkopf, der andere ein Verbrecher sei. Indem er diese Gründe für die Nichternennung seiner beiden Kollegen träumte, die ja auf ihn, anders als der tatsächliche Grund des Antisemitismus, nicht zutrafen, konnte ihm „die Hoffnung ungestört“ (Freud 1982, 124) bleiben, doch ernannt zu werden. Später kommt er zur Identifizierung mit dem Angreifer,

der auch ihn im Visier hat, dem Minister: „Indem ich [im Traum, N.S.] die beiden gelehrten und achtenswerten Kollegen, weil sie Juden sind, so schlecht behandle, den einen, als wäre er ein Schwachkopf, den anderen, als ob er ein Verbrecher wäre, indem ich so verfare, benehme ich mich, als ob ich der Minister wäre, habe ich mich an die Stelle des Ministers gesetzt. Welch gründliche Rache an Seiner Exzellenz! Er verweigert es, mich zum *Professor extraordinarius* zu machen, und ich setze mich dafür im Traum an seine Stelle.“ (ebd., 167; vgl. dazu auch Hirsch 1996, 198) Dass bereits in diesem Frühwerk der Psychoanalyse die Identifizierung mit dem Angreifer, wenn auch nicht als solche bezeichnet, Thema ist, unterstreicht die Relevanz des Konzepts ebenso wie der wiederholte Rückgriff darauf in der Kritischen Theorie.

Begrifflich hat Anna Freud die Identifizierung mit dem Angreifer in ihrem gleichnamigen Kapitel in *Das Ich und die Abwehrmechanismen* (Freud 1990) geprägt; sie hat, wie auch Sándor Ferenczi, allerdings in anderer Weise, in den 1930er-Jahren dazu gearbeitet. Obwohl sie beide mit ähnlichen, teilweise den gleichen Begriffen arbeiteten und sich beide mit Fallbeispielen von Kindern, im Fall Anna Freuds auch von Jugendlichen, beschäftigten, beschreiben sie doch unterschiedliche Phänomene. Ferenczi geht von Beobachtungen über die Auswirkung von „[t]atsächliche[n] Vergewaltigungen von Mädchen, die kaum den Säuglingsalter entwachsen sind, ähnliche[n] Sexualakte[n] von Frauen mit Knaben, aber auch forcierte[n] Sexualakte[n] homosexuellen Charakters“ (Ferenczi 1972, 308) aus. Die Aggression ist hier also „die einer realen massiven Traumatisierung innerhalb einer lebensnotwendigen Objektbeziehung, die diese zu zerstören droht.“ (Hirsch 1996, 201) Das Kind ist der tatsächlichen und überwältigenden Aggression schutzlos ausgeliefert, weil erstens sein Ich noch nicht stark entwickelt ist und es durch den Angriff auch droht, es nicht zu werden, und zweitens, weil der Angriff so mächtig erfolgt. Drittens besteht beim Kind bei Ferenczi durchaus ein Bedürfnis nach Liebe, Zuneigung und Zärtlichkeit, allerdings nichtsexueller Art. Es weiß dann, zusammenfassend ausgedrückt, mit der sexuellen ‚Zuneigung‘, die die beteiligten Erwachsenen im Moment des Angriffs mitunter nicht von der nichtsexuellen unterscheiden, nicht umzugehen. Das Verhältnis von Bedürftigkeit nach Anerkennung durch den Aggressor zu dessen Autorität ist ein anderes, unschuldigeres: Die Autorität ist nicht gefürchtet, sondern nur geliebt (vgl. Ferenczi 1972, 308 ff). Das macht es viel schwieriger für das Kind als Opfer des tatsächlich traumatisierenden schweren sexuellen Angriffs, mit der Aggression, die es anstelle

der erwarteten Zuneigung erfährt, umzugehen und hinterlässt auch schwere psychische Langzeitfolgen.

Anders bei Anna Freud. In ihrem Text „Identifizierung mit dem Angreifer“ (Freud 1990, 85) von 1936 sind die meisten der Angriffe eher harmlos, zum Teil sind sie selbst auch Reaktion auf Fehlverhalten des Kindes oder Jugendlichen (vgl. Hirsch 1996, 201). Sie benennt die Identifizierung als eine der „Abwehrgewohnheiten des Ichs“ (Freud 1990, 85), die aber komplex ist: Sie wird „das eine Mal nach innen, das andere Mal nach außen hin gebraucht“ (ebd.) und „ergänzt sich durch ein anderes Abwehrmittel, durch die Projektion der Schuld“ (ebd., 92) an einem Vergehen, die das Ich verdrängt. Diese Kombination wird wesentlich für die vorliegende Arbeit werden. Die Kinder bei Anna Freud identifizieren sich mitunter auch bereits mit einem Angreifer, dessen Aggression (noch) gar nicht stattgefunden hat und nur antizipiert wird. Diese Antizipation beruht zwar unter Umständen auf Erfahrung, in keinem der von Anna Freud beschriebenen Fälle aber kann von einer ähnlichen Schwere des Angriffs auf ein ähnlich unschuldiges und wehrloses Opfer und auch nicht von einer ähnlich schweren Traumatisierung und sonstigen entsprechend negativen psychischen Folgen für die Entwicklung des Selbst und der Ich-Stärke des Kindes gesprochen werden wie bei Ferenczi.

Aus diesen Gründen, insbesondere aufgrund der Antizipation des Angriffs, seiner vergleichsweisen Schwäche und weil Anna Freud sich viel mehr mit den Umgangsweisen des Ich und Über-Ich mit dem Angriff auseinandersetzt als Ferenczi, wird für die Analogie der Identifizierung mit dem Angreifer zur Analyse der proisraelischen Positionierung von Rechten und Rechtsextremen die Konzeption der Identifizierung mit dem Angreifer nach Anna Freud herangezogen. Sie ist darüber hinaus auch näher als er an der oben beschriebenen Traumdeutung Sigmund Freuds. Die zwar unter dem gleichen Begriff firmierende, aber inhaltlich etwas anderes meinende Konzeption Sándor Ferenczis trifft den hier behandelten Gegenstand nicht und soll deshalb in weiterer Folge außen vor bleiben.

Anhand von Situationen, in denen Kinder und Jugendliche Angst haben vor einer tatsächlichen oder vermeintlichen Autorität und deren Strafe, Rüge oder Kritik, die ihnen als Aggression entgegentritt, darunter Lehrer, Geister, Ärzte, Mütter und die Haushälterin eines Kinderheimes, schildert Anna Freud, wie diese Kinder aggressiv werden. Zu unterschiedlichen Graden imitieren sie dabei Eigenschaften, die sie an der gefürchteten Autorität sehen: Ein Junge etwa erwidert den Tadel des Lehrers mit Grimassen, die sich als unerkannte Imitation des Gesichtsausdrucks des Lehrers beim Schimpfen erweisen (vgl. ebd., 85 f). Ein anderer wird

bei der Thematisierung seiner Onanie aggressiv gegen Eltern, Großmutter, Analytikerin und wahllose Gegenstände. Er hat die Erfahrung gemacht, dass, wenn Erwachsene Onanie bei Kindern entdecken, Strafe droht. Wenn er also seine aktuelle und vergangene Sexualbetätigung der Analytikerin eingestehen würde, würde er, so glaubt er, bestraft, und verhält sich, um das ‚Eingeständnis‘ zu umgehen, aggressiv, wie er es von der Autorität der Erwachsenen erwartet. Die Aggression verschwindet, als er es einmal geschafft hat, das ‚gefährliche Material‘ mitzuteilen und die erwartete Strafe ausblieb (vgl. ebd., 89 f). Anna Freud führt noch eine Vielzahl weiterer Beispiele an, deren ausführliche Schilderung diesen Rahmen sprengen würde. Darunter finden sich einige, die vom Versuch gespeist sind, die eigenen Sexualtriebe – sie äußern sich häufig in Onanie, die verpönt und doch fast unumgänglich ist – zu leugnen oder zu unterdrücken und sich und anderen nicht einzugestehen, dass man ihnen nachgibt. Wenn auch der Antisemitismus andere, nämlich gesellschaftliche Ursachen hat als das Bedürfnis nach sexueller Befriedigung, bringt er doch den AntisemitInnen auf eine gewisse Art Lustgewinn. Es ist, nicht unähnlich der Onanie, sehr schwierig, von ihm zu lassen oder auch nur, zumindest für die meisten Menschen im Westen, ihn sich selbst und anderen einzugestehen. Das meint der bereits zitierte Satz von Horkheimer und Adorno: „Aber es gibt keine Antisemiten mehr. Sie waren zuletzt Liberale, die ihre antiliberalen Meinung sagen wollten.“ (Horkheimer/Adorno 2011, 209)

Eine wichtige Grundlage für die Identifizierung mit dem Angreifer ist die „Wendung von der Passivität zur Aktivität für die Verarbeitung unlustvoller und traumatischer Erlebnisse des infantilen Lebens“ (Freud 1990, 88). Diese hat Sigmund Freud bereits in *Jenseits des Lustprinzips* behandelt (vgl. Freud 1972, 14 f). „Das Kind introjiziert etwas von der Person des Angstobjekts und verarbeitet auf diese Weise ein eben vorgefallenes Angsterlebnis. [...] Mit der Darstellung des Angreifers, der Übernahme seiner Attribute oder seiner Aggression verwandelt das Kind sich gleichzeitig aus dem Bedrohten in den Bedroher“ (Freud 1990, 88). Wesentlich am Antisemitismus ist unter anderem, wie sich durchweg beobachten lässt, dass sich seine TrägerInnen als Opfer begreifen, die antisemitische Aggression sich ihnen also als genau solcher Schritt von der Passivität in die Aktivität, als Selbstverteidigung darstellt.

Die Identifizierung mit dem Angreifer, die sich in Imitation äußert, beruht auf Angst vor der strafenden Autorität, von der (potentiell) Rüge oder Gewalt ausgeht, gleichgültig, ob diese schon stattgefunden hat oder antizipiert wird. Hier liegt zugrunde, dass das sich identifizierende Objekt ahnt oder glaubt, dass es sich etwas zuschulden kommen lassen hat,

das mindestens in den Augen der betreffenden Autorität, eventuell auch in den Augen anderer und seiner selbst, verwerflich ist. Es muss diese Schuld aber abwehren, sei sie eine vermeintliche, wie im Fall des onanierenden Jungen, oder eine tatsächliche. Denn sie einzugestehen, würde erstens, so die Erwartung, die Strafe (von Neuem) zeitigen, und müsste zweitens zu Selbstkritik führen. Indem geleugnet wird, dass die Schuld überhaupt besteht, versucht das Subjekt der Identifizierung also sowohl der Strafe zu entgehen als auch der ansonsten notwendigen Selbstreflexion und -kritik zu entkommen. Genau daher speist sich die (voraussetzende) Aggression, gleichgültig, gegen wen oder was sie sich richtet. Das Eingeständnis wird umso schwieriger, je stärker das Vergehen tabuisiert ist: Der offene Antisemitismus ist ein starkes Tabu, die Onanie war es wohl auch zu der Zeit, in der Anna Freud ihre Analysen anfertigte. Beide sind außerdem starke Bedürfnisse. Diese Kombination aus dringendem Bedürfnis mit dem starken Tabu, dem es unterliegt, wird sich weiter unten noch als wichtig für die Analyse herausstellen.

Die Angst vor der Strafe wird also abgewehrt, indem die Patienten auf Kritik oder drohende Gefahr von der Autorität damit reagieren, dass sie das Urteil, das von der Autorität über sie gesprochen oder von ihnen antizipiert wird, übernehmen, seinen Anlass aber gleichzeitig nach außen projizieren. Das Subjekt identifiziert sich voll mit diesem Urteil und wendet es gegen die Außenwelt zurück. [...] Strafandrohung und Vergehen sind auch nach der Introjektion der Kritik noch nicht im Innern des Individuums zusammengetroffen. In demselben Augenblick, in dem die Kritik nach innen verlegt wird, verschiebt sich das Vergehen in die Außenwelt. Das heißt aber: die Identifizierung mit dem Angreifer ergänzt sich durch ein anderes Abwehrmittel, durch die Projektion der Schuld.

(ebd., 92)

Im Fall des positiven Bezugs auf Israel von rechts besteht die vermeintlich oder tatsächlich abzuwehrende Schuld im Antisemitismus, darunter, aber nicht auf sie beschränkt, die Israelkritik. Wohin bzw. auf wen sie projiziert wird, wird auch noch deutlich werden.

Ein Ich, das mit Hilfe dieses Abwehrmechanismus diesen speziellen Entwicklungsweg durchmacht, introjiziert die kritisierenden Autoritäten als Über-Ich und ist imstande, seine verbotenen Regungen nach außen zu

projizieren. Ein solches Ich ist intolerant gegen die Außenwelt, ehe es streng gegen sich selber wird. Es erlernt, was verurteilt werden soll, schützt sich aber mit Hilfe dieses Abwehrvorgangs gegen die Unlust der Selbstkritik. Das Wüten gegen den Schuldigen in der Außenwelt dient ihm als Vorläufer und Ersatz des Schuldgefühls. Es steigert sich automatisch, wo die Selbstwahrnehmung der eigenen Schuld sich steigern will. Diese Zwischenphase der Über-Ich-Entwicklung entspricht einer Art Vorstufe der Moral. Die wirkliche Moral beginnt, wenn die verinnerlichte Kritik als Über-Ich-Forderung auf dem Boden des Ichs mit der Wahrnehmung des eigenen Vergehens zusammentrifft. Die Strenge des Über-Ichs wendet sich von da an nach innen statt nach außen, die Intoleranz nach außen ermäßigt sich damit. Aber das Ich hat von diesem Entwicklungsstadium an die größere Unlust zu ertragen, die Selbstkritik und Schuldgefühl in ihm erzeugen.

Es ist möglich, daß manche Individuen auf dieser Zwischenstufe der Über-Ich-Bildung stehenbleiben und die Verinnerlichung des Vorgangs nie ganz zustande bringen. Sie bleiben dann in der Selbstwahrnehmung besonders aggressiv gegen die Außenwelt.

(ebd. f)

Das körperliche Vorbild der Identifizierung ist nach Freud die Einverleibung, die drei Bedeutungen hat: „sich Lust verschaffen, indem man das Objekt in sich eindringen lässt; dieses Objekt zerstören; sich die Qualitäten dieses Objekts aneignen, indem man es in sich aufbewahrt.“ (Laplanche/Pontalis 1994, 128) In der Identifizierung geht es also nie ums Objekt der Identifizierung, in unserem Falle Israel, sondern immer um den psychischen Nutzen ihres Subjekts.

4.3 Israel als Angreifer

Voraussetzung für die Identifizierung mit dem Angreifer ist es, dass das sich identifizierende Subjekt in Israel einen Angreifer sieht. Dass diese Voraussetzung erfüllt ist, wird im Folgenden am Beispiel der FPÖ gezeigt, ist aber, wie ebenfalls gezeigt wird, auch für andere AkteurInnen der Fall. Israel wird zunächst Autorität zugeschrieben – eine antisemitische Zuschreibung, die in ihrer Unbestimmtheit antisemitischen Ideologemen nahesteht wie jenem von der

einflussreichen jüdischen Lobby oder dem, dass Israel durch den ‚Schuldskult‘ und die ‚Holocaustindustrie‘ Deutschland und Österreich unterjochte und daraus Gewinn schlage. Die Autorität, die Israel auf antisemitischer Grundlage zugeschrieben wird, bewahrheitet sich in den Augen der FPÖ-Führung etwa im Chor der Kritik und des internationalen Boykotts, die der ersten schwarz-blauen Regierung Österreichs im Jahr 2000 entgegengeschlagen sind: Die EU verhängte Sanktionen, die USA bestellten ihren Botschafter zur Konsultation ein; Israel zog den seinen gleich ganz ab und verhängte ein Einreiseverbot gegen Jörg Haider.

Israel erscheint der FPÖ als Speerspitze der „jüdischen Organisationen“ (profil-Redaktion 2002), von denen angenommen wird, dass sie hinter der Isolation gestanden hätten. Das kann man auch wissen, ohne den jüdischen ehemaligen FPÖ-Politiker Peter Sichrovsky zu zitieren, der Jörg Haider nach ihrem Zerwürfnis genau das vorwarf (vgl. ebd.). Heute ist wieder eine israelische Botschafterin in Wien, aber Israel boykottiert nach wie vor die FPÖ und freiheitlich geführte Ministerien (vgl. Der Standard 2018c).

Die Aggression, die als Reaktion auf die Identifizierung mit der wahrgenommenen Aggression entsteht, kann sich, wie oben diskutiert, gegen den Angreifer richten, ungerichtet als Imitation der Aggression der Autorität in Erscheinung treten oder sich gezielt auf ein anderes Objekt richten, wie in Kapitel 4.2 ausgeführt wurde. Die Rechten, die ihre Ablehnung der ‚Israelkritik‘ über die Identifizierung mit dem Angreifer von Israel übernommen haben, richten dieses Urteil gegen jene, die ohnehin schon die Objekte anderer Ressentiments und/oder ihre politischen GegnerInnen sind. Sie bieten in dieser Situation den ganz eindeutigen Vorteil, sich als Projektionsfläche geradezu ideal anzubieten: insbesondere ‚die Muslime‘ und, im Falle der FPÖ, etwa ‚die SPÖ‘ (vgl. z.B. FPÖ Parlamentsklub 2014a), allgemein ‚die Linken‘. MuslimInnen bieten sich als falsche Verallgemeinerung an, weil islamischer Antisemitismus, der sich auch als ‚Israelkritik‘ äußert, eine seiner vernehmbarsten Formen ist. Insofern der islamische Antisemitismus des Dihad – der tendenziell auf MuslimInnen personalisiert wird – die postnazistischen Länder Deutschland und Österreich mit der eigenen Vergangenheit konfrontiert, liegt es nahe, ihn zur Abwehr dieser Vergangenheit und, sofern vorhanden, auch des eigenen gegenwärtigen Antisemitismus, *nur* an ‚den Muslimen‘ zu sehen und jene, die den islamischen Antisemitismus leugnen, so bloßzustellen (vgl. Scheit 2017, 169 f). Und die Liste der ‚israelkritischen‘ Vorkommnisse in der SPÖ ist lang. Zum Beispiel sitzt für sie Omar Al-Rawi im Wiener Gemeinderat, der 2010 auf einer antisemitischen Demonstration gegen das Aufbringen der sogenannten Gaza-Flotille rund um die *Mavi Marmara* durch die israelische

Marine eine Rede hielt und jedes Kriterium der antisemitischen ‚Israelkritik‘ erfüllt. Entsprechend prominent kommt er in den diesbezüglichen Äußerungen der FPÖ vor. Daran, dass das zurecht so ist, ändert sich auch nichts dadurch, dass die Kritik der FPÖ auf der Projektion des Antisemitismus aus den eigenen Reihen beruht. Gleiches gilt für Linke – es lassen sich zahllose Beispiele für linken Antisemitismus in unterschiedlichen Gewändern finden (vgl. z.B. Salzborn 2018, 83 ff).

Allein die Tatsache, dass diese Kritik von rechts an Linken und MuslimInnen auf Projektion beruht, heißt im Umkehrschluss nicht, dass die Kritik nicht berechtigt sein kann und es häufig ist. ‚Die Muslime‘ ist selbstverständlich ebenso eine falsche Verallgemeinerung wie ‚die Linken‘, aber sowohl unter MuslimInnen als auch unter Linken sind der Antisemitismus und die ‚Israelkritik‘ als sein Ausdruck weit verbreitet. Aufgrund seiner Vehemenz, weil er kaum postnazistisch moderiert ist, weil er so einen breiten Konsens darstellt und ihm nicht adäquat entgegengetreten wird, ist der islamische Antisemitismus heute wohl sogar als die unmittelbar gefährlichste Form des Antisemitismus zu bezeichnen – am stärksten allerdings außerhalb von Europa und eben nicht so, wie es FPÖ, AfD und Co tun. Doch auch in europäischen Ländern geht ein nicht zu unterschätzendes Bedrohungspotential von islamisch motivierten AntisemitInnen aus, wie immer wieder antisemitische Übergriffe, Parolen und Terroranschläge von Muslimen mit Verbindungen zu djihadistischen Gruppen oder unter expliziter Berufung auf den Islam zeigen. Darunter sind, nur unter anderem, die Demonstrationen in Deutschland während des Gazakrieges 2014, der Anschlag auf das jüdische Museum in Brüssel im Mai desselben Jahres oder der Anschlag auf das Satiremagazin *Charlie Hebdo* und einen koscheren Supermarkt im Januar 2015 in Paris zu zählen.

Den Rechten jedoch ist der Antisemitismus vor allem dann wirklich ein Thema, wenn er sich als Aufhänger für das innenpolitische Rollenspiel anbietet, meist wenn er, zurecht oder nicht, mit Migration verknüpft werden kann und vor allem nur dann, wenn er sich in Deutschland, Österreich oder Europa Bahn bricht. Deshalb ist es diesen Leuten auch möglich, gegen islamischen Antisemitismus in Europa Stellung zu beziehen, wenn Israelfahnen am Brandenburger Tor verbrannt werden, und gleichzeitig am Dialog mit dem iranischen Regime festzuhalten, wohl der wesentlichste antisemitische islamische Player der Gegenwart. Die Syrienreise einiger AfD-Funktionäre im März 2018 (vgl. Weiland 2018), die dort sowohl säkulare als auch religiöse Antisemiten getroffen haben, ist so ebenso zu erklären wie jene

von den AfD-Mitgliedern und Kandidaten Reimond Hoffmann und Nicolai Reza Boudaghi Vandchali nach Teheran im Februar 2017 (vgl. Hoffmann 2017; vgl. Moussavi 2017).

Der offensichtliche Widerspruch zwischen der außenpolitischen Anbiederung an AntisemitInnen und der innenpolitischen Verurteilung spezifischer AntisemitInnen erscheint ihnen nicht als solcher, sondern trägt dem Rechnung, was mit der Philosophin Isolde Charim die Ideologie von der vollen Identität und mit dem Psychoanalytiker Sama Maani im Anschluss daran die Islamneidthese genannt werden kann:

Rechtsextreme, aber auch manche Linke, neiden den IslamistInnen diese volle Identität, das – angebliche – volle Aufgehen in der Gemeinschaft. Ob es dann die deutsche Volksgemeinschaft oder die islamische Umma ist, spielt keine Rolle, und da gibt es ja auch Überschneidungen: Man könnte sagen, die Moslems werden dafür beneidet, dass sie die besseren AntisemitInnen sein könnten, dass patriarchale Strukturen, Homophobie und kulturelle Homogenität im Islam in islamischen Kollektiven besser gelebt werden könnten. Das ist natürlich Projektion und Wunschvorstellung, diese Gemeinschaften sind immer imaginär.

(Sama Maani, Interview, zit. n. Schreiter/Staritz 2017, 212)

Die Ablehnung von als MuslimInnen bezeichneten AusländerInnen und Menschen in Europa, die laut den Rechten Ausländer sein sollten, erwächst nicht zuletzt daraus, dass sie ihnen *hier*, so das Verständnis, Konkurrenz machen in den gemeinschaftsideologischen Angeboten. Weil diese Gemeinschaften, und zwar von islamischen IdeologInnen ebenso wie von rechtsextremen EuropäerInnen aber als gemeinschaftlich-idyllisch, antiliberal und antiwestlich gesehen werden, sind sie ihnen, solange sie dort bleiben, wo sie in der ethnopluralistischen, vulgo: rassistischen Weltsicht hingehören, durchaus Partner im regressiven, antiliberalen, antiwestlichen Gemeinschaftsprojekt (vgl. dazu z.B. Salzborn 2018, 139 ff; Schiedel 2010; Schiedel 2017b).

Doch zurück zur Identifizierung: Diese Parteien und vereinzelte Gruppen und Individuen wollen also (wie) Israel sein, was als Reaktion auf die (antizipierte) Kritik zu verstehen ist, die Israel, dem Autorität zugeschrieben wird, an ihnen übt. Charakteristisch für diese Reaktion auf Kritik ist eine verdrängte Schuld, die sich so äußert, dass alles darangesetzt wird, sich selbst und der Außenwelt zu zeigen, dass die Schuld nicht bestünde, eben indem sie projiziert wird.

Die zu verdrängende Schuld besteht im eigenen Antisemitismus, der, auch, wenn nicht alle individuell AntisemitInnen sind, in Teilen der Parteien jedenfalls besteht und ihre Ideologie grundiert. Das Urteil der Autorität, das sich gegen sie selbst richtet, wird verinnerlicht, aber im selben Moment das Vergehen, aufgrund dessen das Urteil gesprochen oder antizipiert wird, nach außen gewendet. Es führt also, zumindest zunächst, nicht zu Selbstkritik, wie in Kapitel 4.2 ausgeführt wurde. Dieser psychische Mechanismus erklärt die Möglichkeit der Gleichzeitigkeit von eigenem Antisemitismus bzw. dem Fehlen einer klaren roten Linie gegen Antisemitismus in den eigenen Reihen und der zutreffenden Kritik des Antisemitismus von spezifischen Anderen.

Die Identifizierung mit dem Angreifer und die vermeintliche und immer prekäre und provisorische Exklusion Israels aus dem Antisemitismus als Ausnahmejude finden sich nicht nur bei der FPÖ, sondern auch bei der AfD, einzelnen PEGIDA-DemonstrantInnen, die mit Israelfahnen herumlaufen, und anderen, weil die Identifizierung mit dem Angreifer auch auf einem antizipierten Angriff beruhen kann, dieser also noch gar nicht stattgefunden haben muss. Die israelische Kritik an der AfD beschränkt sich bislang auf relativ passiven Boykott. Man ahnt aber wohl in der AfD, dass jene Kritik des offiziellen Israel, die die FPÖ trifft, auch sie treffen würde, wenn sie denn wichtig genug wäre, dass sich Israel zu ihr expliziter äußerte. Netanyahu verlor nach der letzten Bundestagswahl, als er Merkel zum Wahlsieg gratulierte, kein Wort über den Einzug der AfD und der israelische Botschafter in Berlin Jeremy Issacharoff verweigert den Kontakt. Dies kann bereits ausreichen, um als Angriff verstanden zu werden und wird umso eher zur Identifizierung führen, je gefürchteter die Autorität ist, die Israel zugeschrieben wird, also je gefestigter der Antisemitismus erstens in dieser Form ist, und je größer zweitens das Tabu, mit dem er belegt ist.

Es besteht nun die Frage, wie es diesen Leuten gelingt, trotz des Antisemitismus, der Israel immer als ‚Juden unter den Staaten‘ inkludiert, das Land zumindest soweit aus der Zielgruppe der Ideologie auszuschließen, dass der Wunsch entsteht, wie es zu sein.

4.4 Der Doppelcharakter Israels: ‚Jude unter den Staaten‘ und ‚Ausnahmejude‘

In der Hochzeit des Nationalismus in Europa war der Kern des antisemitischen Vorwurfs an den Zionismus, die Juden wären außerstande einen funktionierenden Nationalstaat aufzubauen und wenn, wäre dieser die Zentrale der jüdischen Weltverschwörung, wie in Kapitel 2.3.1 dargestellt. Seit den 1990er-Jahren heißt es, die Welt befände sich in einem

postnationalen Zeitalter und der Nationalismus und der starke Nationalstaat seien anachronistisch. Dieser Paradigmenwechsel erkennt, dass der moderne Nationalstaat, der im besten Fall die formale Freiheit und Gleichheit seiner Bürger und gleichzeitig die über das Kapital vermittelte Herrschaft und Unfreiheit garantiert, nach wie vor die einzige souveräne Instanz ist. Diese Souveränität drückt sich im Gewaltmonopol aus (vgl. z.B. Paschukanis 2013, 109 ff).

Mit dem Paradigmenwechsel hat sich aber auch das Ressentiment gegen Israel gewandelt, zuerst wohl von links: Israel wird jetzt als nationalistische Nation im Postnationalismus gesehen, und weniger als ‚künstlich‘ Nation gewordene Inkarnation des Antinationalismus im nationalen Zeitalter, die gegen den Zeitgeist der globalisierten Welt verbohrte und verstockt an seiner nationalen Verfasstheit festhalte: Mit zwar bis heute nicht klar gezogenen, aber dennoch gut verteidigten Grenzen, einem starken, schlagkräftigen Militär, Wehrpflicht und, so der Vorwurf vor allem von links, dem angeblichen Ziel einer ethnisch homogenen, jüdischen Bevölkerung, als das seine Konstitution als Staat der Juden missverstanden werden will. Israel sei, so der Vorwurf, als solcher Staat aus der Zeit gefallen. Die Gewalt, die Staat immer bedeutet, wird verdrängt und auf Israel projiziert, das sich aufgrund seiner Situation dafür insofern anbietet, als es tatsächlich ein starkes, präsenten Militär hat und braucht. Das wird Israel zum Vorwurf gemacht.

All diese Eigenschaften, die Israel durch ca. 50 Jahre sogenannte Israelkritik als exklusive angedichtet wurden, lehnt die Linke, so sie sie glaubt, ab; einige Rechte hingegen bewundern sie und neiden sie dem Staat der Juden.

Besonders deutlich wird das anhand der Begeisterung für das israelische Militär, das zwar nicht exklusiv, aber auch in rechten Zeitschriften bejubelt wurde etwa für seine Leistungen im Sechstagekrieg. Dass dem oft Projektion, Neid und gekränkter Täterstolz zugrunde liegen, zeigen etwa die bereits zitierten Bezeichnungen „Blitzkrieg“ (Riebe 2012, 17) für den Sechstagekrieg oder „Wüstenfuchs“ (ebd.) für Moshe Dayan, den damaligen israelischen Verteidigungsminister.

Israel werden so Eigenschaften zugeschrieben, die denen, die in Europa heute auf ‚Volkssouveränität‘ pochen und sie gegen die ‚Eliten‘ verteidigen wollen, attraktiv und beneidenswert erscheinen. Diese Sicht auf Israel ist zu einem gewissen Maße der Tatsache geschuldet, dass die alte Behauptung, die Juden wären aufgrund ihres Wesens gar nicht in der

Lage, einen Staat aufzubauen und zu betreiben, durch die erfolgreiche Gründung Israels und sein Bestehen bis heute ‚widerlegt‘ wurde. Weil aber der Antisemitismus nach wie vor virulent ist und in ihm auch der Vorwurf, die Juden könnten nicht arbeiten, sondern nur raffen und schmarotzen, wird Israel aus diesem Bild von den Juden gewissermaßen ausgeschlossen. Es nimmt heute bei diesen Rechten, die von Israel positiv sprechen, auch die Funktion dieses Ausnahmejuden ein, ein Befund, den Bernd Marin bereits 1979 für das Nachkriegsösterreich wie folgt beschrieb:

Durch ein positiveres Israelbild wird jedoch praktisch keine Meinungsänderung über ‚die Juden‘ bewirkt. Entweder werden die beiden Klischees voneinander isoliert und bestehen unvermittelt nebeneinander fort, oder das negative Judenstereotyp wird in einem negativen Israelbild einfach fortgesetzt. [...] Für die meisten Österreicher scheinen ‚die Israelis‘ eine Art ‚nichtjüdischer Juden‘, gleichsam eine weitere und auf nationale Ebene erweiterte Kategorie des immer schon tolerierten ‚Ausnahme-Juden‘ zu repräsentieren.

(Marin 2000, 128 Herv. i.O.)

Wenn Strache gleichzeitig antisemitische Karikaturen auf Facebook teilt und sich beharrlich weigert, den darin enthaltenen Antisemitismus zu erkennen, aber, darauf angesprochen, von seinen Kontakten nach und Besuchen in Israel berichtet, ist Israel, der jüdische Staat, genau das: Die geopolitische Reproduktion des Ausnahmejuden, des ‚jüdischen besten Freundes‘, den nahezu jeder Antisemit hat. Die vielzitierten Kontakte nach Israel sind hier das „meinst-bester-Freund“-Klischee[.], das menschliche Erfahrung simuliert, ohne sie recht zu verwirklichen“ (Adorno 1973, 133), weil es auf dem Antisemitismus fußt, unter dem auch der Ausnahmejude wahrgenommen wird: Strache spricht von Israel regelmäßig in Reaktion auf Antisemitismusvorwürfe, die ‚Erfahrungen‘, auf die er sich bezieht, hat er quasi extra dafür, wenn auch nicht unbedingt intentional, gesammelt. Er ‚beweist‘ damit aber nicht nur oder vor allem anderen, kein Antisemit zu sein, sondern in erster Linie sich selbst.

Für die Identifizierung mit Israel als Angreifer ist es wesentlich, dass Israel *auch* als ‚Ausnahmejude‘ erscheint, der vom Antisemitismus vermeintlich ausgenommen ist. Diese Voraussetzung der so gearteten Wahrnehmung Israels für die Identifizierung, die durchaus mit einer anderen Wahrnehmung in unvermitteltem Widerspruch stehen kann, ohne dass der

logische Widerspruch die Ideologie beeinträchtigen würde, bedeutet, dass Israel, der jüdische Staat, aus der ‚jüdischen Weltverschwörung‘ insofern ausgenommen werden muss, als er als starker, idealerweise völkischer Staat gesehen und als solcher eben, oberflächlich, nicht als Teil der „Gegenrasse“, des „negative[n] Prinzip[s] als solches“ (Horkheimer/Adorno 2011, 177) erscheint, sondern als ‚Nation unter Nationen‘, tendenziell sogar als bessere.

Das Bild Israels, an das sich die Identifizierung haftet, ist also doppelt charakterisiert: Es ist einerseits Stellvertreter für ‚den Juden‘ – daher die Zuschreibung von Autorität, deren Strafe gefürchtet ist und die eine Voraussetzung für die Identifizierung mit dem Angreifer darstellt – und andererseits die Ausnahme vom ‚Juden‘, die die zweite Voraussetzung schafft, jene für die Möglichkeit des positiven Bezugs. Solcherlei logische Widersprüche darin, wofür Juden im Antisemitismus stehen, sind ihm alles andere als fremd, die Ideologie ist geradezu davon gekennzeichnet, sich über sie schlicht hinwegzusetzen.

5 Momente der Identifizierung

Die These, dass die proisraelischen Positionierungen von Rechten und Rechtsextremen Ausdruck einer Identifizierung mit dem Angreifer sind, soll im Folgenden anhand einiger wichtiger solcher Äußerungen im Wortlaut und deren Kontext exemplifiziert werden. Im Sinne der drei Bedeutungen der Einverleibung, des körperlichen Vorbilds der Identifizierung – Lustgewinn des Subjekts, Zerstörung des Objekts und Aneignung seiner Eigenschaften (vgl. Laplanche/Pontalis 1994, 128) – ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass Israel, das Objekt in der vorliegenden Identifizierung mit dem Angreifer keine eigenständige Rolle spielt. Natürlich wird Israel nicht dadurch zerstört, dass sich AfD, FPÖ oder PEGIDA-AnhängerInnen mit ihm identifizieren. Für sie aber ist die Möglichkeit der Zerstörung mit der Identifizierung schon akzeptiert, wie etwa die Positionen zum Iran zeigen. Die narzisstische Identifizierung mit dem Angreifer kulminiert also in der Vernichtung des Objekts in dem Sinne, dass es für das Subjekt seine Eigenständigkeit und seine Bedeutung verliert, weil seine Qualitäten auf das Subjekt übergegangen seien.

5.1 Neue deutsche Helden und die Verdrängung von Auschwitz

In der Rede, die Alexander Gauland im April 2018 anlässlich des 70-jährigen Bestehens des Staates Israel im deutschen Bundestag hielt, sagte er unter anderem, Deutschland sei nach zwei Weltkriegen „ein postheroisches, in gesicherten Grenzen lebendes Land. Israel aber muss jeden Tag neu um seine Existenz und Anerkennung in einer feindlichen Umwelt ringen.“

(Deutscher Bundestag 2018, 2623) So weit, so richtig. Später wiederholte er, was er schon öfter gesagt hatte: Die Sicherheit Israels zur deutschen Staatsraison zu erklären bedeute, im Ernstfall an Israels Seite zu kämpfen und auch zu sterben. Diese Worte, auf die Gauland wohl aufgrund ihrer heldenhaften Konsequenz – ein Deutscher steht zu seinem Wort, und wenn er dafür in den Tod geht – stolz ist, sind in Kombination mit seinem Wunsch zu betrachten, wieder stolz auf die deutschen Soldaten zweier Weltkriege sein zu können. Diese, inklusive der Shoa, waren also im Umkehrschluss heroische Akte, die Soldaten die Helden aus den besseren Zeiten, als Deutschland noch kein postheroisches, gebrochenes Land war. Die prospektive Aufopferung, die gründliche Konsequenz aus der Staatsraison, an Israels Seite zu sterben, ist deshalb zu deuten als der verschobene Ausdruck des Wunsches nach neuen deutschen Heldentaten, der sich ausdrückt in der soldatischen Tugend, bereit zu sein, für den Staat und seine Raison d’Être zu sterben. Es geht also Gauland heute nicht um Israel, den „Fremdkörper“ (Gauland 2001), der „arabisches Land besetzt“ (Gauland 2003) halte, wie er Anfang des Millenniums schrieb, sondern nun kommt die Identifizierung zum Tragen: Gauland hätte gern, dass Deutschland sich verteidigen müsste, wie es Israel muss, weil dann den deutschen Heroen das Feld offen stünde (vgl. dazu auch Valdivia 2018).

Ginge es um Israel, müsste Gauland zur Kenntnis nehmen, dass seine Konsequenz unangebracht ist: Israel hat mit anderen als den eigenen SoldatInnen schlechte Erfahrungen gemacht und ist weder daran interessiert noch darauf angewiesen, dass deutsche Helden an seiner Seite sterben (vgl. Schippmann 2017). Seine Konsequenz dient nur der Imitation dessen, was er in Israel, das ihm Autorität ist und mit dem er sich an Deutschlands Stelle deshalb identifiziert, sieht: einen heroischen Staat. Wie die Bedeutungen der Einverleibung als Vorbild der Identifizierung zeigen, geht es bei der Identifizierung nie um ihr Objekt, sondern immer nur um ihr Subjekt, hier: Gauland, stellvertretend für das neue heroische Deutschland.

Doch nicht nur das: Was dem allzu positiven Bezug auf Deutschland, dem deutschem Nationalismus, wie ihm Gauland und seine Geschwister im Geiste gerne frönen würden, ganz zu recht vor allem im Wege steht, ist das, was solche Leute meist als ‚die deutsche Vergangenheit‘ oder ‚dunkle Kapitel der deutschen Geschichte‘ bezeichnen, weil ihnen nicht einmal das über die Lippen kommt: Auschwitz, das für die deutsche Vernichtung der europäischen Juden und Jüdinnen steht, die Shoa. Die gesamte Vergangenheitsbewältigungspolitik dieser Rechten, sei es der FPÖ oder der AfD, ist darauf ausgerichtet, unter die deutschen und österreichischen Menschheitsverbrechen den viel

diskutierten Schlusstrich zu ziehen, der heute die Form annimmt, eine behauptete Fixierung auf die 12 Jahre Nationalsozialismus aufbrechen zu wollen. Auschwitz, dieses Hindernis für den ungebrochen positiven Bezug auf die eigene, deutsche Geschichte muss irgendwie beseitigt werden. Hierfür bietet sich kaum etwas besser an als sich mit demjenigen Staat zu identifizieren, der von Auschwitz so frei ist wie kein anderer: Israel. Wenn es gelingt, Deutschland mit Israel zu identifizieren, ist Auschwitz plötzlich kein Thema mehr und für die neuen deutschen Helden, die Gauland herbeiwünscht, ist der Weg ebenso frei wie für den ungebrochen positiven Bezug auf die deutsche Geschichte als Heldensaga.

5.2 Kollektivschuld

Bereits in seiner Verurteilung der antisemitischen Demonstrationen im Sommer 2014, als Hamas und Israel im Gazastreifen Krieg führten, zeigt sich, wie Gauland Deutschland mit Israel identifiziert:

Israel ist zwar ein jüdischer Staat, aber nicht alle unsere jüdischen Mitbürger in Deutschland sind deshalb ein Teil von ihm. Im Übrigen sind staatliche Maßnahmen niemals dem Einzelnen zuzurechnen. Gerade wir Deutschen sind nach 1945 froh gewesen, dass uns keine kollektive Schuld zugeschoben wurde. Umso mehr müssen wir die kollektive Verantwortung für das Geschehen im Gazastreifen, die unseren jüdischen Mitbürgern aufgeladen wird, zurückweisen.

(Gauland, zit. n. Botsch/Kopke 2015, 186)

Die Autorität, die den Deutschen nach 1945 keine kollektive Schuld zugeschoben habe, bleibt mit der passiven Verbform unbenannt, dennoch übt sich Gauland in Dankbarkeit einer Autorität gegenüber, die das durchaus gekonnt hätte. In Identifizierung mit dieser urteilenden und vergebenden Autorität nun formuliert er einen moralischen Anspruch, dem Deutschland heute genügen müsse, *weil* dieser Anspruch damals – in seinen Augen richtigerweise – gesetzt wurde. Dabei unterlagen nach der Shoa und der erzwungenen Niederlage Deutschlands damals die Deutschen dem Wohlwollen der Autorität, heute sind die Deutschen diese Autorität und die Juden diejenigen, denen die Gnade des Freispruchs von der kollektiven Schuld durch die Deutschen, die als nichtjüdisches Kollektiv erscheinen, zuteil wird. Dabei macht Gauland implizit nicht nur die Deutschen zu Richtern über die deutschen Jüdinnen und Juden (und nicht das israelische Militär), er stellt auch die Shoa, der Anlass für das damals

nicht gesprochene Kollektivurteil, und die israelische Verteidigung gegen antisemitische Gewalt, den Anlass für das Kollektivurteil, das heute auszubleiben habe, auf eine Stufe. Damit ist Deutschland wieder ein Stückchen mehr wie Israel, das man als geopolitischen ‚Ausnahmejuden‘ zum Vorbild degradiert. Ganz nebenbei erscheint der Zweite Weltkrieg und insbesondere die volksgemeinschaftlich begangene Massenvernichtung der Juden als der israelischen Verteidigung gegen die heute bewaffneten AntisemitInnen ebenbürtig: Jene vor allem islamischen, aber auch mehr oder weniger säkularen WiedergängerInnen der deutschen Vernichtungsideologie der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

5.3 Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grenzschutz

Vor ihrem Austritt aus der AfD waren es vor allem Frauke Petry und Marcus Pretzell, die dort proisraelische Positionen vertreten haben. Pretzell hielt im Januar 2017 auf einem Kongress eine Rede, den die Europaparlamentsfraktion *Europa der Nationen und der Freiheit* (ENF) organisiert hatte. Ihr gehören neben der AfD bzw. jetzt der *Blauen Partei* auch der *Front National*, die FPÖ, die *Lega Nord* und ein Mitglied der englischen UKIP an. Pretzell sagte:

Ja, meine Damen und Herren, wir haben ein Problem mit dem politischen Islam. In Deutschland, in Europa, vor allem in Westeuropa. Es gibt ein Land, was schon Jahrzehnte längere Erfahrung in dieser Frage hat. Ein Land, was sich mit einer Politik der Europäischen Union konfrontiert sieht, die feindlicher kaum sein könnte. Die Europäische Union finanziert letztlich über Umwege Terrororganisationen gegen Israel. Diese Europäische Union, die sich für besonders liberal, für besonders verbindend hält, meine Damen und Herren, was die Europäische Union mit Israel tut, wie sie es behandelt: Es ist letztlich Ausweis dessen, dass man sich vor der eigenen Zukunft fürchtet. Israel ist unsere Zukunft, meine Damen und Herren, in der Form, wie man mit dem Islam umgeht. Meine Damen und Herren, meine Damen und Herren, wer den politischen Islam, wer den Islamischen Staat wirklich bekämpfen will, der sollte Israel unterstützen und nicht auch noch politisch und finanziell bekämpfen.

(Ruptly 2017, bei 9:56)

Pretzell will Israel unterstützen, weil er den politischen Islam „vor allem in Westeuropa“ bekämpfen will und Israel Erfahrung damit habe, nicht etwa aus zionistischer Motivation.

Diese bestünde darin einzusehen, dass in der modernen, grundlegend kapitalistisch-nationalstaatlich organisierten Welt jüdische Souveränität und die dazugehörige staatliche Gewalt das einzige Mittel ist, Juden und Jüdinnen einigermaßen verlässlich vor den mörderischen Konsequenzen des Antisemitismus zu schützen, der aus ebendieser Einrichtung der Welt als Ideologie erwächst, für die sich immer aufs neue Menschen entscheiden und AntisemitInnen werden. Den Antisemiten und sein Ziel hat noch mit am Treffendsten Jean-Paul Sartre beschrieben: „Was er wünscht und plant, ist der Tod des Juden.“ (Sartre 1989, 132) Dass es die Deutschen waren, die in der Shoa diesen antisemitischen Vernichtungswillen am konsequentesten kollektiv umsetzten, will Pretzell ebensowenig wissen wie er, was nicht überrascht, die Kulmination dieser Konsequenz in Auschwitz als den tragischen Beweis für die Notwendigkeit des Zionismus erkennt. Dazu passt dann wiederum die Forderung seiner ehemaligen Partei,

[d]ie aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus [...] zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung aufzubrechen, die auch die positiven, identitätsstiftenden Aspekte deutscher Geschichte mit umfasst.“

(AfD et al. 2016, 94)

Diese Forderung haben unter anderem Alexander Gauland, als er vom Nationalsozialismus als „Vogelschiss“ in der deutschen Geschichte (Der Standard 2018a) oder Björn Höcke auf den Punkt gebracht, als dieser eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“ (WELT 2017) forderte.

Pretzells Unterstützung Israels ist, wenig überraschend, im Gegensatz zu einer materialistischen, die den Antisemitismus als das erkennt und ernst nimmt, was er ist, eine politische. Die EU, die er hier nicht zu Unrecht als Feind Israels ausmacht, ist auch sein Gegner, wurde doch die Partei ganz zentral als EU- und eurokritische Kraft gegründet. Pretzells Sätze laufen darauf hinaus, dass das ‚Wir‘, das er hier bemüht, nicht nur die AfD, sondern auch Deutschland bzw. Europa meint, wie es sein sollte und – er macht die Identifizierung für die Zukunft explizit – sein werde: bedroht vom politischen Islam und konfrontiert mit der feindlichen Politik der EU, aber eben auch stark, national und dagegen gewappnet.

Auch Frauke Petry will, wie sie in einem Interview mit dem Journalisten Tilo Jung auf seinem Youtubekanal *jung&naiv* sagt¹³, von Israel lernen:

Frauke Petry: „Ich war erst einmal privat in Israel, ist ein spannendes Land. Ich glaube, in Israel kann man sehen, wie rechtsstaatlich versucht wird auch Religionstoleranz mit allen Schwierigkeiten zu leben und ich glaube, Deutschland hat schon die Aufgabe, Israel zu unterstützen, weil es ein demokratischer Staat außerhalb von Europa ist, zu dem es viele Werteverwandtschaften gibt. Ich glaube allerdings auch, dass viel Unwissenheit über die tatsächlichen Verhältnisse besteht.“

Tilo Jung: „Was kann die deutsche Politik von Israel lernen? Hast Du ja gerade schon angedeutet.“

Frauke Petry: „Naja, gerade im Umgang mit Migration, gerade im Umgang mit dem Islam, denke ich, können wir viel von Israel lernen. Der israelische Staat ist sehr stark bemüht, demokratische Regeln aufrecht zu erhalten, wird immer wieder von Anschlägen erschüttert. Es gibt natürlich Konflikte mit den Palästinensern, man versucht, das Ganze aber rechtsstaatlich zu lösen. Und ich glaube, dass nicht nur aufgrund gemeinsamer Werte, die wir mit dem Staat Israel teilen, sondern natürlich auch aufgrund der deutschen Geschichte es gute Gründe gibt, dass wir Israel dabei helfen, seine Demokratie aufrecht zu erhalten.“

(Jung 2016, bei 48:49)

Petry will Israel „auch *aufgrund* [Herv. N.S.] der deutschen Geschichte [...] dabei helfen, seine Demokratie aufrecht zu erhalten“ (Jung 2016). Sie scheint der Ansicht zu sein, die Deutschen hätten die Demokratie bei oder nach der nationalsozialistischen Judenvernichtung, die es ja ist, was ihr mit dem Euphemismus der „deutschen Geschichte“ nicht über die Lippen kommt, so gut gelernt, dass sie jetzt den Israelis dabei helfen müssten, da die allein nicht imstande seien, die Demokratie aufrechtzuerhalten. Sonst bräuchten sie ja keine Hilfe. Petry weiter:

¹³ Die hier zitierten Aussagen finden sich sinngemäß auch in einem Interview, das Petry der *Jüdischen Rundschau* gab (vgl. Jüdische Rundschau 2017).

Und gerade im Feld der Sicherheitspolitik hat Israel gezeigt, dass es trotz massiver Anfeindungen aus der islamischen Welt es seit Jahrzehnten schafft, diesen Staat aufrecht zu erhalten. Und das geht nur mit einer wehrhaften Demokratie. Von der redet man in Deutschland ja auch ganz gern, öffnet dann aber die Grenzen. Man könnte sich vorstellen, was passiert, wenn Israel keine Grenzkontrollen mehr vornähme. Das Land wäre innerhalb von Wochen am Ende.

(ebd., bei 49:57)

Zwar ist es richtig und durchaus auch immer wieder betonenswert, dass Israel es geschafft hat, sich gegen die Anfeindungen und Angriffe aus der ‚islamischen Welt‘ zu verteidigen und nur deshalb bis heute besteht, ja mehr noch sogar eine vergleichsweise liberale Gesellschaft ist. Ansonsten aber strotzt Petrys Aussage nur so vor Absurditäten: Zunächst ist nicht Israels Demokratie bedroht, sondern seine Existenz. Petrys Bezug auf die Demokratie ist Versatzstück aus dem Rhetoriksetzkasten der politischen, nicht materialistischen Unterstützung Israels, die sich eben – das zieht sich durch, wie oben schon u.a. bei Pretzell gezeigt wurde – nicht aus der Einsicht ergibt, dass die AntisemitInnen den Juden und Jüdinnen nach dem Leben trachten und auf Israel als dessen Garanten und als ‚Juden unter den Staaten‘ zielen. Diese politische Unterstützung ist für Israel jedenfalls besser als gar keine Unterstützung oder Feindseligkeit, insbesondere weil materialistisch begründete Solidarität, also solche aus den richtigen Gründen, von Staaten und PolitikerInnen wohl in den seltensten Fällen zu bekommen ist. Die politische Unterstützung ist aber immer, wie zahlreiche Beispiele in der Geschichte der diplomatischen Beziehungen Israels gezeigt haben, brüchig und kann jederzeit kippen. Als solche fußt auch Petrys Unterstützung Israels auf politischer Motivation, sie begründet sie mit ‚gemeinsamen demokratischen Werten‘ und ‚Rechtsstaatlichkeit‘.

Diese beiden Begriffe aber, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, meinen hier vor allem das, wozu Petry am Ende der zitierten Passage kommt: Geschlossene Grenzen. Weil Israel eine wehrhafte Demokratie ist und seine geschlossenen Grenzen militärisch verteidigt, müsse auch Deutschland, so die Implikation, wenn es die wehrhafte Demokratie ernst nehmen wolle, seine Grenzen schließen. Dass Israel wohl tatsächlich innerhalb von Wochen am Ende wäre, wenn es seine Grenzen öffnete, ist zwar ein merkwürdiges Gedankenexperiment, weil fast niemand in Israel ernsthaft diese Idee verfolgt, aber richtig. Zu behaupten, dass ähnliches für

Deutschland gälte, wiederholt aber nicht nur die Mär von der Selbstaufgabe der Souveränität in der so genannten Flüchtlingskrise, denn erstens sind die deutschen Grenzen nicht offen, was jeder weiß, der seit dem Sommer 2015 mit dem Auto von Salzburg nach München gefahren ist und im Stau stand, den die Grenzkontrollen verursachen, und zweitens war es eine humanitäre und souveräne, politische Entscheidung, Grenzkontrollen für kurze Zeit auszusetzen. Dass der Umgang mit den über die Grenze Gekommenen sowohl jeder Humanität und jedem Integrationsgedanken als auch an Sicherheit interessierter Rationalität auf vielfältige Weise Hohn spricht, kann hier leider nicht weiter ausgeführt werden.

Auch Beatrix von Storch greift das Grenzthema in ihrer oben genannten Rede im Bundestag auf, in der sie die Finanzierung der UNRWA kritisierte. Im Kontext des so genannten *Marsches der Rückkehr* so genannter palästinensischer Flüchtlinge, in dessen Rahmen teilweise bewaffnete Bewohner Gazas versuchten, den Grenzzaun nach Israel zu überwinden, um dort Juden zu ermorden, sagte sie, wiederum vollkommen zurecht: „Die Zukunft Israels hängt von dem Schutz seiner Grenzen ab“ (Deutscher Bundestag 2018, 2631), um sogleich zu verallgemeinern und damit eben von der konkreten antisemitischen Bedrohung Israels zu abstrahieren: „Eine Welt offener Grenzen ist mit dem Existenzrecht Israels nicht vereinbar.“ (ebd.) Damit war selbstverständlich wieder die deutsche Bundesregierung adressiert, die angeblich die Grenzen geöffnet habe. Diese abstrakte Gleichsetzung von Dihadisten, die Macheten schwingen, Raketen schießen und mit Feuerdrachen Flächenbrände in Israel legen mit Flüchtlingen, von denen zumindest die meisten in Europa in erster Linie leben und überleben wollen, ist ganz generell menschenfeindlich, vor allem aber eine Verharmlosung des Antisemitismus, der dort, anders als hier, unmittelbar das Motiv für die Grenzüberschreitung ist.

Dieses Verständnis von ‚Rechtsstaatlichkeit‘, die auf geschlossene Grenzen reduziert wird, wird in rechten Kreisen gerade tonangebend. Es charakterisiert auch die sogenannte *Erklärung 2018* (Lengsfeld 2018), zwei Sätze, die unter anderem von Henryk M. Broder, Thilo Sarrazin und Eva Herman erstunterzeichnet wurden und mittlerweile offiziell als Petition im deutschen Bundestag behandelt wurde. Die Erklärung kommt zwar ohne den expliziten Bezug auf Israel aus, der Name Henryk M. Broders aber ist aufs Engste mit der Kritik der antisemitisch motivierten ‚Israelkritik‘ verbunden. Dass das Bündnis unter der Flagge der Rechtsstaatlichkeit breit sein kann, zeigt sich daran, dass auch jemand wie der Chefdenker der ‚Neuen Rechten‘ Karlheinz Weißmann oder Ellen Kositzka, beide assoziiert mit der Zeitschrift *Sezession* und dem

Antaios-Verlag des ‚neurechten‘ Instituts für Staatspolitik in Schnellroda, die Erklärung unterzeichnet haben bzw. hatten¹⁴: Diese traditionellere ‚Neue Rechte‘ ist geprägt von starkem Antiliberalismus, antiwestlichem Ressentiment und Antisemitismus, dem ein positiver Bezug auf Israel entgegentläuft. Die Debatte wird in der *Sezession* und der dazugehörigen Szene zwar auch geführt, aber regelmäßig zugunsten der Hausherren aus Schnellroda, zugunsten potentieller Bündnisse mit dem Islam und gegen Liberalismus, den Westen und Israel entschieden (vgl. dazu z.B. Weiß 2017, 16 ff).

In der *Erklärung 2018* jedenfalls bekunden die UnterzeichnerInnen, unschuldig im Ton, dass sie „mit wachsendem Befremden beobachten ..., wie Deutschland durch die illegale Masseneinwanderung beschädigt wird.“ (Lengsfeld 2018) Sie fordern deshalb, „dass die rechtsstaatliche Ordnung an den Grenzen unseres Landes wiederhergestellt wird.“

Der rechtsstaatlichen Ordnung an den deutschen Grenzen geht es ausgezeichnet. Die Forderung kann also nur geschlossene Grenzen meinen, vorgetragen in demokratischem Jargon. Sie zielt aber natürlich über die physische Grenze hinaus auf das Ende von Migration allgemein bzw. ihre Reglementierung (die scheitern muss) nach den Regeln der PetentInnen, auf das Ende des Rechts auf Asyl konkret. Das ist klassische Metapolitik: Begriffe der bürgerlichen Ordnung werden bedient, aber dabei so zum Jargon umgebaut, sodass sie etwas gänzlich anderes meinen und ‚geschlossene Grenzen‘ als Inbegriff von Rechtsstaatlichkeit erscheinen lassen. Frauke Petry und Beatrix von Storch stilisieren Israel zum Inbegriff der geschlossenen Grenze als Rechtsstaatlichkeit und identifizieren Deutschland mit Israel. Sie behandeln Israel vordergründig wie jeden anderen Staat und wählen ihn als leuchtendes Beispiel, eben weil er nicht wie jeder andere Staat ist, sondern der bewaffnete Schutz der Juden und Jüdinnen vor den mordlüsternen AntisemitInnen. Indem diese Besonderheit zum Verschwinden gebracht und Deutschland in die gleiche Situation phantasiert wird, soll der Weg frei werden für die eigene Politik.

Georg Pazderski, stellvertretender Vorsitzender der AfD, überspringt gleich die ganze Argumentation und kommt direkt zum Punkt: Anfang des Jahres 2018 sah es kurz so aus, als ob Israel Menschen mit ungeklärtem Aufenthalt vor allem aus Eritrea und dem Sudan vor die Alternative ‚freiwillige Ausreise‘ gegen Geld oder Gefängnis stellen könnte; auch wurden

¹⁴ Ellen Kositzka schien zunächst als Unterzeichnerin der *Erklärung 2018* auf, verschwand aber bald wieder von der Liste.

Pläne breiter diskutiert, Menschen nach Uganda und/oder Ruanda abzuschieben. Diese scheiterten weitestgehend an Protest aus der Zivilgesellschaft, den Gerichten und der faktischen Unmöglichkeit. Bevor in der Angelegenheit aber irgendetwas feststand, sagte Pazderski, der israelischen Realität nicht nur vorgreifend, sondern sie verfälschend: „Wir sollten uns ein Beispiel an Israel nehmen, das mit Grenzsicherung und Zuwanderung jahrzehntelange Erfahrungen gemacht hat. Auch wir sollten endlich absichern und abschieben.“ (AfD 2018)

5.4 Polizei, Sicherheit und Rassismus

Auch bei der FPÖ findet man solche Parallelisierungen: Die Wiener NGO ZARA veröffentlicht regelmäßig Berichte über Rassismus, die auf Fällen beruhen, die ihr gemeldet werden. Ein FPÖ-Politiker schrieb in Reaktion auf einen dieser Berichte im März 2014 eine lange Presseaussendung um festzustellen, dass der ZARA-Rassismus-Report „völlig unerheblich“ (FPÖ Parlamentsklub 2014b) sei. Er schrieb mit einer Verbissenheit gegen Vorwürfe an, die österreichische Polizei betreibe Ethnic Profiling, die an der Unerheblichkeit des Berichts doch gewisse Zweifel aufkommen lassen. Er bestritt das Ethnic Profiling darin nicht etwa, oder versuchte, es durch konkrete Erfolge zu legitimieren, sondern wollte es dadurch rechtfertigen, dass „international übliche sicherheitspolizeiliche Methoden wie etwa ‚Ethnic Profiling‘“ (ebd.) von den – ausgerechnet – israelischen Sicherheitskräften seit Jahren mit großen Erfolg eingesetzt würden. Nun wäre es absurd anzunehmen, dass es in Israel kein Ethnic Profiling gäbe. Das Profiling der israelischen Sicherheitskräfte geht aber deutlich über reines Ethnic Profiling hinaus und ist auch ständig Gegenstand politischer, juristischer und polizeilicher Auseinandersetzungen in Israel. Es ist deshalb auch nicht klar, ob die Erfolge der israelischen Polizei auf das Ethnic Profiling oder auf andere der vielfältigen Profiling-Anteile oder andere Polizeitaktiken zurückzuführen sind, die sie anwendet und von denen europäische Polizeien möglicherweise tatsächlich etwas lernen könnten. Davon abgesehen soll es hier nicht um israelische Polizeipraxis gehen, sondern darum, wie die FPÖ den österreichischen Polizeirassismus mit dem Verweis auf die Autorität Israel zu legitimieren trachtet und was sie damit eigentlich meint: „Den Israelis kann wohl auch ZARA nicht Antisemitismus und Rassismus vorwerfen.“ (ebd.) Das ist offensichtlich Unsinn, denn gerade der Rassismusvorwurf wird ständig an Israel gerichtet. Es zeigt aber, wie die FPÖ glaubt, dass Israel gesehen wird, weil sie es, wenn es passt wie hier, selbst so sieht: Nämlich als Autorität, in diesem Fall vorgeblich antirassistisch-moralische, die ja gar nichts falsch machen *könne*, eben weil es ist

Israel ist. Daraus wird dann vollkommen ohne Kontext geschlossen, man könne ‚ebenfalls‘ weder Rassismus noch Antisemitismus der österreichischen Polizei zur Last legen, weil sie angeblich das gleiche mache wie die israelische. Dass die israelische und die österreichische Polizei hier äquivalent gesetzt werden, ist zu verstehen als *pars pro toto* einer Gleichsetzung von Israel und Österreich, die vor allem in Sachen Sicherheit jedoch schlicht unvergleichbar sind: In Israel werden ständig Anschläge verübt bzw. geplant und verhindert, Kriege können jederzeit ausbrechen. In Österreich nicht. Diese Gleichsetzung beruht auf dem Ausblenden jeglicher Empirie und – mindestens – der Abstraktion vom Antisemitismus, dem Israel und jüdische Israelis ausgesetzt sind, Österreich aber eben nicht. Es geht hier an keiner Stelle um Israel, sondern Israel muss nur als Blaupause für die Suggestion eines in Österreich ebenfalls bereits bestehenden Ausnahmezustands herhalten – der, bei aller Kritik an der politischen Situation, schlicht nicht besteht. Die Gleichsetzung bedient das Bedürfnis, selbst Opfer zu sein, endlich sagen zu dürfen, dass „täglich Österreicher diskriminiert, überfallen, beraubt, verletzt oder bestohlen werden“ (ebd.), und zwar von „einer Vielzahl ausländischer Gewalttäter“ (ebd.). Schon, dass es in der Aussendung der FPÖ nicht um Terrorismus geht, dessen Abwehr der israelische Sicherheitsapparat in erster Linie dient und dessen Implikation in die Gleichsetzung die Autorität erhöht, sondern um angebliche oder tatsächliche herkömmliche Straftaten wie Diskriminierung, Überfall, Raub, Körperverletzung oder Diebstahl, zeigt, wie schlecht der Vergleich funktioniert und dass es der FPÖ um effektive Terrorismusprävention gar nicht geht. Die Ex-Nazi-Partei der Täternation stilisiert Österreich nicht nur zum Opfer gewaltiger ‚Ausländerkriminalität‘, sie insinuiert auch, diese ‚Bedrohung‘ sei wie jene in Israel, die ‚Ausländerkriminalität‘ wie der Antisemitismus und die Österreicher also wie die Juden.

Strache machte das ‚wie die Juden‘ übrigens 2012 explizit, als er auf dem WKR-Ball der deutschnationalen Burschenschaften in der Wiener Hofburg anlässlich von Protesten gegen den Ball über die Ballgäste sagte: „Wir sind die neuen Juden“ und Angriffe auf Burschenschafterbuden angeblich „mit Brandsätzen“ mit der, so Strache wörtlich, „Reichskristallnacht“ (orf.at 2012) verglich.

6 Implikationen der Identifizierung mit Israel

Gegen Ende dieser Arbeit stellt sich die Frage, welche Implikationen diese Interpretation der proisraelischen Positionierungen aus der extremen Rechten mit sich bringt. Weil das grundlegende Phänomen, der Gegenstand der Analyse, nach wie vor neu ist, können immer

noch Veränderungen innerhalb dieses Gegenstandes stattfinden. Die Überlegungen zu den Implikationen haben deshalb einen gewissen spekulativen Charakter; im Folgenden soll nun versucht werden, einige theoretisch-politikwissenschaftliche und politische Konsequenzen zu ziehen und Überlegungen anzustellen, wie Teile der extremen Rechten sich, ausgehend von der heutigen Gemengelage in Bezug auf ihre Positionierungen zu Israel, in dieser Frage weiter entwickeln könnten.

6.1 Für die materialistische Israelsolidarität und die Kritik des Antisemitismus

Zunächst ist festzustellen, dass es ungeachtet des Gesamtbildes zu begrüßen ist, wenn die wichtigsten rechtsextremen Parteien in Deutschland und Österreich dem vielstimmigen Chor der ‚Israelkritik‘ den Rücken kehren. Es bedeutet für Israel zunächst eine Front weniger, an der es zu kämpfen gilt, bzw. hat die Front der rechtsextremen ‚Israelkritik‘ aus Europa mit den wichtigsten rechtsextremen Parteien in Deutschland und Österreich zwei wesentliche Akteurinnen verloren. Es ist jedenfalls besser, als wenn diese beiden Parteien und auch die außerparlamentarischen AkteurInnen bei ansonsten unveränderter Politik auch noch die klassische, antizionistische ‚Israelkritik‘ betreiben und so dem Antisemitismus Ausdruck verleihen würden.

Daran ändert sich auch nichts Grundsätzliches dadurch, dass ihre bekundete proisraelische Haltung, die als Solidarität mit Israel aus den genannten Gründen falsch beschrieben wäre, nie eine materialistische sein kann. Eine solche entwickelt aus dem Verständnis dessen, was Antisemitismus ist und wie man deshalb mit ihm umgehen muss – nämlich zumindest immer auch durch überlegene Gewalt im Dienste seiner prospektiven Opfer, die den antisemitischen Mord verhindern kann – ihre Solidarität mit Israel als Träger dieser überlegenen Gewalt. Die politische wie auch immer positive Haltung zu Israel hingegen beruht auf tatsächlichen oder vermeintlichen gemeinsamen Interessen mit Israel, die ihrerseits aber außerhalb der Kritik des Antisemitismus liegen. Auch daran ist noch nicht unbedingt etwas auszusetzen, außer dass diese positive Haltung verschwinden oder in Feindseligkeit kippen kann, sobald das gemeinsame Interesse wegfällt oder ein ihm entgegenstehendes stärkeres politisches Interesse daran entsteht, Israel den Rücken zu kehren. Die Beispiele für solche Veränderungen in den Beziehungen zu Israel sind in der israelischen Geschichte zahlreich, es sei etwa an den radikalen Kurswechsel der Sowjetunion erinnert. Sie sah zunächst in der zionistischen Staatsgründung einen Faktor gegen Großbritannien im Nahen Osten und unterstützte deshalb den UN-Teilungsplan und den jungen jüdischen Staat. Innerhalb von kaum zwei Jahren aber

wurde Israel für Moskau zum Vorposten des westlichen Imperialismus und wüste antizionistische Kampagnen gegen Israel brachen los, die auch die Bewaffnung der Feinde Israels beinhalteten (vgl. Feuerherdt/Markl 2018, 64 ff). Ein weiteres Beispiel sind die zahlreichen guten Beziehungen, die Israel zu diversen jungen, entkolonisierten afrikanischen Staaten hatte, nicht zuletzt, weil es in Israel eine Tradition gibt, auch die eigene Geschichte als erfolgreiches antikoloniales Projekt gegen die britische Besatzung zu sehen und die afrikanischen Partnerländer in israelischem Know-how und Technologie attraktives Wissen sahen, um etwa Landwirtschaft in der Wüste zu betreiben. Nach dem Sechstagekrieg 1967, aber stärker noch nach dem Yom-Kippur-Krieg 1973 setzten die arabischen ölexportierenden Länder mit Öl-Embargos, sich in Preissteigerungen äußernder Reduktion der Fördermenge, Drohungen und Versprechungen auch viele dieser Länder unter Druck, die Beziehungen zu Israel abzubrechen und waren darin erfolgreich (vgl. ebd., 138). Die aus solchen Veränderungen sich ergebende Verschlechterung von Beziehungen zu Israel sind zwar für Israel immer ein Problem, sprechen aber nicht im Vorhinein gegen die Beziehung, solange sie gut ist. In Israel dürfte man sich dieser Möglichkeit, dass sich Verbündete oder Unterstützer gegen einen stellen, sehr bewusst sein – möglicherweise ist auch daraus ein Teil der Kontaktsperre zu AfD und FPÖ zu erklären.

Der vorliegende Fall liegt aber noch etwas anders, weil das Interesse, das die europäischen Rechtsextremen mit Israel zu teilen glauben, ein sehr spezielles ist. Die ganze proisraelische Haltung fußt zunächst auf antisemitisch grundierten Bildern von Israel, wie die Analyse seiner doppelten Charakterisierung in Kapitel 4.4 als einerseits ‚Jude unter den Staaten‘, dem so Autorität zugesprochen wird und andererseits als geopolitische Reproduktion des Ausnahmejuden gezeigt hat. Außerdem, und das wiegt schwerer, liegt das Interesse auch als unerkanntes darin, sich selbst an die Stelle Israels zu setzen, wie sie es sehen: an die Stelle des von allen Seiten bedrohten Opfers, das gleichzeitig stark genug und aufgrund der allseitigen Angriffe legitimiert ist, sich stark, militärisch und nationalistisch zu verteidigen. Man möchte sich selbst in der schlagkräftigen Opferrolle verbarrikadieren und inszeniert Deutschland, Österreich oder Europa als Spielball der „globalisierten Klasse“, die „die Informationen kontrolliert“ und der man als „bürgerliche Mittelschicht“ und „sogenannte einfache Menschen“ (Gauland, zit. n. Der Tagesspiegel 2018) gegenüberstehe. Die viel diskutierte Frage, ob Gauland in dieser Rede Adolf Hitler paraphrasierte oder von selbst auf dieses personalisierende, am Antisemitismus angelehnte Ressentiment gekommen ist, ist dabei

nebensächlich. Indem sie sich selbst als Opfer stilisieren und mit Israel identifizieren, stellen sie den Antisemitismus auf eine Stufe mit solch vermeintlichen oder auch tatsächlichen Bedrohungen, von denen aber von keiner einzigen gesagt werden kann, dass sie in ihrer Bedrohlichkeit auch nur ansatzweise dem Antisemitismus nahekäme. So wird über die Identifizierung mit Israel der Antisemitismus verharmlost. Oder wie Strache über die Ballgäste deutschnationaler Burschenschafter sagte: „Wir sind die neuen Juden.“ (orf.at 2012)

Hinzu kommt, dass, weil man sich als Freund Israels wähnt, man in der Selbst- und auch mancher Fremdwahrnehmung entsprechend des ‚einige meiner besten Freunde sind Juden‘-Klischees gar kein Antisemit sein könne. Wenn dann Einzelne aus den Parteien doch mal einen Antisemiten in den eigenen Reihen entdecken, wie etwa Wolfgang Gedeon oder Jan-Ulrich Weiß, ist diese Erkenntnis meist offenbar zu exklusiv, um sie aus der Partei auszuschließen oder auch nur zu verhindern, dass sie politische Ämter im Namen der Partei ausüben. Der Antisemitismus, für den so eine systematische Blindheit entsteht, die nur als Dienst an ihm bezeichnet werden kann, kann sich so in mehr oder weniger codierten Formen in den entsprechenden Parteien und Gruppen immer weiter und immer offener ausbreiten. Solange Israel, aus diesem oder aus anderen Gründen, der AfD und der FPÖ den Kontakt verweigert, schwächt dieser Boykott selbstverständlich zumindest die Glaubwürdigkeit der einseitigen Behauptung der Freundschaft. Von Israel aber zu verlangen, diese Kontaktsperre um jeden Preis aufrechtzuerhalten und das gar zu einer Bedingung etwa für die Solidarität zu machen hieße wiederum, höhere Standards an Israel anzulegen als an andere, bei israelischen PolitikerInnen qua ihres Standpunktes grundsätzlich einen Begriff des Antisemitismus vorauszusetzen und wäre zudem selbst eine Wendung weg von der materialistischen hin zur politischen Israelsolidarität.

In den Blick zu nehmen ist jedenfalls auch, welche Rolle in der Identifizierung mit dem Angreifer ihr Objekt spielt, hier also Israel. Wie ausgeführt ist das körperliche Vorbild der Identifizierung die Einverleibung, durch die das Subjekt sich Lust zuführt, das Objekt vernichtet oder Eigenschaften des Objekts sich aneignet, indem das Subjekt es in sich aufnimmt (vgl. Laplanche/Pontalis 1994, 128). Auf eine gewisse Weise sind alle drei Bedeutungen der Einverleibung in der Identifizierung mit Israel von rechts vorhanden, in keiner der drei aber spielt das Objekt, also Israel, eine eigenständige Rolle. Es geht also tendenziell nicht einmal um eine politische proisraelische Haltung, die voraussetzen würde, dass Israel als eigenständiges Objekt anerkannt wird, mit dem man in Beziehung treten könnte. Je stärker

die Identifizierung, desto weniger erscheint Israel als solch eigenständiges Objekt und desto mehr verleiben sich die Rechtsextremen Israel und seine wunderbaren und gefürchteten Eigenschaften ein. Dies bedeutet wohl auch, dass das Israelbild der Rechtsextremen sich immer weiter an ihre projektiven Wünsche angleicht und das real existierende Israel mit seiner realen Bevölkerung immer weniger zählt.

6.2 Für Israel

Für Israel stellt sich die Sache möglicherweise anders dar. Es muss, wie jeder andere Staat auch, für seine Existenz und seine Sicherheit Sorge tragen, allerdings, und hier unterscheidet sich Israel von anderen Staaten, unter besonders widrigen, nämlich antisemitischen Bedingungen – ja mehr noch, es besteht aufgrund und als Umgang mit dieser Widrigkeit. Das Erstarken rechtsextremer Parteien – die FPÖ ist immerhin Regierungspartei – kann für Israel potentiell bedeuten, dass es, um der guten oder überhaupt Beziehungen zu anderen Ländern willen mit solchen Parteien kooperieren *muss*. Der Boykott, den Israel anlässlich der ersten schwarz-blauen Koalition in Österreich ausgerufen hat, besteht aber bis heute. Auch wenn es momentan nicht danach aussieht: Sollte eine Situation entstehen, in der er aufgehoben werden muss – was sicher ein umstrittenes Thema würde – könnte möglicherweise die Frage, ob die betreffende israelische Regierung das will, zur Nebensache werden.

Die Sache Israels ist nicht unmittelbar die Bekämpfung des Antisemitismus, sondern erstens die Sicherheitsgarantie der von ihm bedrohten, also von Israelis und Juden und Jüdinnen weltweit und zweitens als Funktion davon der Betrieb des Staates. Es kann daraus die Situation entstehen, dass die Interessen Israels und jene der jüdischen Diaspora auf der ganzen Welt ein Stück weit auseinanderlaufen. Ob, wann und wie es zu diesem Punkt kommen wird, ist nicht vorherzusehen und wird dann Gegenstand kontroverser Debatten sein. Es liegt aber jedenfalls eine gewisse Gefahr darin, dass in Israel ein massiver Streit darüber entsteht und dass das diasporische Judentum und Israel sich teilweise voneinander entfremden.

Die Frage, anhand welcher Kriterien israelische Regierungen solch eine Situation beurteilen, entzieht sich jedenfalls hier der tatsächlichen Beantwortung. Der israelische Außenamtssprecher Emanuel Nahshon sagte aber, die Kontaktsperre gegen die FPÖ „ist eine politische, diplomatische Position, die auf der Geschichte basiert.“ (Der Standard 2018c) Dies gilt auch für Teile der israelischen Öffentlichkeit, wie auch das bereits zitierte Interview von Eldad Beck in der wichtigen israelischen Tageszeitung *Israel HaYom* mit Heinz-Christian

Strache zeigt. Beck hinterfragt Straches Gesinnungswandel weg von seinem ‚jugendlich-suchenden‘ Rechtsextremismus quasi nicht, über seine Zeit in der neonazistischen Szene sprechen sie gar nicht. Das Interview ist durchzogen vom Glauben des Interviewers an die Distanzierung der FPÖ vom Nationalsozialismus. Der Parteichef, der mittlerweile auch Vizekanzler ist, erhält sodann Gelegenheit, seine Freundschaft zu Israel ungebrochen darzustellen; die Überschrift des Interviews lautet: „Wir sind gegen Antisemitismus und die Freundschaft mit Israel ist mir sehr wichtig“¹⁵. Es scheint also auch hier die Positionierung für oder gegen den Boykott von Parteien wie der FPÖ weniger in der Frage nach deren heutigem Antisemitismus zu liegen, der sich ja gerade nicht als klassisch israelbezogener äußert, sondern vielmehr in der Frage nach ihrer Nazivergangenheit und ihrem Verhältnis dazu.

6.3 Für die Kritik des Rechtsextremismus

Die Kritik des Rechtsextremismus muss diese Veränderungen in den Äußerungen der Rechtsextremen ernst nehmen, ansonsten läuft sie Gefahr, sich unglaublich zu machen. Wenn die proisraelische Positionierung *nur* als strategisches Ablenkungsmanöver gesehen wird, stimmt das erstens nicht, und zweitens entgehen damit der Analyse jene Implikationen, die die rechtsextreme Fürsprache für Israel auch für den Antisemitismus bedeutet. Das ist in erster Linie die *Selbst*-, dann erst die Fremdvergewisserung, dass diese Parteien kein Antisemitismusproblem hätten. Es geht dabei auch, aber nicht nur um die bereits endlos strapazierten ‚jüdischen Freunde‘ der AntisemitInnen, sondern auch darum, dass die Identifizierung mit Israel als Angreifer der deutschen und europäischen Rechten und Rechtsextremen erstens selbst auf dem Antisemitismus fußt und zweitens der Antisemitismus verharmlost wird, weil sie ihn gleichsetzen mit dem, wovon sie sich und ihre Heimat bedroht sehen. Wenn die Kritik des Rechtsextremismus die Hinwendung zu Israel aber ernstnimmt als das was sie ist, nämlich als von den Rechtsextremen ernst und ehrlich gemeint, eröffnet sich der Blick auf ihre falsche Grundlage, auf neue Ausdrucksweisen des Antisemitismus und auf die Rolle des wehrhaften Opfers der extremen Rechten gegen eine vermeintliche Übermacht, die in der Identifizierung beschlossen liegt, die in dieser Arbeit herausgearbeitet wurde.

Es erscheint fast unnötig, die Interpretation zu kritisieren, in der Hinwendung zu Israel von rechts und extrem rechts ‚komme zusammen, was zusammengehöre‘. Erstens ist diese ‚Zusammengehörigkeit‘ ja sehr einseitig, Israel boykottiert nach wie vor AfD und FPÖ und für

¹⁵ Im hebräischen Original: "אנחנו נגד אנטישמיות, והחברות עם ישראל חשובה לי מאוד"

andere in Frage kommende AkteurInnen wie PEGIDA oder die *Identitäre Bewegung* stellt sich diese Frage nicht einmal. Vor allem aber fußte diese Interpretation immer schon auf der antizionistischen Unterstellung an Israel, es sei ein rassistischer Staat. Ob durch solche falschen, antizionistischen und antisemitischen Grundlagen sich der Rest der jeweiligen Kritik auch disqualifiziert, bleibt im Einzelfall zu diskutieren; es ist aber wahrscheinlich.

6.4 Möglichkeit immanenter Kritik?

Eine letzte Frage, die noch zu diskutieren ist, ist jene, ob durch immanente Kritik zumindest bei Teilen der sich mit Israel identifizierenden Rechtsextremen die Identifizierung umschlagen könnte in tatsächliche Israelsolidarität und sie einen tatsächlichen Begriff vom Antisemitismus entwickeln könnten, der nicht nur immer in Schuldabwehr die jeweils anderen als antisemitisch ausweisen würde, sondern auch den eigenen Antisemitismus träfe und erkennen könnte.

Man muß jede Sphäre der deutschen Gesellschaft als die partie honteuse der deutschen Gesellschaft schildern, man muß diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen zwingen, daß man ihnen ihre eigne Melodie vorsingt!

(Marx/Engels 1976, 381)

Diese Anleitung von Karl Marx zur „Kritik im *Handgemeine*“ (ebd.) mag man vor Augen haben, wenn man „das Volk vor sich selbst *erschrecken* lehren“ (ebd.) will, indem man die Widersprüche in der Ideologie thematisiert und versucht, das Gegenüber festzunageln.

Darin aber liegen bereits zwei Probleme: Erstens werden AfD, FPÖ und Co damit zum Gegenüber, ihnen wird also eine gewisse Legitimität verliehen, wenn man die Kritik *an sie* richtet. Zweitens ist so ein Umdenken grundsätzlich natürlich immer möglich, aber aus einigen Gründen unwahrscheinlich.

Es würde bedeuten, dass die in der Identifizierung mit Israel

verinnerlichte Kritik als Über-Ich-Forderung auf dem Boden des Ichs mit der Wahrnehmung des eigenen Vergehens zusammentrifft. Die Strenge des Über-Ichs wendet sich von da an nach innen statt nach außen, die Intoleranz nach außen ermäßigt sich damit. Aber das Ich hat von diesem Entwicklungsstadium an die größere Unlust zu ertragen, die Selbstkritik und Schuldgefühl in ihm erzeugen.

Es ist möglich, daß manche Individuen auf dieser Zwischenstufe der Über-Ich-Bildung stehenbleiben und die Verinnerlichung des Vorgangs nie ganz zustande bringen. Sie bleiben dann in der Selbstwahrnehmung der eigenen Schuld besonders aggressiv gegen die Außenwelt.

(Freud 1990, 92)

Was, wie Anna Freud hier feststellt, ohnehin schon ein psychischer Vorgang mit ungewissem Ausgang ist, wird zusätzlich dadurch erschwert, dass das notwendige Schuldeingeständnis das des Antisemitismus wäre. Wie aber schon mehrfach erwähnt, ist ein solches Eingeständnis, selbst Antisemitin zu sein oder gewesen zu sein fast unmöglich, weil das gesellschaftliche Tabu, mit dem der Antisemitismus belegt ist, sehr stark ist. Außerdem ist der Antisemitismus, wenn er wirklich vorliegt, eine so geschlossene, wahnhafte, gegen Erfahrung abschottende Weltanschauung und Leidenschaft, dass alle Widersprüche in ihn integriert werden können und es gewissermaßen für den jeweiligen Adressaten keine Notwendigkeit gibt, ihn zu transzendieren.

Im Falle der hier analysierten Texte von PolitikerInnen kommt auch noch dazu, dass es bei ihnen ein politisches Interesse gibt, dem die Identifizierung mit dem Angreifer in Kombination mit der Projektion der Schuld am Antisemitismus gelegen kommt: Man kann sich selbst und andere davon überzeugen, Antisemitismus strikt abzulehnen, indem man sich an die Stelle Israels setzt, was aber so aussieht, als würde man Israel zur Seite stehen. Jene, die das tatsächlich oder vermeintlich nicht tun, werden dann für ihren tatsächlichen (und selten vermeintlichen) Antisemitismus kritisiert – und das sogar meist zurecht. Aus dieser Gemengelage von Unluststeigerung bei Wendung des durch die Identifizierung übernommenen Urteils aus der Projektion der Schuld in die Selbstkritik, der Geschlossenheit des Antisemitismus und dem politischen Interesse, dem die Identifizierung nur gelegen kommt, ergibt sich, dass die Wahrscheinlichkeit, dass über immanente Kritik der Identifizierung mit Israel als Angreifer solche Rechten zu einer tatsächlichen Israelsolidarität finden und einen Begriff des Antisemitismus entwickeln könnten, sehr gering ist.

Davon unabhängig ist es aber vorstellbar, dass durch die Kritik der proisraelischen Positionierungen von rechts als Identifizierung mit dem Angreifer andere, unbeteiligte oder weniger involvierte Dritte davon überzeugt werden, dass Israelsolidarität anders aussieht. Es ist möglich, dass sie, sofern sie noch nicht allzu gefestigt in ihrem Weltbild sind, durch

Argumente, wie sie in der vorliegenden Arbeit formuliert wurden, einsehen, dass zwar sich gegen den Antisemitismus an die Seite Israels zu stellen und eben nicht sich an seine Stelle zu setzen das Richtige ist, dies aber einhergehen muss mit einer tatsächlichen Kritik des und möglicherweise Selbstreflexion in Bezug auf den Antisemitismus. Sollte dies mit den in der vorliegenden Arbeit entwickelten Argumenten gelingen, wäre sie ein Erfolg.

7 Fazit

Ausgehend vom neuen Phänomen der proisraelischen Positionierung in Teilen der deutschsprachigen rechtsextremen Szene, vor allem bei AfD und FPÖ, wurde dieses in der vorliegenden Arbeit als Identifizierung mit dem Angreifer analysiert und interpretiert. Auf der Grundlage der Kritischen Theorie des Antisemitismus, welche auf Psychoanalyse und Kritik der politischen Ökonomie fußt, wurde unter Berücksichtigung der ihm immer schon als Rationalisierungsmoment immanenten Figur des ‚Ausnahmejuden‘ dargestellt, wie sich der Antisemitismus, insbesondere nach der Shoa, in codierter Form und als antisemitischer Antizionismus und Israelfeindschaft äußert. Diesem Antizionismus gegenüber steht der teilweise positive Bezug auf den Zionismus sowohl im frühen Antisemitismus der Weimarer Republik (Stichwort ‚Konservative Revolution‘) als auch Beispiele des positiven Bezugs auf Israel im postnazistischen Deutschland von Neonazis und Deutschnationalen.

Dem folgte der empirische Teil der Arbeit: Nach der Darstellung des Antisemitismus in AfD und FPÖ wurden deren Positionen zu Israel im Wandel von antiisraelischen zu proisraelischen Standpunkten diskutiert. Obwohl diese beiden Parteien den Hauptfokus der Arbeit bilden, wurde kurz auf proisraelische und nicht offen antiisraelische Positionen in der extremen Rechten jenseits des parteiförmig organisierten Rechtsextremismus eingegangen, auf PEGIDA, die *Identitäre Bewegung* und Einzelpersonen. Dabei wurde gezeigt, dass und wie die anschließend vorgenommene Interpretation als Identifizierung mit dem Angreifer auch auf diese zutreffen kann.

Es konnte gezeigt werden, dass die bisherigen Erklärungen für die Hinwendung extremer Rechter zu Israel, die entweder *rein* instrumentelle Strategie zur Verschleierung des Antisemitismus oder eine tatsächliche Abkehr der Parteien vom Antisemitismus behaupten, nicht stichhaltig sind. Deshalb wurde das Konzept der Identifizierung mit dem Angreifer nach Anna Freud eingeführt und ausführlich dargestellt. Sodann wurde das Israelbild der Rechtsextremen analysiert, auf dessen Basis sie sich mit Israel identifizieren. Dabei wurde

einerseits darauf eingegangen, auf welche Weise Israel ihnen einerseits als angreifende Autorität erscheint, andererseits aber als geopolitische Reproduktion des ‚Ausnahmejuden‘ die Möglichkeit der Identifizierung eröffnet. Dieser Doppelcharakter des Israelbildes sowohl als ‚Jude unter den Staaten‘ als auch als ‚Ausnahmejude‘ ist wesentlich für die Möglichkeit der Identifizierung.

Indem danach Empirie und Theorie ineinanderfließen, wurden einige Momente dieser Identifizierung anhand von Äußerungen zu Israel von FunktionärInnen von AfD und FPÖ diskutiert. Sie laufen, wie gezeigt wurde, darauf hinaus, dass die Rechtsextremen nicht an der Seite von Israel stehen, sondern sich an seine Stelle setzen wollen. Dies bringt sie in eine starke, nationale, wehrhafte Opferrolle, die erstens Auschwitz als Hindernis für den positiven Bezug auf die deutsche Geschichte beseitigt und zweitens den Antisemitismus verharmlost, weil er dadurch mit allen möglichen vermeintlichen und wenigen tatsächlichen Bedrohungen gleichgesetzt wird, denen sie sich ausgesetzt sehen.

Zum Schluss wurden noch Implikationen der Identifizierung mit Israel als vermeintlichem Angreifer für die materialistische Israelsolidarität und die Kritische Theorie des Antisemitismus, für Israel selbst und für die Kritik des Rechtsextremismus diskutiert.

Das körperliche Vorbild der Identifizierung ist nach Freud die Einverleibung mit drei Bedeutungen: Lustgewinn für das Subjekt, Zerstörung des Objekts und Aneignung der Qualitäten des Objekts (vgl. Laplanche/Pontalis 1994, 128). Es wurde festgestellt, dass Israel nicht dadurch zerstört wird, dass sich Rechte mit ihm als Angreifer identifizieren. Mit der Identifizierung ist aber die Möglichkeit der Zerstörung Israels schon akzeptiert, denn die narzisstische Identifizierung kulminiert in der Vernichtung des Objekts in dem Sinne, dass es für das Subjekt seine Bedeutung als eigenständiges Objekt verliert, weil seine Qualitäten auf das Subjekt übergegangen seien. Das real existierende Israel, dem die Projektion nie gerecht wurde, ist in der Identifizierung mit dem Angreifer immer nur Projektionsfläche und auch Israel als Ausnahmejude, dem die Identifizierung gilt, könnte, wenn ihr Objekt zerstört wird, verschwinden. Das fügte sich ein in die – von wenigen Ausnahmen wie Russland abgesehen – außenpolitische Gleichgültigkeit dieser Rechten.

Der positive Bezug auf Israel fußt also nicht auf einem reflektierten Verhältnis zu Israel als eigenständigem Objekt, sondern erwächst aus dem narzisstischen Wunsch, all die zugeschriebenen furcht- und wunderbaren Eigenschaften Israels selbst zu haben. Dass in der

Identifizierung – dessen ungeachtet – mitunter richtige Aussagen von den Rechten zu Israel fallen, steht nicht in Frage. Wie sich ihre Position zu Israel in Zukunft entwickeln wird, bleibt abzuwarten, aber die Identifikation, die sich ja auf Israel als Ausnahmejuden bezieht, könnte darin münden, dass die Ausnahme zurückgenommen wird und Israel wiederum nur der ‚Jude unter den Staaten‘ wird. Auch wenn es realpolitisch dem Antizionismus vorzuziehen ist, wenn sich Rechte, sei es auch nur aus antisemitisch grundierter Motivation, positiv zu Israel stellen und darin den Antisemitismus verharmlosen, darf nicht aus dem Blick geraten, dass in der Identifizierung diese Rücknahme der Ausnahme vom Antisemitismus bereits vorweggenommen ist.

Es geht nicht um Solidarität mit Israel, nicht um die Einsicht, dass Israel in einer einzigartigen Situation ist, weil es Jüdinnen und Juden gegen den Antisemitismus verteidigt, sondern um den Wunsch, selbst so zu sein, wie die eigene Projektion auf Israel.

8 Literaturverzeichnis

- Adorno, Theodor W. (1973). Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Adorno, Theodor W. (1979). Soziologische Schriften I, Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Adorno, Theodor W. (2007). Vorlesung über Negative Dialektik, Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Adorno, Theodor W. (2013). Negative Dialektik Jargon der Eigentlichkeit, Frankfurt am Main: Suhrkamp
- AfD (2018). Georg Pazderski: Israel macht es vor – Afrikanische Migranten werden ausgewiesen, in: *Alternative für Deutschland*, abrufbar unter: <https://www.afd.de/georg-pazderski-israel-macht-es-vor-afrikanische-migranten-werden-ausgewiesen/> (letzter Zugriff: 27.3.2018)
- AfD kompakt (2018). Atom-Abkommen mit dem Iran einhalten, in: *AfD Kompakt*, abrufbar unter: <https://afdkompakt.de/2018/05/15/atom-abkommen-mit-dem-iran-einhalten/> (letzter Zugriff: 18.5.2018)
- AfD Kompakt TV (2017). Pressekonferenz vom 25.09.17, abrufbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=N3WCt0jzVrQ> (letzter Zugriff: 27.4.2018)
- AfD/Meuthen, Jörg/Gauland, Alexander (2016). AfD-Grundsatzprogramm 2016, in: *Alternative für Deutschland*, abrufbar unter: https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2018/01/Programm_AfD_Druck_Online_190118.pdf (letzter Zugriff: 7.12.2018)
- Améry, Jean (1980). Der ehrbare Antisemitismus, in: Widersprüche, Stuttgart: Ernst Klett, 242–249
- Amnesty International (2017). DEATH SENTENCES AND EXECUTIONS 2017, in: *Amnesty International*, abrufbar unter: <https://www.amnesty.org/download/Documents/ACT5079552018ENGLISH.PDF> (letzter Zugriff: 6.11.2018)
- Andreasch, Robert (2018). Israelsolidarität bei PEGIDA & Co? Präsentation von Robert Andreasch, gehalten am 18.3.2018, München
- Arendt, Hannah (1946). Privileged Jews, in: *Jewish Social Studies*, Vol. 8(1), 3–30
- Beck, Eldad (2016). הפוליטיקה הגרמנית סובלת מטראומה של אשמה. יש נושאים שאסור לדבר עליהם, נוצר סוג חדש של דיקטטורה חשיבה. אלה בדיוק הדברים שהובילו 1933, in: *ידויות אחרונות*, abrufbar unter: <https://www.yediot.co.il/articles/0,7340,L-4782202,00.html> (letzter Zugriff: 4.12.2018)
- Beck, Eldad (2017). אנחנו נגד אנטישמיות, והחברות עם ישראל חשובה לי מאוד, in: *ישראל היום*, abrufbar unter: <https://www.israelhayom.co.il/article/491759> (letzter Zugriff: 4.12.2018)
- Blüher, Hans (1922). Secessio Judaica, Berlin: Der weiße Ritter
- BMLVS-Abteilung Kommunikation, Referat 3 (2018). Grenzschutzübung „Pro Borders“: Bundesheer übt mit Polizei, in: *bundesheer.at*, abrufbar unter: <http://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=9540> (letzter Zugriff: 13.7.2018)
- Boehm, Max Hildebert (1917). Judentum. Geistiger Zionismus und jüdische Assimilation, in: *Preußische Jahrbücher*, Vol. 167, 319–324

- Botsch, Gideon/Kopke, Christoph* (2015). Antisemitismus ohne Antisemiten?, in: *Küpper, Beate/Zick, Andreas* (Hrsg.): Wut Verachtung Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland, Bonn, 178–194
- Botsch, Gideon/Kopke, Christoph* (2016). Kontinuität des Antisemitismus: Israel im Blick der extremen Rechten, in: *Glöckner, Olaf/Schoeps, Julius H.* (Hrsg.): Deutschland, die Juden und der Staat Israel. Eine politische Bestandsaufnahme, Hildesheim/Zürich/New York: Georg Olms Verlag, 285–313
- Braunstein, Dirk* (2018). Wahrheit und Katastrophe, Bielefeld: transcript
- Breuer, Stefan* (1993). Anatomie der konservativen Revolution, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft
- Breuer, Stefan* (2001). Ordnungen der Ungleichheit, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft
- Brinkmann, Patrik* (2010). Den inneren Kompass finden, in: *Patrik Brinkmann*, abrufbar unter: <http://web.archive.org/web/20110208203001/http://www.patrik-brinkmann.de/site/?p=68> (letzter Zugriff: 30.11.2018)
- Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland* (2018). Vorläufiges Antragsbuch, in: *Alternative für Deutschland*, abrufbar unter: https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2018/06/25_06_2018_Vorl%C3%A4ufiges_Antragsbuch_Augsburg_2018_print_datensicher.pdf (letzter Zugriff: 30.11.2018)
- Culina, Kevin/Fedders, Jonas* (2016). Im Feindbild vereint: Zur Relevanz des Antisemitismus in der Querfront-Zeitschrift Compact, Münster: edition assemblage
- Der Standard* (2018a). AfD-Chef Gauland: „Hitler nur ein Vogelschiss in deutscher Geschichte“, in: *derStandard.at*, abrufbar unter: <https://derstandard.at/2000080845335/AfD-Chef-Gauland-Hitler-nur-ein-Vogelschiss-in-deutscher-Geschichte> (letzter Zugriff: 17.7.2018)
- Der Standard* (2018b). Eine ständig aktualisierte Liste rechter „Ausrutscher“, in: *derStandard.at*, abrufbar unter: <https://derstandard.at/2000072943520/einzelfall-ausrutscher-fpoe-oevp-regierung> (letzter Zugriff: 28.11.2018)
- Der Standard* (2018c). Israel hält an FPÖ-Boycott fest: „Das ist keine Marotte“, in: *derStandard.at*, abrufbar unter: <https://derstandard.at/2000093084566/Israel-haelt-an-FPOe-Boycott-fest-Das-ist-keine-Marotte> (letzter Zugriff: 4.12.2018)
- Der Tagesspiegel* (2018). Twitter-User entdeckt Parallelen zwischen Gauland-Text und Hitler-Rede, in: *tagesspiegel.de*, abrufbar unter: <https://www.tagesspiegel.de/wissen/populismus-beitrag-in-der-faz-twitter-user-entdeckt-parallelen-zwischen-gauland-text-und-hitler-rede/23165376.html> (letzter Zugriff: 3.12.2018)
- Deutscher Bundestag* (2018). Plenarprotokoll 19/29, in: *Drucksachen und Plenarprotokolle des Bundestages - aktuelle Dokumente*, abrufbar unter: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/19/19029.pdf> (letzter Zugriff: 8.7.2018)
- Die Presse* (2010). Strache in Israel: „Unser Herz ist mit den Siedlern“, in: *Die Presse*, abrufbar unter: https://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/616597/Strache-in-Israel_Unser-Herz-ist-mit-den-Siedlern- (letzter Zugriff: 11.4.2018)
- Die Presse* (2012). Ehemaliger FPÖ-Vize-Chef Otto Scrinzi gestorben, in: *Die Presse*, abrufbar unter: <https://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/721055/Ehemaliger-FPOeVizeChef-Otto-Scrinzi-gestorben-> (letzter Zugriff: 1.12.2018)

- Die Presse* (2018). Kneissl: Erhalt von Iran-Atomdeal für Nordkorea-Konflikt „wesentlich“, in: *Die Presse*, abrufbar unter: https://diepresse.com/home/ausland/aussenpolitik/5430315/Kneissl_Erhalt-von-IranAtomdeal-fuer-NordkoreaKonflikt-wesentlich (letzter Zugriff: 3.12.2018)
- Edthofer, Julia* (2014). Antisemitismuskritik oder Rassismuskritik? Oder beides?!, in: *malmoe.org*, abrufbar unter: <http://www.malmoe.org/artikel/regieren/2874> (letzter Zugriff: 18.9.2018)
- Eichler, Hagen* (2016). Internet-Hetze holt AfD-Mann ein, in: *volksstimme.de*, abrufbar unter: <https://www.volksstimme.de/sachsen-anhalt/20160602/landtag-internet-hetze-holt-afd-mann-ein> (letzter Zugriff: 17.7.2018)
- Fenichel, Otto* (1993). Elemente einer psychoanalytischen Theorie des Antisemitismus, in: *Simmel, Ernst* (Hrsg.): *Antisemitismus*, Frankfurt am Main: Fischer, 35–57
- Ferenczi, Sándor* (1972). Sprachverwirrung zwischen den Erwachsenen und dem Kind. Die Sprache der Zärtlichkeit und der Leidenschaft, in: *Balint, Michael* (Hrsg.): *Schriften zur Psychoanalyse*, Frankfurt am Main: Fischer, 303–313
- Feuerherdt, Alex/Markl, Florian* (2018). Vereinte Nationen gegen Israel. Wie die UNO den jüdischen Staat delegitimiert, Berlin: Hentrich & Hentrich
- FPÖ* (2009). Wahlplakat, abrufbar unter: http://www.erinnern.at/bundeslaender/oesterreich/e_bibliothek/antisemitismus-1/antisemitismus (letzter Zugriff: 10.4.2018)
- FPÖ Bundesparteileitung* (2006). Hochrangige Regierungsvertreter Irans zu Gast in Wien, in: *OTS.at*, abrufbar unter: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20060614_OTS0075/hochrangige-regierungsvertreter-irans-zu-gast-in-wien (letzter Zugriff: 13.7.2018)
- FPÖ Parlamentsklub* (2008). Wir und der Islam, in: *Aus Liebe zu unserem Land RFJ - Bezirk Freistadt*, abrufbar unter: https://rfjfreistadt.files.wordpress.com/2009/02/wir_und_der_islam_-_freiheitliche_positionen1.pdf (letzter Zugriff: 3.3.2018)
- FPÖ Parlamentsklub* (2010). Jerusalemer Erklärung, in: *OTS.at*, abrufbar unter: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20101207_OTS0199/fpoe-strache-jerusalemer-erklaerung (letzter Zugriff: 24.3.2018)
- FPÖ Parlamentsklub* (2014a). FPÖ: Kickl: Wird anti-israelische Position zum Mainstream in der SPÖ?, in: *OTS.at*, abrufbar unter: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20141125_OTS0068/fpoe-kickl-wird-anti-israelische-position-zum-mainstream-in-der-spo (letzter Zugriff: 19.4.2018)
- FPÖ Parlamentsklub* (2014b). FPÖ-Herbert: ZARA-Report ist völlig unerheblich, in: *OTS.at*, abrufbar unter: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140321_OTS0176/fpoe-herbert-zara-report-ist-voellig-unerheblich (letzter Zugriff: 16.4.2018)
- @fpoe*, Facebookaccount (2018). FPÖ - Beiträge, in: *Facebook*, abrufbar unter: <https://www.facebook.com/fpoe/photos/un-migrationspakt-immer-mehr-wenden-sich-von-der-globalisten-und-migrationslobby/1215860878555179/> (letzter Zugriff: 5.12.2018)
- Freud, Anna* (1990). Das Ich und die Abwehrmechanismen, Frankfurt am Main: Fischer
- Freud, Sigmund* (1972). *Gesammelte Werke: Jenseits des Lustprinzips*, Frankfurt am Main:

Fischer

Freud, Sigmund (1982). *Die Traumdeutung*, Frankfurt am Main: Fischer

Fröhlich, Alexander (2016). Ex-NPD-Mann arbeitete für AfD-Landtagsabgeordnete, in: *Potsdamer Neueste Nachrichten*, abrufbar unter: <https://www.pnn.de/brandenburg/nach-rechts-extrem-offen-die-afd-in-brandenburg-ex-npd-mann-arbeitete-fuer-afd-landtagsabgeordnete/21442668.html> (letzter Zugriff: 30.11.2018)

Gauland, Alexander (2001). Mehr Respekt vor der arabischen Welt, in: *DIE WELT*, abrufbar unter: <https://www.welt.de/print-welt/article476772/Mehr-Respekt-vor-der-arabischen-Welt.html> (letzter Zugriff: 3.5.2018)

Gauland, Alexander (2003). Konservative Skepsis gegen Amerika, in: *DIE WELT*, abrufbar unter: <https://www.welt.de/print-welt/article345296/Konservative-Skepsis-gegen-Amerika-Debatte.html> (letzter Zugriff: 3.5.2018)

Gerlich, Siegfried (2018a). Antithesen zum Islam. Erwiderung auf v. Waldstein I, in: *Sezession im Netz*, abrufbar unter: <https://sezession.de> (letzter Zugriff: 20.4.2018)

Gerlich, Siegfried (2018b). Antithesen zum Islam. Erwiderung auf v. Waldstein II, in: *Sezession im Netz*, abrufbar unter: <https://sezession.de> (letzter Zugriff: 20.4.2018)

Gerlich, Siegfried (2018c). Antithesen zum Islam. Erwiderung auf v. Waldstein III, in: *Sezession im Netz*, abrufbar unter: <https://sezession.de> (letzter Zugriff: 20.4.2018)

Gordon, Michael R./Sanger, David E. (2017). With Details of Iran Deal Still in Flux, White House Opens Sales Effort, in: *The New York Times*, abrufbar unter: <https://www.nytimes.com/2015/04/08/us/politics/with-details-of-iran-nuclear-deal-still-in-flux-obama-opens-sales-effort.html> (letzter Zugriff: 1.12.2018)

Gottschlich, Maximilian (2012). *Die grosse Abneigung. Wie antisemitisch ist Österreich? Kritische Befunde zu einer sozialen Krankheit*, Wien: Czernin

Grigat, Stephan (2007). *Fetisch und Freiheit. Über die Rezeption der Marxschen Fetischkritik, die Emanzipation von Staat und Kapital und die Kritik des Antisemitismus*, Freiburg: ça ira

Grigat, Stephan (Hrsg.) (2017a). *AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder*, Baden-Baden: Nomos

Grigat, Stephan (Hrsg.) (2017b). *Iran - Israel - Deutschland. Antisemitismus, Außenhandel und Atomprogramm*, Berlin: Hentrich & Hentrich

Hirsch, Mathias (1996). Zwei Arten der Identifikation mit dem Aggressor nach Ferenczi und Anna Freud, in: *Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie*, Vol. 45(6), 198–205

Hitler, Adolf (1961). *Hitlers zweites Buch*, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt

Hoffmann, Reimond (2017). Reimond Hoffmann - AfD - Beiträge, in: *Facebook*, abrufbar unter: <https://www.facebook.com/reimond.e.hoffmann/photos/a.1793629340858062/1856064681281194/?type=3&theater> (letzter Zugriff: 1.10.2018)

Holzer, Willibald I. (1993). Rechtsextremismus - Konturen, Definitionsmerkmale und Erklärungsansätze, in: *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes* (Hrsg.): *Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus*, Wien: Deuticke, 11–96

Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W. (2011). *Dialektik der Aufklärung. Philosophische*

Fragmente, Frankfurt am Main: Fischer

IB (2012). Weder Kippa noch Palituch, in: *Identitäre Bewegung*, abrufbar unter: <https://identitaerebewegung.wordpress.com/positionierungen/weder-kippa-noch-palituch/> (letzter Zugriff: 30.11.2018)

Jüdische Rundschau (2017). Interviewreihe Parteien vor der Bundestagswahl (Teil 2): Frauke Petry zu ihrem Besuch in Israel, in: *Jüdische Rundschau. Unabhängige Monatszeitung*, abrufbar unter: <http://juedischerundschau.de/interviewreihe-parteien-vor-der-bundestagswahl-teil-2-frauke-petry-zu-ihrem-besuch-in-israel%e2%80%a8ein-gespraech-der-juedischen-rundschau-mit-der-afd-parteilvorsitzenden-135910819/> (letzter Zugriff: 6.12.2018)

Jung, Tilo (2016). Frauke Petry (AfD) über andere Themen - Jung & Naiv: Folge 262, abrufbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=lwdjtrPqr9I> (letzter Zugriff: 18.7.2018)

Kemper, Andreas (2016). Antiemanzipatorische Netzwerke und die Geschlechter- und Familienpolitik der Alternative für Deutschland, in: *Häusler, Alexander* (Hrsg.): *Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung*, Wiesbaden: Springer

Kickl, NAbg Herbert/FPÖ *Bundesparteitag* (2011). Parteiprogramm der Freiheitlichen, in: *fpoe.at*, abrufbar unter: https://www.fpoe.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe.at/dokumente/2015/2011_graz_parteiprogramm_web.pdf (letzter Zugriff: 1.12.2018)

Klare, Heiko/Steinke, Bernhard/Sturm, Michael (2011). Eine „deutsche Rechte ohne Antisemitismus“?, in: *haGalil*, abrufbar unter: <http://www.hagalil.com/2011/04/pro-nrw/> (letzter Zugriff: 7.12.2018)

Kloke, Martin (2008). Auf zum letzten Gefecht! Christlicher Zionismus auf dem Vormarsch?, in: *Kirchliche Zeitgeschichte*, Vol. 21(1), 86–107

Küntzel, Matthias (2015). Selbsttäuschung im Weltformat, in: *Texte von Matthias Küntzel*, abrufbar unter: <http://www.matthiaskuentzel.de/contents/selbsttaeuschung-im-weltformat> (letzter Zugriff: 1.12.2018)

Landau, Emily B. (2017). Iranische Bedrohung und israelischer Pragmatismus. Reaktionen auf das iranische Nuklearprogramm und den Atomdeal in Israel, in: *Grigat, Stephan* (Hrsg.): *Iran - Israel - Deutschland. Antisemitismus, Außenhandel und Atomprogramm*, Berlin: Hentrich & Hentrich, 162–173

Laplanche, J./Pontalis, J.-B. (1994). *Das Vokabular der Psychoanalyse*, Frankfurt am Main: Suhrkamp

Lengsfeld, Vera (2018). Gemeinsame Erklärung vom 15.03.2018, abrufbar unter: https://www.erklaerung2018.de/index.html#letter_link (letzter Zugriff: 18.7.2018)

Lohausen, Freiherr Jordis von (1981). *Mut zur Macht. Denken in Kontinenten*, Berg am See: Kurt Vowinckel Verlag

Lohausen, Heinrich Jordis von (1983). Von der Gleichgewichtspolitik zur Umerziehung, Teil 1, in: *Deutschland in Geschichte und Gegenwart*, Vol. 3(31), 3–7

Mallwitz, Gudrun (2014). Bei der Brandenburger AfD regiert nach der Wahl das Chaos, in: *Berliner Morgenpost*, abrufbar unter: <https://www.morgenpost.de/brandenburg-aktuell/article132760080/Bei-der-Brandenburger-AfD-regiert-nach-der-Wahl-das-Chaos.html> (letzter Zugriff: 18.9.2018)

- Marin*, Bernd (2000). Antisemitismus ohne Antisemiten. Autoritäre Vorurteile und Feindbilder, Frankfurt/New York: Campus
- Marx*, Karl (2008). Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band, Berlin: Dietz
- Marx*, Karl/*Engels*, Friedrich (1976). Marx Engels Werke Band 1, Berlin: Dietz
- Mauthausen Komitee* (2018). Broschüre „Einzelfälle und Serientäter“, in: *Mauthausen Komitee Österreich*, abrufbar unter: <https://www.mkoe.at/rechtsextremismus/broschuere-einzelfaelle-und-serientaeter> (letzter Zugriff: 28.11.2018)
- McMahon*, Collin (2017). Exklusiv-Interview mit Beatrix von Storch: „Antisemitismus hat in der AfD keinen Platz!“, in: *Jouwath*, abrufbar unter: <https://www.journalistenwatch.com/2017/10/11/exklusiv-interview-mit-beatrix-von-storch-ist-die-afd-antisemitisch/> (letzter Zugriff: 16.7.2018)
- Melman*, Yossi (2008). Von den Nuklearambitionen des Schahs zur islamischen Bombe. Zur Geschichte des iranischen Atomprogramms und der IAEA, in: *Grigat*, Stephan/*Hartmann*, Simone Dinah (Hrsg.): Der Iran. Analyse einer islamischen Diktatur und ihrer europäischen Förderer, Innsbruck: StudienVerlag, 79–89
- Moussavi*, Kazem (2017). Eine Gefahr für die Demokratie in Deutschland: Die AfD-Iran-Russland-Connection, in: *Iran Appeasement Monitor*, abrufbar unter: <http://iraniansforum.com/eu/eine-gefahr-fur-die-demokratie-in-deutschland-die-afd-iran-russland-connection/> (letzter Zugriff: 1.10.2018)
- Nicosia*, Francis R. (2012). Zionismus und Antisemitismus im Dritten Reich, Göttingen: Wallstein
- Northe*, Marko (2017). Gauland und Weidel zum Spitzenduo gewählt – Unser Minutenprotokoll vom AfD-Parteitag, in: *ARD-Hauptstadtstudio Blog*, abrufbar unter: <//blog.ard-hauptstadtstudio.de/was-wird-aus-petry-unser-liveblog-vom-afd-parteitag/> (letzter Zugriff: 30.11.2018)
- orf.at* (2012). Empörung über Strache-Sager, in: *news.ORF.at*, abrufbar unter: <https://orf.at/stories/2102324/2102303/> (letzter Zugriff: 18.7.2018)
- orf.at* (2018a). Gudenus springt auf Orbans Anti-Soros-Kampagne auf, in: *news.ORF.at*, abrufbar unter: <https://orf.at/v2/stories/2435024/> (letzter Zugriff: 5.12.2018)
- orf.at* (2018b). Wien: Gespräche zu Rettung des Iran-Deals begonnen, in: *news.ORF.at*, abrufbar unter: <https://orf.at/v2/stories/2445894/> (letzter Zugriff: 3.12.2018)
- Osten Sacken*, Thomas von der (2017). Teheran und die Flüchtlinge. Die Destabilisierung einer Region durch das iranische Regime und die westliche Syrienpolitik, in: *Grigat*, Stephan (Hrsg.): Iran - Israel - Deutschland. Antisemitismus, Außenhandel und Atomprogramm, Berlin: Hentrich & Hentrich, 225–249
- Pallade*, Yves Patrick (2009). Proisraelismus und Philosemitismus in rechtspopulistischen und rechtsextremen europäischen Parteien der Gegenwart, in: *Diekmann*, Irene/*Schoeps*, Julius (Hrsg.): Geliebter Feind - gehasster Freund: Antisemitismus und Philosemitismus in Geschichte und Gegenwart. Festschrift zum 65. Geburtstag von Julius H. Schöps, Berlin: Verlag für Berlin-Brandenburg, 409–436
- Paschukanis*, Eugen (2013). Allgemeine Rechtslehre und Marxismus, Freiburg: ça ira
- Payne*, Jiří Who We Are – Friends of Judea and Samaria in the European Parliament, abrufbar

unter: <http://judeasamaria.eu/who-we-are/> (letzter Zugriff: 16.7.2018)

PEGIDA Positionspapier der PEGIDA, abrufbar unter: <https://www.menschen-in-dresden.de/wp-content/uploads/2014/12/pegida-positionspapier.pdf> (letzter Zugriff: 30.11.2018)

Peham, Andreas (2010). Die zwei Seiten des Gemeinschaftsdünkels. Zum antisemitischen Gehalt freiheitlicher Identitätspolitik im Wandel, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Vol. 39(4), 467–481

PI (2011). Andreas Mölzer, die FPÖ, der Islam und Israel, in: *PI News*, abrufbar unter: <http://www.pi-news.net/2011/01/andreas-moelzer-die-fpoe-der-islam-und-israel/> (letzter Zugriff: 26.7.2018)

Poliakov, Léon (2013). Vom Antizionismus zum Antisemitismus, Freiburg: ça ira

Postone, Moishe (2015). Antisemitismus und Nationalsozialismus, in: Deutschland, die Linke und der Holocaust. Politische Interventionen, Freiburg: ça ira, 165–194

Prehn, Ulrich (2013). Max Hildebert Boehm. Radikales Ordnungsdenken vom Ersten Weltkrieg bis in die Bundesrepublik, Göttingen: Wallstein

profil-Redaktion (2002). „profil“: Sichrovsky: „Haider als Politiker nicht mehr tragbar“, in: *OTS.at*, abrufbar unter: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20021109_OTS0006/profil-sichrovsky-haider-als-politiker-nicht-mehr-tragbar (letzter Zugriff: 28.5.2018)

Radonić, Ljiljana (2006). Psychopathologie der Normalität. Die Bedeutung der Psychoanalyse für die Kritische Theorie, in: *Grigat*, Stephan (Hrsg.): Feindaufklärung und Reeducation. Kritische Theorie gegen Postnazismus und Islamismus, Freiburg: ça ira, 79–98

Rajal, Elke (2017). Offen, codiert, strukturell. Antisemitismus bei den „Identitären“, in: *Goetz, Judith/Sedlacek, Joseph Maria/Winkler, Alexander* (Hrsg.): Untergangster des Abendlandes. Ideologie und Rezeption der rechtsextremen Identitären, Hamburg: Martha Press, 309–349

Rensmann, Lars (2011). „Against Globalism“: Counter-Cosmopolitan Discontent and Antisemitism in Mobilizations of European Extreme Right Parties, in: *Rensmann, Lars/Schoeps, Julius H.* (Hrsg.): Politics and Resentment. Antisemitism and Counter-Cosmopolitanism in the European Union, Leiden: Interactive Factory, 117–146

Rensmann, Lars (2016). Antisemitismus und Israelfeindschaft, in: *Glöckner, Olaf/Schoeps, Julius H.* (Hrsg.): Deutschland, die Juden und der Staat Israel. Ein politische Bestandsaufnahme, Hildesheim/Zürich/New York: Georg Olms Verlag, 265–284

Riebe, Jan (2012). Das Zusammenspiel von antisemitischer Semantik und Tat, in: *Amadeo Antonio Stiftung* (Hrsg.): Kritik oder Antisemitismus? Eine pädagogische Handreichung zum Umgang mit israelbezogenem Antisemitismus, Berlin: Eigenverlag, 17–21

Rosenberg, Alfred (1943a). Der staatsfeindliche Zionismus, München: Zentralverlag der NSDAP

Rosenberg, Alfred (1943b). Die Spur des Juden im Wandel der Zeiten, München: Zentralverlag der NSDAP

Ruptly (2017). AfD Koblenz Mut zur Wahl 2017, abrufbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=qo4a43ygSBs> (letzter Zugriff: 17.7.2018)

Salzborn, Samuel (2010). Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne.

Sozialwissenschaftliche Theorien im Vergleich, Frankfurt/New York: Campus

Salzborn, Samuel (2017). Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten, Weinheim/Basel: Beltz Juventa

Salzborn, Samuel (2018). Globaler Antisemitismus. Eine Spurensuche in den Abgründen der Moderne, Weinheim/Basel: Beltz Juventa

Sartre, Jean-Paul (1989). Betrachtungen zur Judenfrage, in: Ist der Existentialismus ein Humanismus?, Materialismus und Revolution, Betrachtungen zur Judenfrage. Drei Essays, Berlin/Frankfurt am Main: Ullstein, 108–190

Scharsach, Hans-Henning (2012). Strache im braunen Sumpf, Wien: Kremayr & Scheriau

Scheit, Gerhard (2017). Eingeschrumpfter Behemoth und neue „Souveränisten“. Über die Voraussetzungen der Erfolge von FPÖ und AfD, in: *Grigat, Stephan* (Hrsg.): AfD & FPÖ, Baden-Baden: Nomos, 165–181

Schiedel, Heribert (1999). (Un)Möglichkeiten des politischen Kampfes gegen Rechtsextremismus in Österreich, in: *Szanya, Anton* (Hrsg.): „Durch Reinheit zur Einheit“. Psychoanalyse der Rechten, Innsbruck: StudienVerlag, 190–220

Schiedel, Heribert (2010). Heiliger Hass. Zur rechtsextrem-iranischen Freundschaft, in: *Grigat, Stephan/Hartmann, Simone Dinah* (Hrsg.): Iran im Weltsystem. Bündnisse des Regimes und Perspektiven der Freiheitsbewegung, Innsbruck: StudienVerlag, 165–173

Schiedel, Heribert (2011). Extreme Rechte in Europa, Wien: Edition Steinbauer

Schiedel, Heribert (2014). „National und liberal verträgt sich nicht“. Zum rechtsextremen Charakter der FPÖ, in: *Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit* (Hrsg.): Rechtsextremismus. Entwicklungen und Analysen - Band 1, Wien: mandelbaum

Schiedel, Heribert (2016). Zur „pro-israelischen“ Wende von Teilen der extremen Rechten, in: *FIPU*, abrufbar unter: <https://forschungsgruppefipu.wordpress.com/2016/06/15/zur-pro-israelischen-wende-von-teilen-der-extremen-rechten/> (letzter Zugriff: 1.12.2018)

Schiedel, Heribert (2017a). Antisemitismus und völkische Ideologie. Ist die FPÖ eine rechtsextreme Partei?, in: *Grigat, Stephan* (Hrsg.): AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder, Baden-Baden: Nomos, 103–120

Schiedel, Heribert (2017b). Unheimliche Verbindungen. Über rechtsextremen Islamneid und die Ähnlichkeit von Jihadismus und Counterjihadismus, in: *Goetz, Judith/Sedlacek, Joseph Maria/Winkler, Alexander* (Hrsg.): Untergangster des Abendlandes. Ideologie und Rezeption der rechtsextremen „Identitären“, Hamburg: Martha Press

Schippmann, Antje (2017). Israels neuer Botschafter im BILD-Interview - „Deutschland versteht unsere Sorgen“, in: *BILD*, abrufbar unter: <https://www.bild.de/politik/ausland/israel/interview-neuer-botschafter-53487842.bild.html> (letzter Zugriff: 6.12.2018)

Schönhuber, Franz (1996). Also doch: Fundamental!, in: *Nation Europa*, (6), 15–17

Schönhuber, Franz/Mahler, Horst (2000). Schluß mit deutschem Selbsthaß. Plädoyers für ein anderes Deutschland, Berg am See: VGB

Schreiter, Nikolai/Staritz, Nikola (2017). „Mit dem Begriff Islamophobie gehen wir den Rassisten auf den Leim“ Warum der Begriff Islamophobie keine Option ist, in: *L'Amour LaLove, Patsy* (Hrsg.): Beissreflexe. Kritik an queerem Aktivismus, autoritären Sehnsüchten,

Sprechverboten, Berlin: Querverlag, 208–215

Stapel, Wilhelm (1928). Antisemitismus und Antigermanismus. Über das seelische Problem der Symbiose des deutschen und des jüdischen Volkes, Hamburg/Berlin/Leipzig: Hanseatische Verlagsanstalt

Stögner, Karin (2016). 'We are the new Jews!' and 'The Jewish Lobby' – antisemitism and the construction of a national identity by the Austrian Freedom Party, in: *Nations and Nationalism*, Vol. 22(3), 484–504

Stögner, Karin (2017). Angst vor dem „neuen Menschen“ Zur Verschränkung von Antisemitismus, Antifeminismus und Nationalismus in der FPÖ, in: *Grigat*, Stephan (Hrsg.): AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder, Baden-Baden: Nomos, 137–161

Storch, Beatrix von (2018). tweet Kalbitz, in: *@Beatrix_vStorch*, abrufbar unter: https://twitter.com/Beatrix_vStorch/status/988888354849742848 (letzter Zugriff: 16.7.2018)

Süddeutsche Zeitung (2018). Brandenburger AfD-Chef gibt Teilnahme an rechtsextremem Lager zu, in: *sueddeutsche.de*, abrufbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/rechtsextremismus-brandenburger-afd-chef-gibt-teilnahme-an-rechtsextremem-lager-zu-1.3895363> (letzter Zugriff: 30.11.2018)

Valdivia, Gaston (2018). Israel, pardon, Deutschland wird am Brandenburger Tor verteidigt, in: *jungle.world*, abrufbar unter: <https://jungle.world/artikel/2018/19/israel-pardon-deutschland-wird-am-brandenburger-tor-verteidigt> (letzter Zugriff: 6.12.2018)

Virchow, Fabian (2008). Gegen den Zivilismus: Internationale Beziehungen und Militär in den politischen Konzeptionen der extremen Rechten, Wiesbaden: Springer

Vogt, Stefan (2016). Subalterne Positionierungen. Der deutsche Zionismus im Feld des Nationalismus in Deutschland 1890-1933, Göttingen: Wallstein

Wahdat-Hagh, Wahied (2008). Die Herrschaft des politischen Islam im Iran. Ein Überblick zu Struktur und Ideologie der khomeinistischen Diktatur, in: *Grigat*, Stephan/*Hartmann*, Simone Dinah (Hrsg.): Der Iran. Analyse einer islamischen Diktatur und ihrer europäischen Förderer, Innsbruck: StudienVerlag, 39–57

Waldman, Ofer (2016). „אלטרנטיבה, מנהיגת מפלגת הימין, פטרי, פראוקה עם ד"ר פראוקה פטרי, מנהיגת מפלגת הימין, אלטרנטיבה“, abrufbar unter: https://www.youtube.com/watch?v=I9_F8njF6C4 (letzter Zugriff: 6.12.2018)

Weidinger, Bernhard (2017). Traditionsreiche Symbiose mit Konfliktpotenzial. Völkische Studentenverbindungen und die FPÖ, in: *Grigat*, Stephan (Hrsg.): AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder, Baden-Baden: Nomos, 121–136

Weiland, Severin (2018). AfD-Politiker erklären ihre Syrien-Reise zum Assad-Regime, in: *Spiegel Online*, abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-politiker-erklaren-ihre-syrien-reise-zum-assad-regime-a-1198854.html> (letzter Zugriff: 1.10.2018)

Weiß, Volker (2017). Die autoritäre Revolte. Die NEUE RECHTE und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart: Klett-Cotta

WELT (2017). Die Höcke-Rede von Dresden in Wortlaut-Auszügen, in: *DIE WELT*, abrufbar unter: https://www.welt.de/newsticker/dpa_nt/afxline/topthemen/hintergruende/article161302196/Die-Hoecke-Rede-von-Dresden-in-Wortlaut-Auszuegen.html (letzter Zugriff: 17.7.2018)

Winkler, Alexander (2017). „Aus dem Schatten des Nationalsozialismus...“. Die ‚Identitären‘ als modernisierte Form des Rechtsextremismus in Österreich, in: Goetz, Judith/Sedlacek, Joseph Maria/Winkler, Alexander (Hrsg.): Untergangster des Abendlandes. Ideologie und Rezeption der rechtsextremen „Identitären“, Hamburg: Martha Press, 31–90

Zepf, Siegfried/Hartmann, Sebastian (2005). Konzepte der Identifizierung. Versuch ihrer klinischen und theoretischen Differenzierung, in: *Forum der Psychoanalyse*, Vol. 21(1), 30–42

9 Anhang: deutscher und englischer Abstract

Abstract Deutsch

Seit 2010 ist in Teilen der deutschen und österreichischen extremen Rechten, insbesondere in den Parteien FPÖ und AfD, ein positiver Bezug auf Israel zu beobachten. Dies ist erstaunlich, weil die Israelfeindschaft dort lange fast die einzige Position zu Israel und, wie die Arbeit zeigt, ein Ausdruck des Antisemitismus war. Deshalb werden die Grundlagen der Kritischen Theorie des Antisemitismus und im Anschluss seltene positive Bezugnahmen auf Israel bzw. den Zionismus im 20. Jahrhundert von extrem rechten AkteurInnen dargestellt, die ebenfalls auf dem Antisemitismus fußten. Sodann wird gezeigt, welche Rolle Antisemitismus heute in AfD und FPÖ spielt und wie sich ihre Positionen zu Israel verändert haben. Kurz wird auf ähnliche Phänomene außerhalb dieser beiden Parteien eingegangen.

Die Arbeit fährt fort, zu zeigen, dass es bisher keine schlüssigen Erklärungen für diesen proisraelischen Wandel in Teilen der extremen Rechten gibt und führt deshalb das Konzept der Identifizierung mit dem Angreifer nach Anna Freud ein. Auf dieser Basis wird gezeigt, dass das Bild dieser Rechtsextremen von Israel doppelt charakterisiert ist: einerseits steht Israel für den ‚Juden unter den Staaten‘, dem auf antisemitischer Grundlage Autorität zugeschrieben wird, andererseits repräsentiert Israel den ‚Ausnahmejuden‘, der nur vermeintlich vom Antisemitismus ausgenommen ist. Diese Kombination ermöglicht den Rechten, wie gezeigt wird, sich mit Israel, dessen Rüge für ihren Antisemitismus sie fürchten, zu identifizieren, das Urteil über die Israelfeindschaft zu übernehmen und gleichzeitig ihre unbewusste Schuld am Antisemitismus auf andere, insbesondere auf selbst häufig, aber nicht immer antisemitische und Israel kritisierende Linke und MuslimInnen zu projizieren. Die Identifizierung wird dann anhand von vier Themenfeldern, innerhalb derer VertreterInnen der Parteien sich positiv auf Israel bezogen haben, exemplifiziert. Hierbei wird gezeigt, wie die Identifizierung mit Israel, das gleichzeitig für das Opfer, als das sie sich ebenfalls sehen und die wehrhafte Nation steht, die sie selbst sein möchten, das Gedenken an die Shoa als Hindernis für positiven Bezug auf die deutsche Nation verdrängt und den Antisemitismus verharmlost, weil jede tatsächliche oder vermeintliche Bedrohung, der sie sich ausgesetzt sehen, mit ihm gleichgesetzt wird.

Abschließend werden Implikationen der Analyse für Israel selbst, für die Kritik des Antisemitismus, des Rechtsextremismus und die materialistische Israelsolidarität diskutiert und argumentiert, dass es unwahrscheinlich ist, dass sich über die Identifizierung ein fundierter Begriff von Antisemitismus in Teilen der extremen Rechten etablieren könnte.

Abstract English

Since 2010, in parts of the German and Austrian extreme right, especially in the parties of AfD and FPÖ, a positive stance towards Israel can be observed. This is astonishing, because for a long time the enmity against Israel was almost the only position they took towards the Jewish State. It was, as is shown, an expression of antisemitism. Therefore, the foundations of Critical Theory of antisemitism (based on the so-called Frankfurt School) are outlined, followed by rare exceptions of positive references to Israel and Zionism from the extreme right in the 20th century. These exceptions were based on antisemitism, too. Hereafter, today's role of antisemitism in AfD and FPÖ and the change of their positions towards Israel are depicted and a brief overview over similar phenomena beyond these parties is given.

The thesis goes on showing that up to date, there are no convincing explanations for this pro-Israel turn in the extreme right and hence introduces the concept of Identification with the Aggressor developed by Anna Freud. On this basis, the doubly characterized image these right-wing extremists have of Israel is analyzed: on the one hand, Israel stands for the 'Jew among the nations' and as such is attributed authority and power on the basis of antisemitism, on the other hand it represents the 'excepted Jew' who only supposedly is excepted from antisemitism. This combination, as is shown, allows the extreme rightists to identify with Israel, whose rebuke for their antisemitism they fear. Simultaneously, they project their unconscious guilt of antisemitism onto others like Muslims and leftists who are often, but not always themselves antisemitic and antizionist. In what follows, the identification is exemplified by reference to four topics in which representatives of AfD and FPÖ made positive comments about Israel. Herein it is shown how the identification with Israel, which simultaneously stands for the victim the rightists see themselves as, too and the protective nation they want to be, represses the remembrance of the Shoa as an obstacle for the positive reference to the German Nation and downplays antisemitism, because every real or perceived threat they see themselves facing is equated to it.

Finally, implications of the accomplished analysis for Israel itself, for the critique of antisemitism, right-wing extremism and materialist solidarity with Israel are discussed and it is argued why it is unlikely, that through the identification a well-founded notion of antisemitism could be established in parts of the extreme right.